

Quellen und Darstellungen
zur
Geschichte Niedersachsens.
Band XII.

Ländliche Verhältnisse
im
Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel
im 16. Jahrhundert.

Nach Akten des herzoglich lüneburgischen Landeshauptarchivs
zu Wolfenbüttel und des Stadtarchivs zu Braunschweig.

Von
Gustav Wehr.

Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1908.

VIII F 121

Quellen und Darstellungen
zur
Geschichte Niedersachsens.

Herausgegeben
vom
Historischen Verein für Niedersachsen.

Band XII.
Ländliche Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-
Wolfenbüttel im 16. Jahrhundert.

Von
Gustav Oehr.

Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1908.

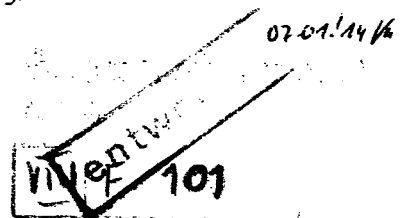
2265-7334

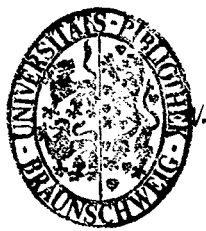
**Ländliche Verhältnisse
im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel
im 16. Jahrhundert.**

Nach Akten des herzoglich lüneburgischen Landeshauptarchivs
zu Wolfenbüttel
und des Stadtarchivs zu Braunschweig.

Von
Gustav Oehr.

Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1903.





Druck von Aug. Herten & Co., Hannover.

Meinen lieben Eltern.

Vormort.

Für die nachfolgende Arbeit haben hauptsächlich Akten des Wolfenbütteler Landeshauptarchivs und des Braunschweiger Stadtarchivs als Grundlage gedient. Aus dem Wolfenbütteler Archiv habe ich die Akten, besonders der Ämter Hefsen, Wolfenbüttel, Schöningen, Königsutter, Richtenberg und Gebhardshagen benutzt. Es kommen hier in erster Linie in Betracht die Erbregister, also Höfeschreibungen mit genaueren Angaben über Zehnten, Dienste, Gerichtsbarkeit, Gemeinheitsteilung, dann die Amtsregister, die Geld- und Getreiderechnungen. Doch sind hier die Akten nicht gerade immer vollzählig. So ist von dem Erbregister des Gerichtes Königsutter nur ein Bruchstück vorhanden, und für das Amt Hefsen beginnen Akten eigentlich erst mit Anfang des 17. Jahrhunderts. Endlich habe ich noch die landschaftlichen Sachen, Landtagsverhandlungen über Steuerfachen und Schatzregister benutzt. Der Band, welcher die Schatzrechnungen für das Herzogtum Braunschweig von 1555—77 enthält, befindet sich merkwürdiger Weise im Braunschweiger Stadtarchive. Aus dem Stadtarchive zu Braunschweig habe ich hauptsächlich die während der Okkupationszeit durch die Schmalkalbener angefertigte Beschreibung der Ämter und Klöster benutzt, die aber für die Ämter recht unvollständig ist, da die meisten Ämter verpfändet waren; ferner die Burgamtsrechnungen,*) die seit dem Jahre 1571 fast vollzählig vorhanden sind. Die Amtsbücher für das Burgamt im Wolfenbütteler Landesarchiv, welche mit dem Jahre 1583 beginnen, habe ich nur kurz einsehen können. Ich will aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sich aus diesen Amtsbüchern und den Burgamtsrechnungen leicht ein geschlossenes Bild für die Verwaltung des Burgamts durch die Stadt Braunschweig für die Zeit 1584—1668 gewinnen ließe. In den Quellenangaben bedeutet W. L. A. Wolfenbütteler Landeshauptarchiv, Br. St. A. Braunschweiger Stadtarchiv.

*) Unter Burgamt ist das Herrschaftsgebiet der Stadt Braunschweig zu verstehen.

— VIII —

Dem Herrn Archivrat Dr. Zimmermann in Wolfenbüttel, dem Stadtarchivar Herrn Professor Dr. Hänselmann zu Braunschweig und dem Herrn Oberbibliothekar Geheimer Hofrat Dr. von Heinemann zu Wolfenbüttel spreche ich für das gütige Entgegenkommen und die bereitwillige Unterstützung meiner Studien auch an dieser Stelle meinen aufrichtigsten Dank aus.

Ich will auch nicht unterlassen, Herrn Professor D. Dr. Lenz, der mich zu dieser Arbeit angeregt und die Ausführung in vielen Punkten gefördert hat, bestens zu danken.

Literatur.

Hauptsächlich gefördert und angeregt haben mich die Bücher:

- Gesenius, Das Meierrecht. 2 Bde. 1801/3.
 Wittich, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland. 1896.
 v. Below, Territorium und Stadt. 1900.
-

Die übrige Literatur führe ich alphabetisch auf:

- Allgemeine deutsche Biographie.
 Algermann, Lebensbeschreibung des Herzogs Julius. Herausgegeben von Strombeck in der Festschrift zur Feier des Gedächtnisses der vormaligen Hochschule Julia Carolina in Helmstedt. 1823.
 Carl Bege, Geschichte einiger berühmter Burgen und Schlösser des Landes Braunschweig. 1802.
 Calenberger Landesordnungen. 1739/40.
 Goebel=Kolten, de singularibus quibusdam praediis rusticorum quae sunt in terris Brunsvico-Luneburgicis et vicinia vulgo von Sattelfreyen-, Meyerdings-, Propstdings- und Laetgüter. Helmstedt 1727.
 Gülich, Die der hohen Domkirche zu Hildesheim zustehenden Meyerdinge in ihren ehemaligen und gegenwärtigen rechtlichen Verhältnissen.
 Handwörterbuch der Staatswissenschaften ed. Conrad etc.
 Hampe, Braunschweiger Partikularrecht. 1896.
 Havemann, Geschichte von Braunschweig-Lüneburg. 1857.
 Hassel u. Bege, Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstentümer Wolfenbüttel und Blankenburg. 1802/3.
 v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover. 1884/92.
 Hesse, Die Entwicklung der agrarrechtlichen Verhältnisse im Stifte, späteren Herzogtum Verden. 1900.
 Kayser, Die reformatorischen Kirchenordnungen in den welfischen Landen 1542/44. 1897.
 Krusch, Entwicklung der Centralbehörden im Herzogtum Braunschweig in J. G. B. N. 1893/4.
 Kleinschmidt, Sammlung von Landtagsabschieden, betreffend die staats- und privatrechtlichen Verhältnisse der Fürstentümer Kalenberg, Göttingen und Grubenhagen. 2 Bde. 1832.
 Koken, die Winzenburg. 1833.
 Landwirtschaft und Forstwesen in Braunschweig. Festgabe für die Mitglieder deutscher Land- und Forstwirte. 1859.

— X —

- Lünzel, Die bäuerlichen Lasten im Fürstentum Hildesheim.
 Lünzel, Geschichte der Diözese und Stadt Hildesheim.
 Meyer, C., Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. 1898/9.
 Nolten, *Diatribe iuris patrii de iuribus et consuetudinibus circa villicos*. Bransv. 1738.
 Oppermann, Entwicklung des Gerichtswesens im 17. Jahrhundert. Zeitschrift für deutsches Recht von Beseler, Reyscher, Wilda, Band XI.
 Pfeiffer, Das deutsche Meierrecht nach seiner rechtlichen Begründung und dermaligen Gestaltung. Kassel 1848.
 Ribbentrop, Sammlung braunschweigischer Landtagsabschiede. 1793/97.
 Schottelius, *De singularibus quibusdam et antiquis in Germania iuribus et observatis*. 1671.
 Seidensticker, Norddeutsche Forsten. 2 Bde. 1896.
 Steinacker, K., Größere Organisations- und Verwaltungsgesetze des Herzogtums Braunschweig. 1837.
 Steinacker, Partikulares Privatrecht des Herzogtums Braunschweig. 1843.
 Strube, *Commentatio de iure villicorum*. 1768.
 Stübe, Untersuchungen über die Gogerichte in Westfalen und Niedersachsen. 1857.
 Stübe, Wesen und Verfassung der Landgemeinden in Westfalen und Niedersachsen. 1870.
 Wörterbuch der Volkswirtschaft von Gfster.
 Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte.
 Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen (J. G. B. N.).

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung: Interessengegenläge auf dem Gebiete des inneren Staatslebens.	
Charakteristik der Herzöge des 16. Jahrhunderts	1—6
Kapitel 1: Die Grundherrschaft	7—34
A. Anteil der Grundherrschaft am bäuerlichen Besitze	7—19
1. Des Landesfürsten	7
2. Der Klöster	10
3. Des Adels	15
4. Der Städte, besonders der Stadt Braunschweig und ihrer Bürger	16
B. Ihre Eigenwirtschaft	19—34
1. Die Domänen	19
2. Die Klosterwirtschaften	24
3. Die Rittergüter	26
Kapitel 2: Die Bauern	34—57
A. Das bäuerliche Besitzrecht	37—48
1. Das Meiergut	37
2. Das Bauernlehen	45
3. Das Erbenzinsgut	46
B. Die Bauernklassen	48—57
1. Die Ackerleute	48
2. Die Kötter	50
3. Die Halbspänner	53
4. Die Häuslinge	54
5. Das Gefinde	55
Kapitel 3: Die Lasten	57—83
A. Die Reallasten, besonders der Zehnte	57
B. Die Dienste	64
C. Die Steuern	73
Kapitel 4: Die Lokalverwaltung des platten Landes	83—104
A. Die Gemeinde	84
B. Das Amt	87
C. Die Gerichtsverwaltung	97
Schlußüberblick	104—108
Anhang.	
I. Größe einiger Domänen und Klosterbetriebe 1546.	
II. Klassengliederung und Besitzverhältnisse der Bauern im späteren Residenzamt Wolfenbüttel 1566(?) und im Eichgericht 1569.	
III. Klassengliederung und Besitzverhältnisse der Bauern im Residenzamt Wolfenbüttel 1740.	
IV. Schatz- und Acciseregister 1555—77.	

Einleitung.

In der Zeit vom 14. bis zum 16. Jahrhunderte entwickelte sich in Deutschland das Landesfürstentum zu einem starken Machtfaktor und führte die bürgerliche Gesellschaft aus dem mittelalterlichen Chaos allmählich in fest geordnete Staatsverhältnisse hinüber. Unerquickliche Erbstreitigkeiten, unheilvolle Erbteilungen mußten das Fürstentum an den Rand der Ohnmacht führen, bis es sich allmählich auf seine eigentliche Aufgabe besann, bis es daran ging, den Staat innerlich zu konsolidieren und gut zu verwalten, um ihn dann als feste, unerschütterliche Macht in das Getriebe der äußeren Politik hineinstellen zu können. Nur in schweren inneren Kämpfen mit dem selbstherrlichen Adel, mit mächtigen Städten, in denen das Land verwüstet und die wirtschaftlichen Kräfte lahmgelegt wurden, wurde der moderne Territorialstaat geboren.

Auch das braunschweigische Land hat die schweren Leiden und Wehen dieser Entwicklung voll und ganz gekostet. Mit dem Tode Otto's des Kindes war die Einheit des welfischen Besitzes dahin; die Folgezeit war erfüllt von Erbteilungen und Erbstreitigkeiten. Die Lande wurden zerstückelt, wieder vereinigt, von neuem zerplittert und in immer kleinere Teile aufgelöst; eine Linie des Geschlechtes löste die andere ab: es fehlte jede Dauer, jede Kontinuität des Regiments. Die Fürsten dieser Zeit tragen einen unstäten, kriegerischen Zug in ihrem Charakter; sie haben ihre Freude allein am Klang der Waffen, an wilden Fehden. Und der friedliebende, haushalterische Heinrich, dem Braunschweig den Vertrag von 1433 und damit die Aufhebung der schweren Leibeigenschaftsabgaben dankt, steht sehr einsam da unter seinen Genossen, ein verirrter Vorläufer späterer Herrscher.

Mit Notwendigkeit mußte gegen die verderblichen Erbteilungen schließlich eine Reaktion Platz greifen, der Gedanke des Zusammenfassens wieder Raum gewinnen. Ganz allmählich erhoben sich aus dem allgemeinen Wirrwarr wieder festere Staatsgebilde zu dauerndem Leben; die Einheit des Welfenbesitzes mußte man dabei verloren geben. Die Landstände waren „der KrySTALLisationspunkt, um welchen sich die zentrifugalen Elemente der Gesellschaft sammeln und neu gestalten konnten“.¹⁾ Sie vertraten die

¹⁾ Heinemann, a. a. O. II, S. 236.

Idee der Allgemeinheit, den Staatsgedanken auch gegenüber den Herzögen, für die der persönliche und augenblickliche Vorteil vielfach maßgebend war. Man muß es ihnen hoch anrechnen, daß sie den Fürsten in ihrer finanziellen Ohnmacht bereitwillig Steuern zugestanden, um das Verpfänden von Landesteilen zu verhindern oder verpfändete Gebiete wieder einzulösen, daß sie das Veräußern von Ämtern, Dörfern und Domänen zu erschweren suchten und allmählich an ihre Zustimmung banden. Eine gewisse Tragik läßt uns das Streben und Tun der Stände in noch günstigerem Lichte erscheinen: Sie zogen den Feind ihrer eigenen Selbständigkeit groß.

Sobald sich das Fürstentum aus seiner Ohnmacht erhob und seine Kraft zu fühlen begann, mußte es versuchen, die Autonomie der Stände, die das staatenlose Mittelalter großgezogen hatte, zu brechen. Heinrich der Ältere, der in der endgiltigen Teilung von 1495 das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel erhielt, war der erste, der dieses Ziel scharf ins Auge faßte und vor allem in der berühmten Braunschweiger Stadtfehde von 1493 die nach völliger Unabhängigkeit strebende Stadt Braunschweig zu demütigen suchte.

So verschob sich allmählich das Verhältnis von Fürst und Ständen zur Staatsidee. Der Fürst erwies sich als Vertreter der Staatsgewalt, die Stände rückten in die Reaktion ein. Auf dem Hauptgebiete des damaligen Staatslebens, auf dem des Steuerwesens, trat dieser neue Gegensatz am schärfsten ans Tageslicht. Je mehr der Herzog die Steuerkraft des Landes in Anspruch nehmen mußte, um die wachsenden Staatsaufgaben zu erfüllen, um so stärker erwachte bei den Ständen das grundherrliche Selbstinteresse. Allerdings haben sie im 16. Jahrhundert die Staatsforderungen meist bewilligt und die fürstlichen Schulden zu tilgen gesucht, da ihnen die Herzöge als Gegengabe ständische Steuerverwaltung zugestanden. Aber als das Jahrhundert zur Reife ging, begann bereits ein Markten und Feilschen, begannen die Versuche, die Steuerlast von den eigenen Schultern abzuschütteln und den Bauern aufzubürden. Die Stände gingen allmählich in einem kleinlichen Standesegoismus auf und zeigten sich nicht mehr fähig, dem Wohle des Ganzen auf Kosten des ständischen Partikularismus Opfer zu bringen.¹⁾ Und immer wollten sie die Gelbbewilligungen nur als außerordentliche Beihilfe angesehen wissen, die Pflicht zu regelmäßiger Steuerzahlung wollten sie nicht anerkennen.

Bei den wichtigen agrarischen Reformen des 16. Jahrhunderts vertraten die Fürsten und ihre Ratgeber den wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Fortschritt. Allerdings konnte auch der Fürst das Privatinteresse, das er als Großgrundbesitzer hatte, nicht immer verleugnen, auch er ließ

¹⁾ Heinemann a. a. O. III, S. 155.

sich oft genug durch die Ansprüche des Domanialgutes einseitig in seiner Politik bestimmen. Aber er traf damit doch meist auch wieder das Staatswohl: die Domänen waren eine Hauptfinanzquelle zur Befriedigung der Staatsausgaben. Gerade die Regierung des Herzogs Julius, in der dieser Zug der Politik am einseitigsten betont wurde, bedeutete ein Aufblühen der gesamten Staatskräfte.

Der Interessentkampf zwischen Fürst und Ständen war es, in dem das Loos des Bauernstandes entschieden wurde. Der Bauer nahm keinen selbsttätigen Anteil an der Bestimmung seines Geschicks. Aber gerade der Gegensatz zwischen Regierung und Landständen wurde ihm in vieler Hinsicht zu großem Vorteil. Die Landstände sahen darauf, daß der Herzog die Steuerkraft und Dienste nicht übermäßig in Anspruch nahm, der Fürst setzte dem Grundherrschaften Schranken gegen willkürliche Zinserhöhung und sicherte dem Bauernstande ein gutes, erbliches Besitzrecht, um ihn leistungsfähig für die Staatsaufgaben zu erhalten.

Es ist billig, zunächst ein Licht zu werfen auf die Fürsten und ihre Räte, welche die energische staatliche Agrarpolitik siegreich vertraten gegen den Ansturm ständischer Sonderinteressen. Auf dem Throne saßen nacheinander drei Herrscher, die den Begriff des modernen Fürstentums klar erfaßten und in die Wirklichkeit umsetzten, welche Braunschweig im Laufe des Jahrhunderts zu einem der bestgeordneten Staaten Deutschlands machten.

Heinrich der Jüngere (1514—1568) lebt in der Erinnerung als der Gegner der reformatorischen Bestrebungen, als der Vorkämpfer der katholischen Kirche gegenüber der allmählich sich bildenden evangelischen Partei. Man weiß, mit welchem Eifer er seit dem Bauernkriege für einen Zusammenschluß der katholischen Fürsten eintrat, wie er persönlich als Abgesandter der Verbündeten von Dessau und Torgau nach Spanien ging, um den Kaiser zu gewinnen, wie er dann im Laufe der 30er Jahre bemüht war, dem erstarkenden Bunde der Schmalkalbener ein katholisches Bündnis entgegenzustellen; man kennt seinen Anteil an dem Nürnberger Bunde von 1538. Man weiß, daß er nach dem Tode des Herzogs Georg von Sachsen als einziger Fürst Norddeutschlands der alten Lehre treu blieb, wie er dann in offenen Kampf geriet mit den Schmalkalbenern und aus seinem Lande vertrieben wurde, wie er auch nach der Katastrophe von Mühlberg und nach der Rückkehr in seine Herrschaft nicht zur Ruhe kam, sondern bis zum Augsburger Religionsfrieden hin in kaum unterbrochenen Fehden und in stetem Gegensatz zum Luthertum lebte. Man würde aber irren, wenn man eine tiefe religiöse Überzeugung, altkirchlichen Eifer für maßgebend in Heinrichs Politik halten würde oder in dem Herzoge nur den

wilben Heinz sehen wollte, der durch seine augenblicklichen Launen, durch seine persönlichen Neigungen in die Wirren verstrickt wurde. Die dogmatischen Streitigkeiten, „die Pfaffenhandel“, wie er sich selbst einmal ausgedrückt hat, hätten ihn nie bestimmt, sein Pferd zu satteln. Und wie sehr auch im Einzelnen persönliche Momente wirksam gewesen sein mögen, es waren doch sehr reale Interessen mit im Spiel. Zu einer richtigen Beurteilung von Heinrichs Regierung können wir nur gelangen, wenn wir das politische, dynastische Element in den Vordergrund rücken. Wir müssen in Heinrich den Vertreter absoluter Fürstenmacht erblicken, den Vorkämpfer des Territorialfürstentums gegen die centrifugalen, partikularistischen Strömungen des Jahrhunderts. Als solcher zog er in die Hildesheimer Stiftsfehde, die ihm die erwünschte äußere Abrundung seiner Herrschaft brachte. Als solcher war er ein Gegner aller demokratischen und revolutionären Bewegungen, wie sie, scheinbar als Folge der Reformation, ans Tageslicht traten. Die Bauernbewegung, ein Thomas Münzer, ein Jürgen Wullenwever waren ihm in gleichem Grade verhaßt. Vollends die Kämpfe mit den Schmalkaldenern lassen sich nur vom dynastischen Gesichtspunkte aus verstehen. Heinrich führte den Krieg gegen die partikularistischen Mächte im Bereiche seines Herrschergebietes: gegen die Unabhängigkeitsgelüste der Stadt Braunschweig, gegen das reichsunmittelbare Goslar, das er seiner Herrschaft unterordnen wollte, gegen die unzufriedenen Abtigen, die sich aus den fürstlichen Pfandverschreibungen verdrängt sahen. Diese seine Gegner schlossen sich dem Protestantismus und dem Schmalkaldischen Bunde an; so wird uns das zähe Festhalten des Herzogs am Katholizismus politisch verständlich.

Als nach dem blutigen Tage von Sievershausen der Kriegslärm allmählich verrauchte und der lang ersehnte Friede ins Land einzog, konzentrierte Heinrich der Jüngere seine Arbeit auf das innere Staatsleben. „Meine Zeit in Unruh“, diesen Sinnsspruch hat er bis an den Tod beherzigt. Eifrig war er während der Friedenszeit bemüht, die wirtschaftlichen Kräfte, wie den Bergbau, für den Staat nutzbar zu machen und den Staat aus seiner finanziellen Notlage in solidere Verhältnisse hinüberzuführen. Die Steuer- und Dienstkraft der Untertanen hat er für Staatszwecke stark in Anspruch genommen, aber er strebte auch bereits energisch, wenn auch noch erfolglos, dahin, dem Bauernstande ein erbliches Besitzrecht gesetzlich zu verbürgen und durch eine gute Polizeiordnung Ruhe und Sicherheit im Lande zu schaffen. Er hat eine scharfe Aufsicht über das Kammergut eingeführt und die Domänenverwaltung centralisiert, er zog bereits durch die Verordnung von 1529 den Klosterbesitz in seine Machtbefugnis. Vor allem aber hat er mit Hilfe seines gleichgesinnten, tatkräftigen Kanzlers Münfinger von Grunede die Rechtsordnung des Staates festgelegt, römisch rechtliche Be-

griffe eingeführt und die ganze Rechtsprechung um die Person des Fürsten konzentriert.

Sein Sohn und Nachfolger, der Herzog Julius (1568—1589), hat auf den vom Vater geschaffenen Grundlagen weiter gebaut und die überall gelegten Keime zu voller Blüte entfaltet. Begünstigt durch ununterbrochene Friedenszeiten, konnte er sein bewunderungswürdiges Finanztalent voll und ganz entfalten. Sein Schwager, der Markgraf Hans von Kärstlin, hatte ihn in die Domänenwirtschaft eingeführt. Die Ausnutzung seines Kammergutes hat ihm in allen inneren Regierungsfragen die Richtschnur gegeben. Dies entsprach seinem wirtschaftlichen und haushalterischen Wesen.¹⁾ Er fühlte sich in erster Linie als Grundherr und Verwalter und seine Hauptforge war, die wirtschaftlichen Kräfte seines Landes zu entdecken und zu nutzen. Er ließ das ganze Land nach nutzbaren Mineralien, wie Mergel, Thonerde, Salzquellen, Steinkohlen durchsuchen; er sorgte für einen intensiven Betrieb des Bergbaus; er war darauf bedacht, die reichen Holzungen seines Landes für die Staatskasse möglichst ergiebig zu machen. Das rege persönliche Interesse, welches er an der inneren Staatswirtschaft nahm, die Lust und Liebe, mit der er ans Werk ging, mußten ihm Erfolge verbürgen. Und seine Sparsamkeit, die allerdings oft ausartete und nahe an Geiz grenzte, sorgte dafür, daß die von Land und Leuten gewonnenen Schätze nicht durch unnütze Verschwendung und prunkhafte Hofhaltung verloren gingen. Im Ganzen betrachtet, war seine Regierung ein stilles, aber reges und kluges Schaffen ohne viele Verordnungen und Gesetze. Der entscheidende Landtagsabschied von Salzdahlum kam erst acht Jahre nach seinem Tode zustande.

Heinrich Julius (1589—1613) war ein prunkliebender Herr, der nichts von dem haushalterischen Sinn seines Vaters geerbt hatte. Prachtige Bauten, glänzende Feste waren nach dem Geschmack des hochgebildeten Fürsten, der sich selbst nicht ohne Erfolg in litterarischer Thätigkeit versuchte. Mit den Ständen des Landes mußte der herrische, eigenwillige Herzog, der auf seine fürstliche Macht pochte, gar bald in Konflikt geraten. Um das innere Staatsleben kümmerte er sich wenig; als es ihm nicht gelang, Braunschweig seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen, verließ er sein Land völlig und widmete dem Wohl und Wehe des Reiches sein ganzes Interesse und seine Arbeitskräfte. Bei ihm entsprach den absolutistischen Gelüsten, dem Streben nach Herrschaft, nicht mehr die energische Selbsttätigkeit seiner Vorgänger; er wollte herrschen, überließ aber die Arbeit des Herrschers seinen Räten. Wenn trotzdem während seiner Regierung die centrifugalen Kräfte nicht die Oberhand bekamen, wenn gerade auf

¹⁾ Interessant für die Charakteristik des Herzogs Julius sind die in der Z. d. G. B. f. N. 1890 veröffentlichten Briefe an seine Tochter.

dem Gebiete der inneren Politik Großes geleistet wurde, so ist dies in erster Linie ein Werk seiner Diener und Räte, vornehmlich des Kanzlers Dr. Jagemann. Verfolgt man die Verhandlungen, welche zum Landtagsabschied von 1597 führten, so erkennt man ihn überall als die wirkende und entscheidende Persönlichkeit, die die egoistischen Wünsche der Stände, besonders des Adels, in die gebührenden Schranken zurückwies. Aber die verschwenderische Hofhaltung des Fürsten und die steigenden Kriegslasten zehrten bald den vom Vater hinterlassenen Schatz auf und nahmen die Finanzkräfte des Landes übermäßig in Anspruch. In der finanziellen Nothlage konnte es der Regierung nicht immer mehr gelingen, die Sonderwünsche der Stände niederzuhalten, sie mußte ihnen Konzessionen und Vorrechte gewähren, wenn sie die Bewilligung neuer und höherer Steuern erlangen wollte.

Unter dem schwächlichen Friedrich Ulrich¹⁾ (1613—1635) gewannen die partikularistischen und zersetzenden Strömungen vollends das Übergewicht. Mahnungen treugesinnter Diener, wie eines Lorenz Verdelmann, trafen taube Ohren. Durch seine Günstlingswirtschaft brachte er in kurzen Jahren das Erbe der Väter in einen wirtschaftlichen Ruin, bevor noch die Schrecken des dreißigjährigen Krieges darüber hinbrausten und die Tätigkeit eines Jahrhunderts vernichteten.

¹⁾ Seine Regierungszeit wird in der Arbeit nicht mehr berücksichtigt werden.

Kapitel I.

Die Grundherrs.

A. Anteil der Grundherrs am bäuerlichen Besitze.¹⁾

Das Eigentum am Grund und Boden war im 16. Jahrhundert, wie überall, so auch in Braunschweig in der Hand weniger Grundherrs ver-
einigt, die aber das Ihrige meist nicht selbst bewirtschafteten, sondern in
Kleinbetrieben an bäuerliche Wirtschaftsführer ausgetan hatten. Die
„neuere Grundherrschaft“²⁾ war das Charakteristikum der niedersächsischen
Agrarverfassung. Der Grundherrs lieb in der Regel sein Kapital an Grund
und Boden aus und lebte von den Zinsen, die es ihm einbrachte.

Der vornehmste und bedeutendste Grundherrs war der Landesfürst.
Er hatte allerdings meist nur ein Obereigentum. Ritter, Klöster und
Städter waren seine Lehn- und Erbenzinsleute. Auch das Land der
freien Bauern fiel nach dem Aussterben eines freien Bauerngeschlechtes an
den Landesfürsten zurück. Und die Herzöge wachten darüber, daß ihr
Eigentumsanspruch nicht verloren ging. Die vornehmen Lehn- und Zins-
leute hatten natürlich das Streben, sich ein uneingeschränktes Eigentum zu
erwerben.³⁾ Sie trafen eigenmächtige Verfügungen über ihre Güter, ver-
kauften, verpfändeten oder beschwerten sie nach ihrem Belieben. Die schwere
Schuldenlast zwang sie vielfach dazu, sie mußten Gläubiger und Bürgen
befriedigen. Herzog Heinrich Julius, der sich seine Rechte nicht gerne
verkürzen ließ, suchte durch zwei scharfe Verordnungen 1593 und 1602⁴⁾
diesen Eigenmächtigkeiten, durch die sein Dominium unklar und verwischt

¹⁾ Dieser Abschnitt ist bereits als Berliner Dissertationschrift 1903 gedruckt
worden.

²⁾ cf. über den Begriff „neuere Grundherrschaft“ Elster, Wörterbuch der Volks-
wirtschaft, Artikel Gutsherrschaft.

³⁾ Man muß dies Streben wohl auf Anschauungen zurückführen, die das
römische Recht vom Eigentum hat.

⁴⁾ Die Verordnungen sind zusammen mit der Hofgerichtsordnung gedruckt worden,
auch bei Oppermann, Sammlung usw. Nr. 1—3, 5, und „Kalenberger Landes-
ordnungen“ 1739/40.

wurde, Schranken zu setzen: sie sollten *facto ipso* den Verlust der Güter zur Folge haben; der Notar, welcher den Kontrakt anfertigte, sollte seines Amtes *cum infamia* entsetzt werden. Aber schon 1612 sah er sich zur Einschränkung seines absoluten Verbotes genötigt. Unter dem Zwang der Verhältnisse mußte er Lehnsträgern und Erbenzinsleuten zugestehen, die Veräußerung ihrer Güter nicht grundlos zu erschweren; nur sollte in Zukunft der neue Besitzer vor der Immission durch das Hofgericht oder die fürstliche Ratsstube ein genaues Verzeichniß der Güter einreichen und einen gehörigen Revers ausstellen, in dem er das fürstliche Eigentum anerkannte und sich zur Leistung der Schatzungen und eventuell des Hofdienstes verpflichtete. In dem Alfelder Landtagsabschied von 1614¹⁾ versprach der Fürst, die Abhängigen und andere Lehnleute mit Konsensgeldern über Gebühr und altes Herkommen nicht zu beschweren. Die Landesordnung von 1647,²⁾ welche nach den Wirren des dreißigjährigen Krieges die gültigen Ordnungen des Staates zusammenzufassen suchte, enthielt in Abschnitt 30 eine ausdrückliche Erneuerung dieser Verbote.

Die vornehmen Erbenzins- und Lehnleute suchten das Obereigentum des Fürsten völlig abzuschütteln und sich ein uneingeschränktes Privateigentum an ihren Gütern zu erwerben. Gegen diese centrifugalen Tendenzen richteten sich die Verordnungen, freilich mit recht geringem Erfolg. Realen Wert erhielt für den Fürsten der Obereigentumsanspruch in der Hauptsache erst in dem Augenblicke, wo eine Familie ausstarb. So fielen die Güter der Familie von Wenden, die Bogtsdahlum³⁾ inne hatte, 1595 an den Landesherrn. So kamen später auch die Besitzungen derer von Salber⁴⁾ in die Hände des Herzogs.

Über bäuerliche Wirtschaftler übte der Herzog eine direkte Grundherrschaft verhältnismäßig selten aus. Am meisten standen Bauern zu ihm im Erbenzinsverhältnis, also in einer vor langer Zeit begründeten Abhängigkeit. Zu Meierrecht hatte er nur in verschwindend wenigen Fällen Güter an Bauern ausgetan. Im Amte Lichtenberg,⁴⁾ einem der größten Ämter des Landes, zinsten nur 7 Meierhöfe dem Fürsten. Nach dem Kornregister von 1587/88⁵⁾ erhielt das Amt Wolfenbüttel Malterzins nur von etwa 40 Hufen Landes (= ca. 1200 Morgen) und empfing davon in Summa 56 Scheffel 8 1/2 Himpten Weizen, 37 Scheffel 7 Himpten Roggen, 16 Scheffel 6 Himpten Hafer; ein Teil dieser Zinse war nur an den

1) cf. Ribbentrop, Landtagsabschiede.

2) Gedruckt bei Steinacker, Größere Organisationsgesetze usw.

3) cf. Hassel und Wege, Geogr.-statistische Beschreibung von Wolfenbüttel und Blankenburg.

4) cf. B. L. A. Amt Lichtenberg, Amts- und Kornregister.

5) B. L. A. Amt Wolfenbüttel.

Fürsten gefallen, weil die Grundherrn entwichen oder gestorben waren; im Amte Wolfenbüttel kommen auch fürstliche Erbenzinsgüter nur höchst selten vor nach dem Erbregister von 1566 (?),¹⁾ sie machen keine nennenswerte Quote des bäuerlichen Besitzes aus. Im Amte Schöningen²⁾ wurden an das Amt nur 15 Scheffel Roggen und 2 Scheffel Gerste, 12 Himpten Mohn und 3 Scheffel 4 Himpten Hafer (1546) gezahlt, außerdem lagen noch im Amte einige Erbenzinsgüter, besonders in der Stadt Schöningen selbst, und die Meierdingsgüter, nach dem ca. 1584 (1586?) angefertigten Amtsregister³⁾ nur 9 Hufen, erkannten den Fürsten als ihren Meierdingsherrn an. Im Amte Gebhardshagen⁴⁾ war nur ein geringer Bruchteil des Amtsaßers den Leuten im Dorfe um Zins gethan. Die während der Okkupation durch die Schmalkaldener angefertigte Beschreibung der fürstlichen Ämter und der Klostergüter kennt im Amte Liebenburg⁵⁾ außer den Latengütern zu Upen, Othfresen, Salzgitter und Flöte nur 12 Hufen Land, welche dem Amte zinsen. Im Amte Woldenberg⁶⁾ werden nur 2 fürstliche Meierhöfe zu Sillium, im Amte Steinbrück⁶⁾ nur der Meierhof zu Söhlbe genannt. Und in dem Harz- und Weserdistrikte war das Verhältnis nicht viel anders.

Überall ließ der Herzog sein ländliches Eigentum nur selten durch bewirtschaftende Bauern nutzen, wenn wir von dem in der Hilbesheimer Stiftsfehde gewonnenen Gebiete und den darin gelegenen Meierdings- und Latengütern absehen, deren Erbenzinse ja nur eine ganz geringe Rekognitionsgebühr gegenüber der fürstlichen Gerichtsbarkeit bedeuteten, aber kein eigentliches Äquivalent für die Nutzung des Gutes. Die Neuordnungen, von denen in der Regel der Zins in das Amt floß, konnten den Umfang der grundherrlichen Rechte des Fürsten nicht erheblich vermehren. Durch Verkauf, Verpfändung und Verlehnung hatten die Fürsten im Laufe der Zeit den größeren Teil der Bauerngüter veräußert. Auch die fürstlichen Beamten wurden für ihre Dienste bis etwa in die Mitte des 16. Jahrhunderts vielfach mit Landgütern ausgestattet; erst in der zweiten Hälfte seiner

¹⁾ Dies Erbregister von 1566 ist nicht Original, sondern eine Abschrift aus der Zeit 1620 — 1630. Die Abschrift ist natürlich nicht wörtlich, sondern enthält auch Änderungen in den Besitzverhältnissen; der Umfang der Änderungen läßt sich aber nicht feststellen, da das Original nicht vorhanden ist. Jedenfalls stammt das Register nicht aus dem Jahre 1569, wie auf dem Rücken angegeben ist; es gibt uns in vieler Beziehung ein Stück fließender Zustandsgeschichte für den Ausgang des 16. Jahrhunderts.

²⁾ Br. St. A. Abt. VII, Schmalkaldischer Bund, Bb. 27, fol. 132. — B. L. A. Amt Schöningen, Amtsregister ca. 1584.

³⁾ B. L. A. Amt Gebhardshagen, Erbregister.

⁴⁾ Br. St. A. Abt. VII, Bb. 27, fol. 190/1.

⁵⁾ ib. fol. 322.

⁶⁾ ib. fol. 260 ff.

Regierung kam Heinrich d. J. von diesem System ab, befolgte die Beamten mit Geld und strebte danach, den grundherrlichen Besitz der Krone besser zusammenzuhalten.¹⁾ Und die Güter, die dem Landesherrn noch eigentümlich gehörten, tat er meist nicht an bauerliche Wirtschaftsführer aus, sondern bewirtschaftete sie selbst. Erst die Reformation, welche den gesamten Klosterbesitz in den Machtkreis des Staates zog, brachte dem Landesherrn einen bedeutenden Zuwachs grundherrlicher Rechte.

Die Klöster hatten im ganzen Nordwesten Deutschlands reichen grundherrlichen Besitz. Ackerhöfe und Zehnten waren in umfangreichem Maße klösterliches Eigentum. Nicht selten war der überwiegende Teil ganzer Dorfmarken von einem Kloster als Grundherrn abhängig. Die Klöster waren im Mittelalter darauf bedacht gewesen, ihren Besitz durch Permutationen und Käufe zu arrondieren;²⁾ so war der Streubesitz, der sonst für die Grundherrn des Nordwestens charakteristisch war, von ihnen vielfach vermieden worden. Das Kloster Marienthal hatte in den beiden Dörfern Barmke und Emmerstedt³⁾ das Eigentum über den größten Teil der Feldmark. Das Kloster Ribbaggshausen hatte im Amte Schöningen die Dörfer Offleben und Wobes, im Halbgericht Meerdorf, und vor allem die in der Nähe des Klosters gelegenen Dörfer Hondelage, Bienrode, Dibbesdorf, Querum, Glesmarode, Mascherode;⁴⁾ im Nordwesten der Stadt Braunschweig hatte das Kloster in fast allen Dörfern grundherrliche Rechte. Das Kloster Steterburg hatte auf den benachbarten Feldmarken den größeren Teil des Ackers eigentümlich inne.⁵⁾ Das Egidienkloster zu Braunschweig übte im Dorfe Mönch-Vahlberg im Gericht Affeburg die Grundherrschaft aus.⁶⁾

Durch die starke Verschuldung und die Wirren, welche das Reformationszeitalter mit sich brachte, geriet der Besitz der Klöster ins Schwanken. Die Staatsabgaben und Schätzungen, welche der Herzog Heinrich der Jüngere auferlegte, drückten schwer. Ackerhöfe und Zehnten wurden an Ablige, Bürger oder Bauern verpfändet oder verkauft. 1529 verbot der Herzog Heinrich, Güter von Klöstern und Gotteshäusern ohne des Fürsten Wissen und Zustimmung an sich zu bringen; aber dies Edikt⁷⁾ konnte den

1) cf. Krusch *J. G. B. N.* 1893 *passim*.

2) cf. Uhlhorn *J. G. B. N.* 1894 S. 84—110.

3) cf. *B. G. N.* Amt Schöningen, *Erbregister*.

4) *Br. St. A. Abt. VII*, Bd. 26, fol. 585 ff.

5) cf. *Erbregister* des Amtes Wolfenbüttel 1566 (?), besonders das Gericht Beddingen.

6) cf. *B. G. N.* Affeburger *Erbregister* 1569.

7) Gedruckt hinter der Hofgerichtsordnung S. 209.

Veräußerungen keine Schranken setzen. 1546¹⁾ waren die Zehnten und Meierhöfe zu einem großen Teile verpfändet. Gerade die wachsenden Staatslasten hatten die Klöster vielfach dazu gezwungen. Dazu hatte der Herzog Ernst von Lüneburg in den Kriegswirren viele Klostergüter, besonders den Klöstern Ribbadsghausen, Steterburg und Marienthal, entzogen. Die Schmalkalbener benutzten die Klostergüter vielfach dazu, herzogliche Gläubiger zu befriedigen.

So hatte das Kloster Amelunghorn, dessen Güter aber zum größten Teile im Fürstentum Kalenberg lagen, 12 Meierhöfe, den Klosterhof zu Hörter, die Steinmühle zu Bolle, ein Viertel des Zehnten zu Bodenwerder, einen Viertelzehnten zu Brunkenen im Amte Greene und einige Güter und Häuser zu Gimbeck auf Wiederkauf verpfändet oder zu Leibgeding verpfändet. Die stattlichen Salzgüter in Lüneburg hatte das Kloster bereits vor 70 Jahren verpfändet. Außerdem mußte das Kloster 3200 Goldgulden, 410 Gulden Münz und 150 Mark jährlich verzinsen, die es Klosterpriestern, Bürgern und Bauern schuldete.

Das Kloster Brunshausen bei Gandersheim hatte auf einige Klostergüter 720 Gulden Münz und 70 Gulden Gold aufgenommen. Es hatte sich also der Güter nicht entäußert, die Gläubiger durften sich nur aus den betreffenden Gütern schadlos halten, wenn sie ihre Zinse nicht bekamen.

Das Sanct Marienkloster bei Gandersheim hatte 1 $\frac{1}{2}$ Hufen Land auf Wiederkauf, 3 Hufen Land und den Meierhof zu Wüllerbeck auf Leibgeding verpfändet; es mußte 70 Gulden Schuldenzins zahlen.

Das Kloster Lamspringe hatte die Zehnten von 3 $\frac{1}{2}$ Feldmarken, 13 Ackerhöfe, 26 Morgen Einzelacker und noch Ländereien zu Lamspringe und Nedershausen (?) verpfändet. Dadurch verlor das Kloster 132 Scheffel Roggen und 110 Scheffel Hafer.

Von dem Kloster zur Klus bei Gandersheim waren der Zehnte zu Wetteborn, ein Meierhof mit 5 Hufen Land in Kleinfreden und 1 Meierhof in Weimershausen fortgenommen worden.

Von dem Kloster Georgenberg bei Goslar war der Zehnte und der Meierhof zu Beinum im Gericht Liebenburg genommen und denen von Swichelbe gegeben worden zur Abbezahlung der 10 000 Gulden, die ihnen der Herzog Heinrich wegen ihres Erbgutes und des Baues auf der Liebenburg verpfändet hatte. Kurt von Swichelbe waren die Zinse im Dorfe Achim zugewiesen, dem Pfarrer zu Dörnten waren 2 Höfe mit 9 Hufen Land aus des Klosters Gütern beigelegt.

Das Kloster Riechenberg bei Goslar hatte während der Regierung des Herzogs Heinrich 36 $\frac{1}{2}$ Hufen Land und $\frac{3}{4}$ Zehnten verpfändet, außerdem

1) Br. St. A. Abt. VII, Bb. 26, fol. 507—604.

mußten aus dem Zehnten zu Deuchte und Bredelem und aus einigen Wiesen und Meierhöfen zu Alfeseld 800 Thaler, 400 Gulden Münz, 200 Gulden Gold und 100 Goslarer Mark verzinst werden.

Von dem Kloster Ringelheim waren bei des Herzogs Heinrich Zeiten 22 Hufen 14 Morgen Land auf „Wiederlose“ verkauft, 25 Morgen Land und 4 Fuder Heu auf Leibgebing verschrieben. Während der Statthaltertschaft der Schmalkaldener wurde Ludwig von Swichelde und seinen Vettern zur Abkürzung herzoglicher Schulden des Klosters Hof zu Zerbe,¹⁾ mit 470 Morgen Land, 7 Teichen, 2 Holzflößen und einigen Wiesen = ca. 100 Fuder Gras eingetan, dem v. Beltheim zu Langelsleben 20 Gulden 16 Groschen Geldzins zu Wehlen und 9 Scheffel 8 Himpten Roggen und 9 Scheffel Hafer zu Wendessen. In der Einnahme werden nur noch 1½ Scheffel Weizen, 6 Scheffel 3 Himpten Roggen und 4 Scheffel Hafer als Zinskorn von Meierhöfen angeführt.

Das Kloster Dorstadt hatte mit Bewilligung des Herzogs Heinrich 19 Hufen Landes verpfandt und das Pfandgeld dem Herzog in die Schatzung gegeben.

Von dem Kloster Steterburg waren die Zehnten zu Ditzem, in der Landwehr vor Braunschweig, zu Geitelde im Gericht Beddingen und zu Freden im Ante Lichtenberg, der halbe Zehnte zu Leiserbe, 11 Meierhöfe, 3 halbe Meierhöfe, 2 Höfe mit 6 Hufen Land und 4 Rothhöfe mit 4 Hufen Land verpfandt. Außerdem waren noch den Erben des Großvogts Bertold Rap ein kleiner Teich zu Thiede und 10 Morgen Wiesenwachs zu Northem, und einigen Bauern im Ante Wolfenbüttel 26 Ruten Wiesenwachs aus dem Hofe zu „Northem“ und 52 Scheffel 6 Himpten, 6 Gulden verschrieben. In Summa waren dem Kloster 20 Gulden Geld und 391 Scheffel 6 Himpten Korn auf diese Weise entzogen.

Der Abt des Klosters Riddagshausen, Lambertus Balve, war entflohen, das Verzeichnis der veräußerten Güter ist nicht vollständig. Den Klosterhof zu Wobes mit 18 Hufen Land hatte das Kloster kurz vor dem Überzuge für 500 Goldgulden verpfandt, den Hof zu Dffleben hatte ein ehemaliger Mönch. Den Hof zu Unsburg im Stifte Magdeburg hatte man Matthias v. Beltheim einige Jahre eingetan gehabt mit Viehzucht, Schäferei, Kruggerechtigkeit und Gericht; er hatte dem Kloster davon nur 30 Gulden Münz gegeben, da der Ertrag des Ackerbaues durch das Halten von drei Wagenspannen und Pfluggeschirr zum größten Teil verzehrt wurde. Als die Schmalkaldener ins Land kamen, erwarb der Statthalter Bernhard von Mila das Gut durch Erbkauf; er versprach einige Klosterschulden zu übernehmen. Außer diesen drei Klosterwirtschaften, die der

¹⁾ Gemeint ist wohl das Vorwerk Söderhof.

Abt wegen der lokalen Entfernung wohl nicht gerade schweren Herzens veräußert hatte, waren dem Braunschweiger Bürger Barthold Schrader, der seinen Anspruch dann auf seinen Schwiegersohn Curdt Barbde vererbte, der Zehnte und ein Meierhof zu Ahlum verschrieben auf 1200 Goldgulden, und Berthold von Honrodt waren 6 Gulden Münz Zins aus dem Dorfe Beltheim zugewiesen worden. Ferner mußten jährlich in Summa 4 Scheffel Roggen und 148 Gulden Münz Zins gezahlt werden. Während des Kriegszuges entriß der Herzog Ernst von Lüneburg dem Kloster den größten Teil seiner Besitzungen. Die Schmalkalbener verwandten die Güter des Klosters vielfach zur Befriedigung der fürstlichen Gläubiger. Christoph von Steinberg erhielt die Dörfer Hondelage und Mascherode, den Zehnten und Klosterhof zu Ahlum, Lippold von Stöckheim des Klosters Einkommen zu Großschöppenstedt, Mathias von Beltheim die Zehnten zu Rolstedt und Hoetensleben (im Stifte Magdeburg). Die wüste Feldmark im letzteren Dorf mit 30 Hufen Land war ihm aus dem Kloster Marienthal zugewiesen worden. Die Stadt Braunschweig erhielt die Dörfer Gliesmarode und Quernum, die sich anfangs der Herzog Ernst angemacht hatte. Johann Hamstedt, dem der Herzog Heinrich das Dorf und den Hof zu Mönch-Bahlberg für 5000 Gulden Gold und 300 Gulden Baugeld verkauft hatte, mußte auf seinen Besitz zu Gunsten der Stadt Braunschweig verzichten. Dafür wurden ihm aus dem Klosterbesitz Güter angewiesen, die in Summa 242 $\frac{1}{2}$ Scheffel Korn und 46 $\frac{1}{2}$ Gulden einbrachten.

Aus dem Besitz des Klosters zu Schöningen waren vor der Okkupation 27 Hufen Land, 3 Höfe, bei denen das Land nicht angegeben ist, der Zehnt zu Gilum und 3 Obstgärten zu Schöningen verpfändet. Während der Okkupationszeit verpfändeten die Mönche noch 2 Meierhöfe mit 9 Hufen Land zu Hoiersdorf, außerdem wurden die Zehnten zu Söllingen und Ohrleben und 4 Hufen dem Kloster genommen, um herzogliche Schulden abzutragen.

Von dem Kloster Königsutter war der Zehnte zu Velm an Levin von Beltheim verpfändet. Ferner waren aus 6 Meierhöfen im ganzen 22 Scheffel Roggen, 10 Scheffel Weizen und 1 Scheffel Hafer Zins verschrieben; 24 Hufen Land und 3 Wiesen waren verpfändet, meist auf Wiederkauf. Außerdem hatte Mathias von Beltheim vor acht Jahren den freien Hof zu Mehrdorf mit 12 Hufen Land zu zwanzigjährigem Nießbrauch verschrieben erhalten. Endlich waren noch einige Häuser, 2 Hufen Land, 2 Scheffel Roggen aus des Klosters Meierhof zu Lutter (Königsutter) und die halbe Spittelswiese (?) auf Leibgebing verschrieben, mußten also nach Ablauf absehbarer Zeit an das Kloster zurückfallen.

Das Kloster Unser lieben Frauen Berg vor Helmstedt hatte den Vorwerkshof zu Moorsleben im Magdeburgischen, den Zehnten zu Frellstedt in der Herrschaft Warburg, 2 Höfe zu Rübbelingen und 5 Hüfen 5 Morgen Land verpfändet.

Von den Klöstern Heiningen, Wöltingerode und Marienthal waren keine Güter veräußert. Ueber die Klöster Kemnade, Marienberg und S. Ludgerikloster bei Helmstedt bringt das Verzeichniß keine Kunde.

Die vielen Veränderungen, die die Schmalkalbener mit Klostergütern vorgenommen hatten, machte der Herzog Heinrich nach seiner Rückkehr wieder rückgängig. Troßdem lasteten auf vielen Klöstern ungeheure Schulden, die sie nicht zu einem ruhigen Besitz des Ihrigen kommen ließen. Als Herzog Julius die Reformation durchführte, mußte er wiederholt (scharfe Verbote¹⁾) gegen eigenmächtige Veräußerungen der Klostergüter erlassen. Bei der Visitation der Klöster 1568 ließ er dies energisch zum Ausdruck bringen. Am 3. 4. 1571 mußte er sein Verbot¹⁾ bereits erneuern: Den Untertanen wurde untersagt, Güter und Einkünfte von Klöstern kauf-, pfands-, miets- oder meiersweise an sich zu bringen, den Klöstern, ohne fürstlichen Konsens Güter zu veräußern; alle bestehenden Kauf- und Pfandverträge sollten genau geprüft werden.

Aus diesen Verordnungen spricht das Streben des Fürsten, sich eine unmittelbare Aufsicht über die Klöster zu verschaffen und dieselben wirtschaftlich leistungsfähig zu erhalten für die staatlichen Zwecke. Aber wir können daraus doch auch die Neigung der Untertanen erkennen, den Klöstern Güter zu entwenden. Als 1602 der Herzog Heinrich Julius die Verordnung erneuerte, verbot er den Untertanen, den Klöstern wider den Willen der Vorsteher und Verwalter Güter „abzuzwecken“. ¹⁾ Ablige und Gemeinden werden in erster Linie darauf bedacht gewesen sein, Klosterbesitz an sich zu bringen, erstere, um ihre Eigenwirtschaft zu vergrößern, letztere, um die Pfarrer und Kirchen damit auszustatten. Daß die Herzöge trotz ihrer Verbote kein Bedenken trugen, ihr Kammergut auf Kosten der Klöster zu erweitern, werden wir noch beobachten. Bei der allgemeinen Visitation stellte es sich heraus, daß die Ämter vielfach die Kirchen und Pfarrgüter in die Amtswirtschaft gezogen hatten. Später wurden in erster Linie Adergüter, die Klöster als ihren Gutsheern anerkannten, dem Dominialgut einverleibt. Und zum Abtragen der enormen Schulden sind Klostergüter jedenfalls in reichlichem Maße verwandt worden. Immer stärker kam bei der Regierung die Absicht zum Durchbruch, das Klostergut als Staatsgut anzusprechen, sodaß unter Friedrich Ulrich bereits der Gedanke aufstiegen konnte, den Klosterbesitz in das Kammergut zu ziehen.

¹⁾ Gedruckt hinter der Hofgerichtsordnung.

Trotz aller Entwendungen und Verpfändungen bildete jedoch der Klosterbesitz einen ganz hervorragenden Bruchteil des ländlichen Grund und Bodens. Bei dem Kloster Wöltingerode¹⁾ wird 1546 in der Einnahme aus Zehnten und Meierhöfen 183 Scheffel Roggen, 245 Scheffel Hafer verzeichnet, außerdem findet sich unter der Geldeinnahme ein Posten von 532 Gulden 10 g Geldzinsen und stehende Pfennigrente. Das Kloster zu Lamspringe²⁾ bezog aus Meierhöfen an Kornzinsen 249 Scheffel 7 Himpten Roggen, 19 Scheffel Weizen, 7 Scheffel 8 Himpten Gerste, 242 Scheffel Hafer; außerdem hatte es an Geldzinsen 160 Gulden. Bei den anderen Klöstern sind die Zahlen bedeutend geringer; aber zum Teil sind hier die Angaben der Klöster sicher absichtlich falsch gemacht worden. Das Kloster Steterburg³⁾ z. B. hatte ganz gewiß ein höheres Einkommen als 5 Scheffel Weizen, 94¹/₂ Scheffel Roggen, 45 Scheffel Hafer und 10 Scheffel Gerste.

Der Adel des Landes, der in der Hauptsache aus den Ministerialen hervorgegangen, vom Landesherrn für Militär- und Verwaltungszwecke⁴⁾ geschaffen war, hatte sich im Laufe des Mittelalters einen bedeutenden Anteil am Grund und Boden erworben. Die Ausstattung mit Land war im Mittelalter für den Landesherrn das hauptsächlichste Mittel, sie für die geleisteten Dienste zu belohnen, und für die Ablichen die einzige Art und Weise, Kapitalien nützlich anzulegen. Vielfach herrschte in Adelsdörfern kein derartiges Durcheinander in den Eigentums- und Besitzverhältnissen, wie es sonst für Nordwestdeutschland charakteristisch ist,⁵⁾ sei es, daß dem Junker ein einheitliches Gebiet verliehen worden war, sei es, daß er seinen Besitz allmählich konzentriert und arrondiert hatte.

Genaue Angaben über den Umfang des ablichen Grundeigentums lassen sich aber schwer gewinnen; die Junkerdörfer, die meist der Amtsverwaltung und Amtsjustiz entzogen waren, sind in den Erbregeistern nicht mit beschrieben. Es existierten große lokale Differenzen. In der Nähe der Stadt Braunschweig trat der Adel als Grundherr zurück, konnte er nicht aufkommen gegenüber den kapitalkräftigen Städtern. Im Nordosten des Landes war die Zahl der ablichen Sitze und damit auch ihr Anteil am Ackerland bedeutender. Am stärksten aber fiel der Adel in den Ämtern ins Gewicht, welche in der Hildesheimer Stiftsfehde an das Herzogtum gekommen waren. So waren im Amte Winzenburg 1546 von 53 Dörfern

1) Br. St. A. Abt. VII, Schm. B. Bd. 26, fol. 546/7.

2) ib. fol. 554/5.

3) ib. fol. 531.

4) cf. v. Below, Territorium und Stadt S. 34.

5) Als Beispiele mögen dienen Salder (cf. Erbregeister, Amt Sichtenberg B. L. A.), Samleben (cf. B. L. A. Amt Wolfenbüttel Erbregeister, Assenburg 1566?).

nur 23 Amtsdörfer, die übrigen kamen denen vom Adel zu, denen von Steinberg, von Stöckheim, von Kaufheplatzen, von Rieden und von Brißberg. Selbstverständlich standen sie hier auch als Grundherrschaft in erster Linie. Aber selbst im Amte Wolfenbüttel, wo es nur wenig adeliche Sitze gab und die Braunschweiger den Grund und Boden zum überwiegenden Teil an sich gebracht hatten, war noch etwa $\frac{1}{6}$ ¹⁾ des gesamten Bauernlandes vom Adel abhängig. Dies giebt uns den besten Beweis für seine Bedeutung als Grundherr.

In ganz hervorragendem Maße waren die Stadt Braunschweig und ihre Bürger an dem ländlichen Grund und Boden als Grundherrschaft beteiligt. Neben Braunschweig kommen andere Städte so gut wie garnicht in Betracht. Die kleineren Städte waren ja meist Ackerbauersiedlungen, die den Boden selbst als grundherrlich abhängige Bürger bestellten; und der Teil der Bevölkerung, der im Ackerbau nicht sein Brot fand, lebte vom Handwerk. Nur in Städten wie Helmstedt und Wolfenbüttel war der eine oder andere Bürger Grundherr, bezog von diesem oder jenem Bauernhofe den Zins. An den Grenzen des Landes hatten wohl auch fremde Stadtbürger, wie von Hildesheim und Goslar, grundherrliche Berechtigungen. Aber sie alle verschwanden gegenüber dem gewaltigen Eigentumsanspruch der Braunschweiger.

Die Stadt selbst hatte es im Laufe des 15./16. Jahrhunderts verstanden, die Finanzwirren der Fürsten zu benutzen und sich reiche Pfandschaften übertragen lassen. In ihrem Bestreben, sich aus dem Staatsverbande loszulösen, beanspruchte die Stadt volles Eigentum an den ihr verpfändeten Gerichten und sprach dem Fürsten das Recht des EinlöSENS wegen Verjährung ab. Nach langen Streitigkeiten brachte der Vertrag von 1569²⁾ eine endgültige Regelung. Die Gerichte Kampen und Neubrück hatte die Stadt schon 1494 zurückgegeben. 1569 gab die Stadt das Gericht Affeburg an den Herzog zurück, ohne den Pfandschilling von 28 600 Goldgulden zurückzuerhalten; dafür aber wurden der Stadt die Gerichte Eich und Wendhausen übertragen; dem Fürsten blieb nur die hohe Obrigkeit, wie Huldigung, Landsfolge, Steuern, geistliche und weltliche Lehen. Die Stadt erhielt die Gerichte zu erblichen Mannlehen; seine Ansprüche auf Wechsel ließ der Fürst fallen. Außerdem befanden sich damals noch Schandelah und Müddesse in den Händen des Rates. Der Rat hatte in seinen Gerichten keine Eigenwirtschaft; nur einige Amtswiesen³⁾ ließ

¹⁾ Berechnet nach dem Erbregister des Amtes Wolfenbüttel von 1566 (?).

²⁾ Gedruckt bei Bethmeier a. a. O.

³⁾ cf. Br. St. A. Abt. VI § 7: Burgamtsrechnungen.

er durch die Herrendienste der Leute bestellen. Das ehemalige Domanalgut zu Beßelbe, Wendhausen und Ampleben gab er an Bauern um Zins aus. Auf diese Weise erwartete er sich eine umfangreiche Grundherrschaft. In Beßelbe war die gesamte Feldmark vom Räte abhängig; auch in Ampleben, Wendhausen und Schandelah zinsten der größere Teil der Bewohner dem Räte.¹⁾

Die Braunschweiger Bürger hatten in der Regel nicht das Obereigentum an ihren Gütern, sie standen in einem Lehnverhältnis zum Fürsten oder einem Kloster oder waren des Adels Aftervasallen.²⁾ Und sie lassen sich in den Verträgen wohl ausdrücklich versprechen, daß ihnen ihre Lehen nicht genommen werden sollen. Einen großen Teil ihrer Güter hatten die Bürger pfandsweise oder wiederkäuflich inne. Die Klöster hatten 1546³⁾ den größeren Teil ihrer verpfändeten Güter an Braunschweiger veräußert. Die Güter der Braunschweiger Patrizier lagen hauptsächlich in den der Stadt nahe gelegenen Ämtern des Landes. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts gab es im Amte Wolfenbüttel, zu dem damals das Gericht Affeburg noch nicht gehörte, 117 Ackerleute, 43 Halbspänner und 175 Räter, die Braunschweiger zu Grundherrschaft hatten; sie bewirtschafteten in Summa 724^{3/4} Hufen Land, während die übrigen Bauern 1343^{1/2} Hufen 4^{1/2} Morgen Land hatten.⁴⁾ Also mehr als ein Drittel der Ackerflur befand sich in braunschweigischen Händen. Nach einer zweiten gleichzeitigen Berechnung,⁵⁾ bei der das Dorf Wazum im Gericht Schöppenstedt nicht mitgerechnet ist, hatten damals die Braunschweiger Leute 912^{7/8} Hufen 4^{1/2} Morgen und die übrigen 1589^{1/8} Hufen, 8^{1/2} Morgen Land. Hiernach ist also der Prozentsatz noch größer. Im Gerichte Affeburg gab es nach dem Erbrechtregister von 1569 über 400 Hufen Bürgermeierland, mehr als ²/₅ des Gesamtackers. Im Amte Schöningen⁶⁾ hatten die Braunschweiger 1586 nur 42^{3/4} Hufen 9 Morgen Land; hier standen sie verhältnismäßig weit zurück hinter Adel und Geistlichkeit. In der Beschreibung des Eichgerichts von 1569 fehlen vielfach die Angaben über die Grundherrschaft, doch war hier ganz in der Nähe der Stadt der Anteil der Braunschweiger an Grund und Boden nicht unbedeutend. Auch im Amte Ferzheim⁶⁾ war ihr Eigentumsanspruch nicht gering. Im Amte Sichtenberg⁷⁾ gehörten um die Mitte des Jahrhunderts nach der während

1) Br. St. A. Abt. VI § 7: Erbrechtregister 1569.

2) cf. Nolten S. 183, Rehtmeier S. 334.

3) Br. St. A. Abt. VII, Band 26.

4) Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 70—74.

5) ib. fol. 76—87.

6) Br. St. A. Abt. II § 2 Band 9.

7) Br. St. A. Abt. VII Band 27 fol. 241/2.

der Okkupationszeit angefertigten Beschreibung 208 Hufen $8\frac{1}{2}$ Morgen Braunschweigern, während die übrigen Bauern $925\frac{1}{2}$ Hufen 2 Morgen hatten. Nach der Schatzrechnung für die Braunschweiger Bürgermeier von 1586—88¹⁾ waren es 278 Hufen $11\frac{3}{4}$ Morgen; es läßt sich aber nicht entscheiden, ob sich der Besitz in der Zwischenzeit um 70 Hufen vermehrt hat, oder ob die Differenz auf ungenauen Berechnungen beruht. In den Ämtern Liebenburg, Winzenburg, Steinbrück und Wolbenberg spielten die Bürger von Braunschweig als Grundherrschaft keine Rolle. In den Ämtern Gandersheim, Seesen, Harzburg, Lutter am Barenberge, Forst, Staufenburg, Wiedensien, Fürstenberg, Hesse, Calvörde, Bardorf hatten sie 1586 kein Land¹⁾.

Der Besitz der Braunschweiger war durchaus Streubesitz, konzentrierte sich aber doch um die Stadt; er lag in den Gebieten des Landes, wo sich das Meierrecht quantitativ und qualitativ am stärksten ausgebildet hat. Die städtischen Patrizier verstanden ihre Güter wohl zu nutzen, sie haben sie fast durchgehend zu Meierrecht ausgetan und dies ganz einseitig im Interesse des Grundherrn auszubilden gesucht.

Aus den vorhergehenden Ausführungen geht hervor, daß der Landesherr eine direkte Grundherrschaft über Bauern nur selten ausübte, daß hier die Abteten, dort die Geistlichen und in der Nähe von Braunschweig die Stadt und ihre Bürger in erster Linie als Grundherrschaft in Betracht kamen. Die einzelnen statistischen Angaben ließen sich noch mehr; aber genaue Verhältniszahlen, welche allein die lokalen Unterschiede noch schärfer hervortreten lassen, auf das Gesamtergebnis jedoch keinen wesentlichen Einfluß haben würden, lassen sich bei der Unvollständigkeit, Ungenauigkeit und zum Teil stark von einander abweichenden Entstehungszeit der Erbregister nicht gewinnen. Dazu kommt, daß sich die Grundeigentumsverhältnisse im 15. und wenigstens in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in starkem Schwanken und Fluße befanden. Das Reformationszeitalter brachte, wie bemerkt, besonders in den Besitz der Geistlichkeit große Unsicherheit und Unordnung. Aber auch die andern Stände, besonders der Adel, konnten sich eines ruhigen Besitzes vielfach nicht erfreuen. Abgesehen von den direkten verwirrenden Einflüssen der ewigen Kriege auf den Grundbesitz, war es die Schuldenlast des Fürsten, welche auf die Eigentumsverhältnisse verderblich wirkte. Die Herzöge verpfändeten oder verkauften nicht nur die eigenen Güter, sie nahmen auch die Kraft ihrer Lehnleute übermäßig in Anspruch; diese mußten den Fürsten in ihrer Not

¹⁾ Br. St. A. Abt. II § 2 Band 9.

Darlehn reichen oder Bürgschaften leisten.¹⁾ Dadurch sahen sie sich dann auch selbst vielfach zu Güterveräußerungen gezwungen, und so wanderten die Güter aus einer Hand in die andere; es fehlte lange Zeit jede Konstanz und Dauer in den Grundherrschaftsrechten.

B. Die Eigenwirtschaft der Grundherrn.

Ganz anders gestaltet sich das Bild, wenn wir die Eigenwirtschaft der Grundherrn ins Auge fassen. Die Verhältniszahlen kehren sich hier fast direkt um. Die Stadt Braunschweig und ihre Bürger, die wenigstens für die nahe gelegenen Gebiete des Landes in überwiegendem Maße Eigentümer des bürgerlichen Besitzes waren, hatten keine Selbstbetriebe. Dagegen hatte der Fürst, der über Bauerngut nur selten die Grundherrschaft beanspruchte, in jedem Amte einen Amtshaushalt, der allerdings oft kaum den Umfang von 2 Ackerhöfen hatte, bisweilen aber auch ganzen Dorfmarken an Größe gleichkam.²⁾ Adel und Geistlichkeit nahmen eine Mittelstellung ein.

Je stärker mit den wachsenden Finanzbedürfnissen das Interesse des Fürsten auf Erhöhung der Domäneneträge gerichtet wurde, desto mehr war er auch bestrebt, den Eigenbetrieb zu vergrößern. Es wurden Ackerhöfe eingezogen, als Vorwerke eingerichtet oder sonst zum Amtshaushalt gelegt. Besonders die wüßt gewordenen Höfe und Feldmarken nahm der Fürst gern in die Amtswirtschaft hinein; und auch geistliches Gut diente oft zur Bereicherung der Domänen. Im Amte Winzenburg wird es 1546 als Sitte bezeichnet, Meierhöfe, welche wüßt liegen bleiben und drei Jahre lang den Dienst nicht tun, vom Amte aus zu bestellen.³⁾ Lag der Acker dem Amte sehr entfernt, sodaß man ihn nicht düngen konnte, ließ man ihn einige Jahre brach liegen, bis man ihn wieder mit Hafer besäen konnte, abgesehen von den Fällen, wo der Gutsherr den Hof neu bebauen und mit einem Meier besetzen mußte. In vielen Ämtern kann man die Zunahme des Amtackers im 16. Jahrhundert verfolgen.

Nach dem Amtsregister vom Jahre 1521⁴⁾ hatte das Amt Wolfenbüttel damals nur ein Vorwerk. Die Getreiderechnung von den Jahren

¹⁾ cf. das interessante Bild, welches Jacobs in der Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte 1901 von einem mitteldeutschen Grundherrn entwirft; dies trifft in vieler Beziehung auch für Braunschweig zu.

²⁾ cf. Anhang I.

³⁾ Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 379.

⁴⁾ B. L. A., Amt Wolfenbüttel.

1539/44¹⁾ erwähnt bereits die 12 Hufen Landes des wüsten Dorfes Bistorf als Amtsgut. Die Amts- und Gelbrechnung von 1575/76²⁾ kennt bei Wolfenbüttel ein zweites Vorwerk und das Vorwerk in Groß-Winnigstedt. Das Vorwerk zu Winnigstedt muß nach der Kornrechnung von 1587/8²⁾ etwa 346 Morgen Acker gehabt haben. Es scheint aus 2 Meierhöfen und 3 Rothhöfen entstanden zu sein, die der Fürst an sich gekauft hat; in der Kornrechnung von 1587/8 gehen wegen dieser Höfe $2\frac{1}{2}$ Himpten vom Vogtroggen ab und 3 Scheffel vom Vogthafer. Später wurde in Barnstorf ein Vorwerk errichtet aus einem Meierhof mit 8 Hufen Land, von welchem dem Kloster Königsutter der Zins gebührte.³⁾ Algermann erwähnt es in seiner 1584 angefertigten Beschreibung⁴⁾ des Amtes Wolfenbüttel noch nicht; damals wird es noch nicht existiert haben. Im Jahre 1546 gehörten zum Amte 1567 Morgen Acker. Nach der Kornrechnung von 1587/8 waren allein $1926\frac{1}{2}$ Morgen mit Winter- und Sommerfrucht bestellt worden; rechnet man das Brachfeld hinzu, das ungefähr ein Drittel des Gesamtackers ausgemacht haben muß, so kommt man auf 2550—2600 Morgen,⁵⁾ der Domänenbesitz war demnach um rund 1000 Morgen gewachsen, wobei der Acker zu Barnstorf noch nicht mitgerechnet ist.

Im Amte Schöningen hatte das Kammergut von 1546 bis 1584 nicht wesentlich an Umfang zugenommen. 1546⁶⁾ wird die Größe auf 1065 Morgen angegeben und 1584⁷⁾ auf 1081 Morgen. Aber die Fürstin Hedwig hatte den Klosterhof zu Wobesee vom Kloster kaufen lassen und die zugehörigen 575 Morgen Acker wurden durch die Ämter Schöningen und Ferzheim bestellt.

Im Dorfe Hesseu geht 1551 2 Taler vom Landschatz ab wegen des zum Hause genommenen Ackers.⁸⁾

¹⁾ Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 108 ff.

²⁾ B. L. A., Amt Wolfenbüttel.

³⁾ B. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbreghifter 1566 (?) Barnstorf.

⁴⁾ Manuskript in der Wolfenbütteler Landesbibliothek.

⁵⁾ Das „arthafte“ Land wird auf der letzten Seite der Kornrechnung angegeben:

Weddingen	594 $\frac{1}{2}$	Morgen
Dahlum	1114	„
Winnigstedt	346	„
Bistorf	267	„

Summa 2321 $\frac{1}{2}$ Morgen.

⁶⁾ Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 127.

⁷⁾ B. L. A., Amt Schöningen. Erbreghifter angefertigt ca. 1584.

⁸⁾ B. L. A., Landschaftliche Sachen XLIII 1, Nr. 23.

In derselben Schatzrechnung werden beim Amte Steinbrück 11 Taler 21 Groschen Abgang verzeichnet wegen des Ackers, so auf der Feldmark des Dorfes Soehle zum Amtshaushalt gebraucht wird.

Unter den Gravaminibus der Landstände von 1570¹⁾ befindet sich eine Klage derer von Odershausen und Konforten, daß ihnen 14 Hufen Land, einige Wiesen, Kötereien und wüste Stellen vom Amte Westerhofen entzogen und an das Amt gelegt worden seien. Barwardt Kaufhepten beklagte sich 1570,¹⁾ daß ihm zu Haselenhäusen nach Wiederaufbau des Dorfes 50 Morgen Land, ein Zehent und 2 Meierhöfe entwendet und dem Hause Winzenburg beigelegt worden seien. In diesem Amte ließ Heinrich der Jüngere die Burg wüste werden und richtete auf dem Vorwerke Haselenhäusen Amtshaushaltsgebäude ein. 1546²⁾ war der Name Haselenhäusen noch nicht verloren gegangen; aber man nannte es schon damals Winzenburg nach dem zerstörten Schloß. In der Getreide-rechnung von diesen Jahren findet sich noch eine Rubrik „Zehnthäfer von Haselenhäusen“; es waren davon zwar nur im Jahre 1540 6 Himpten eingekommen; aber man kann doch daraus schließen, daß das Dorf vor nicht allzulanger Zeit noch existierte, oder wenigstens die Feldmark noch nicht durch fürstliche Beamte genutzt wurde.³⁾ Das Vorwerk Horrensen ist auch auf einer wüsten Dorfmark entstanden.⁴⁾ Das Vorwerk zu Freden existierte damals⁵⁾ noch nicht. Der Acker, der zu dem in Freden wüßt gewordenen Schlosse gehörte, wurde bereits zum Hause Winzenburg gebraucht; da aber der Acker dem Hause ungelegen war und am Berge lag, so konnte man ihn mit Dünger nicht nach Gebühr bestellen, man ließ ihn daher um das dritte oder vierte Jahr wüste liegen. Es wurden damals⁵⁾ auch noch zwei Meierhöfe zu Groß- und Kleinfreden, welche wüste geworden waren, vom Amte aus beackert. Später wurde in Freden ein eigenes Vorwerk angelegt. Die Größenangaben in der von den Schmalkaldenern angefertigten Beschreibung sind ungenau und widersprechen sich. Seidensticker⁶⁾ gibt nach dem Erbregister von 1578 folgende Zahlen für den Acker ohne Wiesen:

1) Siehe W. L. A. Landschaftliche Sachen II 1: Summarischer Extrakt der Beschwerden der Ritterschaft (1570).

2) Br. St. A. Abt. VII, Band 7, Amt Winzenburg, fol. 373 ff.

3) 1552 wurden 12 Morgen Landes dem Amtsacker zu Haselenhäusen beigelegt, die dem Kloster S. Michael in Hildesheim gehörten.

cf. Kofen, Die Winzenburg und deren Vorbesitzer, S. 106/7.

4) Seidensticker, Norddeutsche Forsten I, S. 387.

5) 1540—46.

6) a. a. O., S. 394.

vor Hafekenhäusen	875 $\frac{1}{2}$	Morgen
Haus Freben	256 $\frac{1}{2}$	"
vor Horrensen	652	"
Wildebader	98	"

Summa 1822 Morgen Domanialland.

Im Amte Wilderlah hat der Herzog Heinrich der Jüngere Kirchensacker in bedeutendem Umfange zum Amtshaushalt gelegt, wie die Visitationen vom Jahre 1542 ergeben. Der Pfarre zu Mechtshausen hatte der Herzog vor ungefähr 20 Jahren eine halbe Hufe Land genommen. Nach den Aussagen des Pfarrers sollte die Pfarre zu Odenhusen¹⁾ noch 60 Morgen vor „Rigenstede“ und 3 Hufen Land zu Odenhusen haben, die wüste lägen. Zu dem Desolate „Regenstet“ gehörte 1 Meierhof mit 9 Morgen Land und einem Grasbleck, den der Herzog zum Amtssacker geschlagen hatte. Man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, daß auch der wüste Acker von der Domäne ausgenutzt wurde. Auch dem Pfarrer zu Dahlum waren im großen Teich 4 Morgen Land und 1 Wiese von 2 Fuder Heu genommen.

Der Inhaber des Hauses Schladeu hatte das gesamte zur Pfarre, Kirche und Küsterei gehörige Land 1542 „ausgebeutet.“²⁾ Es waren dies in Summa 6 Hufen, 5 Morgen Land und 3 Wiesen. 1568 hatte der Pfarrer 3 Hufen Land = 90 Morgen; nach der Beschreibung von 1542 kamen ihm 5 Hufen Land zu. Es scheint hier also nur eine teilweise Restitution eingetreten zu sein.

Das Amt Gebhardshagen scheint einen größeren Teil des Amtssackers von den Bewohnern des Dorfes eingezogen zu haben. Neben 3 Ackerleuten gab es im Dorfe eine große Anzahl von Röttern, nach dem Erbregister von 1566³⁾ waren es 41. Diese hatten schon 1548 nur einen ganz geringen Besitz von einigen Morgen aus dem Acker des Amtes und zwar zu einem ganz lockeren Zinsrecht. 1566 hatte das Amt den Acker ganz neu und einheitlicher verteilt; es besaß jeder Rötter in der Regel 6 Morgen. Im Ganzen waren damals 186 $\frac{1}{2}$ Morgen vom Amte um Zins ausgetan, während nach dem ca. 1550 angefertigten Erbregister den Röttern nur 148 $\frac{1}{2}$ Morgen überlassen waren. Bei der Kirchenvisitation 1542 beklagt sich der Pfarrer von Varum, daß ihm eine Wiese und eine halbe Hufe Land durch den Vogt Michel genommen worden sei und wider seinen Willen zum Hause Gebhardshagen gepflügt werde.⁴⁾ Ebenso beschwert

¹⁾ cf. Kayser, a. a. O. S. 210/11.

²⁾ Kayser, a. a. O. S. 181.

³⁾ cf. B. L. N. Amt Gebhardshagen.

⁴⁾ Siehe Kayser, Seite 132, 139.

sich der Pfarrer zu Gebhardshagen, daß sein Land vom Inhaber des Hauses Gebhardshagen Ebert Bischofrode „ausgepändet“ sei.¹⁾ Diese Tatsachen berechtigen zu der Vermutung, daß das Amt nicht uralten Amtsacker parzelliert hat für die Röter, sondern daß es sie zufriedenstellen wollte wegen des ihnen genommenen Acker. Vielleicht auch hat der Gedanke dabei gewirkt, daß man den Leuten einiges Land lassen müsse, um den vollen Handdienst von ihnen verlangen zu können.

Am besten läßt sich die Bewegung in den Erbregeistern des Amtes Lichtenberg verfolgen. In der Zeit von 1548—1622 sind hier durch das Amt eine Reihe von Ackerhöfen gelegt worden. In der Beschreibung, welche während der Okkupationszeit angefertigt wurde, ist von Vorwerken noch nicht die Rede; in der Getreiderechnung werden nicht verschiedene Feldmarken erwähnt, es wird immer nur eine einheitliche Summe für den zum Hause gehörigen Acker angegeben. Einen müßten Meierhof bei Freden mit 175 Morgen Land hatte das Amt zum Hause gepflügt und den Zins davon nach Braunschweig gezahlt;²⁾ aber der Guts herr Dürhard von Salder hatte den Bürgern den Pfandschilling zurückgegeben, den Hof gelöst, wieder mit einem Meier besetzt und ließ ihn für sich als ein freies Adelsgut gebrauchen. Unter den 1570 überreichten Gravaminibus³⁾ war eine Klage derer von Salder auf dem Lauenstein: Sie hätten einen Meierhof zu Niederfreden mit 9 Hufen Land, den sie einem Braunschweiger Bürger verpfändet gehabt, aber eingelöst und vom Fürsten zu Lehen erhalten hätten; derselbe sei aber mit seinen Pertinenzien zum Hause Lichtenberg gelegt worden. Sie bitten um Restitution. 1578⁴⁾ war bereits in Freden auf einem Meierhofe, der dem Fürsten zugestanden hatte, ein Vorwerk errichtet worden. Auf dem Altenhagen, wo der Acker ja bereits dem Amte gehörte, wird damals höchst wahrscheinlich das Vorwerk schon existiert haben. Nach dem Erbregeister von 1622 sind im Ganzen 6 Ackerhöfe in das Amt gezogen worden. In Niederfreden⁵⁾ sind 2 Ackerleute abgemeiert worden, welche ihr Gut vom Kloster Steterburg hatten; nach dem Erbregeister von 1548 hatten sie 11 Hufen Land, 1579⁶⁾ war ihr Land vom Amte noch nicht eingezogen. In Oberfreden ist ein Meier, der 9 Hufen Steterburgisches Meierland hatte, von dem Fürsten abgemeiert worden, und das Amt gibt von dem Acker den Zins.⁷⁾ 24 Morgen hat der Meier ad vitam zu freiem Gebrauch; dazu hat ihm das Amt

1) Siehe Kayser, Seite 132, 139.

2) Br. St. A. Abt VII, Schmalkalbischer Bund, Bd. 27, fol. 235.

3) B. L. A. Landschaffliche Sachen, II.

4) B. A. A. Amt Lichtenberg, Erbregeister 1622, S. 65.

5) B. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregeister 1622, S. 119.

6) Erbregeister 1579, S. 10.

7) Erbregeister 1622, S. 110.

noch 12 Morgen von dem Lande um Zins gelassen. Im Dorfe Bruchmacherßen¹⁾ sind die Ackerleute des Klosters Dorstadt vor Zeiten abgemeiert worden und die Länderei ist ins Amt genommen worden. Es waren dies drei Meierhöfe, zu denen je 4 Hufen Land gehört hatten.²⁾ In Summa waren 32 Hufen Land eingezogen worden. Und doch wird der Umfang des Amtsaekers 1546 auf 847³⁾ Morgen und 1622⁴⁾ auf nur 1086 Morgen Acker angegeben; dieser Widerspruch läßt sich schwer lösen.

Jedenfalls zeigen die angeführten Beispiele, daß der Fürst Bauernland teilweise in recht erheblichem Maße in das Kammergut hineinzog, daß sich hier zum Teil ganz bedeutende Großbetriebe bildeten, die nicht allein für den Naturalbedarf des Fürsten, sondern auch in kapitalistischem Sinne für den Markt arbeiteten. Aber in der Regel verteilten sich die Bauernlegungen auf mehrere Dörfer, wurden nicht ganze Feldmarken systematisch eingezogen und die Bewohner zu Proletariern herabgedrückt.

Die Klöster hatten im Mittelalter einen ganz bedeutenden Eigenbetrieb gehabt, den sie durch die Konversen, die Laienbrüder beackern ließen.⁵⁾ Sie waren die Träger der wissenschaftlichen Kultur, des agrarischen Fortschritts gewesen. Aber mit dem ausgehenden Mittelalter trat Mangel an Laienbrüdern ein; die klösterliche Zucht verfiel: Die Klöster gerieten in Verschuldung; sie mußten Güter verpfänden, verkaufen oder um Zins austun. Trotzdem hatten die Klöster um die Mitte des 16. Jahrhunderts zum Teil noch recht umfangreiche Eigenwirtschaften.⁶⁾ Mit dem Kloster Steterburg konnte kein fürstlicher Amtshaushalt an Größe wetteifern. Viele Klosterwirtschaften übertrafen aber auch kaum größere Ackerhöfe an Umfang.

Vor allem fehlte die gediegene und intensive Wirtschaftsführung des Mittelalters wegen Mangel an Arbeitskräften und finanzieller Überschuldung. Als Andreas Bessel 1546 auf Befehl der Statthalter den Kloostervorstehern Beschreibung der Güter und Rechnung abnahm, überstiegen die Ausgaben für Klosterpersonen und Gesinde überall die Einnahmen. In den Nonnenklöstern⁷⁾ hatten die Nonnen alle Aufkünfte

¹⁾ Erbreghifter 1622, S. 229.

²⁾ Erbreghifter 1548 (Abschrift) S. 451/2.

³⁾ Br. St. A. Abt. VII, Bb. 26 fol. 445, Bb. 27 fol. 241.

⁴⁾ B. L. A. Erbreghifter 1622, S. 55.

⁵⁾ Vergleiche Uhlhorn, Die Kulturtätigkeit der Cisterzienser in Niedersachsen. 3. H. B. N. 1890 S. 84—110.

⁶⁾ Siehe Anhang I.

⁷⁾ Br. St. A. Abt. VII, Bb. 27, fol. 603/4.

an Geld und Getreide nach ihrem Gefallen ausgegeben und unter sich verrechnet, so daß die eingesetzten Klosterverwalter keine Register halten konnten. Das Nonnenkloster Kemnade¹⁾ war ganz arm und unvermögend: Das Dorf Kemnade sei vom Kloster genommen worden, man vermöge deswegen den Acker nicht umzubringen, so klagten die Nonnen; sie hätten nicht Brot noch Korn, sich des Hungers zu erwehren. Andreas Bessel gibt auch ihre Unvermögenheit als Grund dafür an, daß die Nonnen trotz der Schreiben von Räten und Ständen keine Beschreibung getan hätten. Vom Nonnenkloster Wöltingerode²⁾ war nichts verfehlt, trotzdem konnte der Klosterhaushalt durch die Einnahmen nicht bestritten werden. Andreas Bessel bezeichnet den Ackerbau als „schwer unnütz, darauf mehr gehet und vorzert wirt, dan es des orts vorm hartz inbringt“. Das Nonnenkloster „Unser lieben Frauen Berg“ vor Helmstedt³⁾ hatte bereits das Vorwerk zu Moorsleben im Magdeburgischen denen v. Beltheim zu Bartenleben verfehlt, und das Jungfrauenkloster zu Lamspringe⁴⁾ hatte den Ackerbau ganz abgetan und den Acker um die vierte und zehnte Garbe verpachtet.

Die Schmalkaldener wollten die gesamten Klostergüter parzellieren und „um die Pacht vermeiern“, ⁵⁾ da sie fürchteten, keine treuen, uneigennützigen Klosterverwalter zu finden. Sie erkannten aber selbst an, daß man das Klostergut besser nutzen könnte, wenn man Ackerbau und Viehtrieb selbst bezieht und ohne große Unkosten bestellen ließ. Die Rückkehr des Herzogs Heinrich des Jüngeren verhinderte die Ausführung ihres Planes. Die Klostergüter blieben in ihrem vollen Umfange bestehen; und auch nach Einführung der Reformation durch Herzog Julius wurden sie nicht parzelliert. Es herrschte eben die Ansicht, daß die Güter ungeteilt durch gute Verwalter mit mehr Gewinn genutzt würden, als wenn sie in Parzellen an die Bauern ausgetan würden. Der Gedanke, die Güter zu einer radikalen agrarischen Reform zu benutzen, konnte nirgends aufkommen, da es im Lande keinen Proletarierstand gab, sondern überall einen wohlbegüterten Bauernstand, der kaum die genügenden Arbeitskräfte in sich hatte, um den eigenen Acker zu bestellen.

Mit der Einführung der Kirchenreform änderte sich nur die Verwaltung der Klostergüter; diese kam in die Hände des Staates. Die klösterliche Wirtschaftsführung hatte sich nicht gebessert. Im Jahre 1570 gab der Herzog auf die Beschwerden der Prälaten als Grund für die beabsichtigte

¹⁾ Br. St. A. Abt. VII Bd. 27, fol. 564.

²⁾ ib. fol. 548.

³⁾ ib. fol. 551.

⁴⁾ ib. fol. 554.

⁵⁾ ib. fol. 507.

Klosterrevision an, daß fast alle Klöster auf ihren Haushalt und Ackerbau Betriebskosten verwandten, die durch die Erträge nicht wieder aufgebracht wurden.¹⁾ Der Fürst wollte die wirtschaftlich verfallenen und verschuldeten Klöster für Staatsaufgaben wieder leistungsfähig machen, dazu mußte er die Wirtschaftsführung unter seiner unmittelbaren Aufsicht haben. Bei der neuen Organisation diente die Verwaltung des Kammergutes als Muster.²⁾ Für die Wirtschaft mußten die Prälaten in Zukunft besondere Klosterverwalter bestellen, deren Auswahl tatsächlich der Herzog besorgte. Es wurde eine genaue Rechnungsführung und Staatsaufsicht eingeführt.

So wurde das Verfügungs- und Eigentumsrecht allmählich annulliert. Es fragte sich nur, bei der immer stärker werdenden Trennung von Staatsgut und Kammergut, wozu der Klosterbesitz gehörte? Unter Friedrich Ulrich kam 1615 der Gedanke auf³⁾, durch Einziehung des gesamten Klosterbesitzes in das Kammergut die schwere Schuldenlast zu heben, verschwand aber bald wieder vor dem Widerspruch des ständischen Ausschusses.

Der Adel hatte im Mittelalter die Kriege geführt und im Fehdewesen sein Dasein verbracht. Für den Eigenbetrieb der Güter, die er sich mit der Zeit erwarb, hatte er wenig Interesse. Mit der veränderten Kriegsverfassung und noch mehr mit dem allmählichen Aufhören des Fehdewesens trat hier ein Wandel ein. Aus seiner kriegerischen Tätigkeit herausgedrängt, richtete sich der Adel mehr und mehr auf seinen Landsitzen ein und suchte in der Bewirtschaftung seines Gutes Beschäftigung. Die verfallene oder zerstörte Burg, in der der Junker früher gehaust hatte, baute er nicht wieder auf; an ihrer Stelle errichtete er ein Landhaus und Wirtschaftsgebäude. Aus dem Ritter wurde ein Landjunker, der wohl auch nebenbei als fürstlicher Rat von Hause aus fungierte. Damit machte sich bei ihm ein Zug nach größerer Behaglichkeit geltend. Er erschien nicht mehr zu Roß, sondern zu Wagen bei Hofe, wenn es galt, durch seine Gegenwart eine Hoffestlichkeit oder fremden Fürstenbesuch zu verherrlichen.

Um sich oder seinen Söhnen die Grundlagen seines neuen Wirkens zu schaffen, mußte der Adlige natürlich bestrebt sein, die Selbstbetriebe bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu vergrößern. In erster Linie geschah dies auf Kosten des bäuerlichen Besitzes. Leider fließen hier die Quellen dürrig. Die Erbregifter enthalten in der Regel keine

¹⁾ B. L. M. Landschaft II, 1, Gravamina 1570.

²⁾ cf. Krusch, B. G. B. M. 1894 S. 123 ff.

³⁾ cf. Ribbentrop a. a. O., Nr. 51, S. 222.

Beschreibung der abligen Sige und der Junkerbörfer, da sie der Verwaltung und Gerichtsbarkeit des Amtes entzogen waren. Und auch die einzelnen Familienarchive werden für das 16. Jahrhundert kaum erhebliche Beiträge liefern, da der Adel damals seine Wirtschaftsführung noch nicht durch genaue schriftliche Aufzeichnungen zu regulieren und kontrollieren pflegte. Im Archive zu Wolfenbüttel befinden sich Akten über das Junkerbörf Neindorf, aber die Nachrichten aus der Zeit vor dem westfälischen Frieden sind überaus dürftig.

Aber die auf den Landtagen ewig wiederkehrende Forderung des Adels, mit denjenigen Gütern, welche sie einlösten und in Eigenbetrieb nahmen, frei vom Dienst und von den Staatslasten zu sein, zeigt uns, welche Bedeutung dies in der Wirklichkeit für sie hatte.

Bei der Kirchenvisitation, welche die Schmalkaldener nach Okkupation des Landes anordneten, klagten die Pfarrer und Kirchenältesten öfter darüber, daß Ablige Pfarr- und Kirchenland an sich gezogen hatten und zusammen mit ihren Gütern bewirtschafteten. Leider sind auch hier die Junkerbörfer meist nicht verzeichnet worden, da die Junker sich vielfach weigerten, ihre Leute zur Visitation zu senden. Ueber das Maß, in welchem sich der Adel an der Einziehung von Kirchenader beteiligte, geben die Visitationsakten daher keinen erschöpfenden Aufschluß. Aber wir können hier bei ihnen ebenso wie bei den fürstlichen Ämtern durchaus das Streben beobachten, neues Land in die Eigenwirtschaft hineinzuziehen.

In Kniestedt,¹⁾ Gericht Liebenburg, hatten die Junker 1568 ungefähr 6 Morgen aus dem Kirchenader zu sich genommen. Im Dorfe Heinde²⁾ ist die Pfarre ein Lehen derer von Walmoden; diese brauchten aber 1544 den Acker selbst und gaben dem Pfarrer 15 Scheffel; 1568 hatten sie den gesamten Pfarracker in Kultur. Dem Gotteshaus zu Sunstedt ist eine Wiese von Thomas von Samleben, eine Wiese von Dietrich Taubenheim, dem Inhaber des Amtes Königsutter, entzogen,³⁾ dieser gibt 1568 Zins davon. Von dem wüsten Dorfe Schickelsheim⁴⁾ hatte Taubenheim 1542 alle Pertinenzen der Kirche. Thomas von Samleben hatte in Rottorf⁴⁾ Pfarrhof und Opferhaus mit 2 Hufen Land an sich gezogen; er hatte die Kirche mit einem Hause bebaut; 1568 nutzte er die Güter noch. Im Gerichte Destedt⁵⁾ hatten sich die verschiedenen An-

¹⁾ Kayser a. a. O., S. 146.

²⁾ ib. S. 153.

³⁾ ib. S. 158.

⁴⁾ ib. S. 159.

⁵⁾ ib. S. 160/1.

gehörigen der Familie von Beltheim Pfarr- und Kirchenacker in den 5 Dörfern des Gerichtes vielfach angemacht. 1544 war aus dem Gerichte Westerhofen¹⁾ keine Dorfschaft erschienen; die Leute zu Wildershausen, Duderode und Echte klagten heftig, daß ihnen die von Oldershausen den Kirchenacker verringerten. Im Gerichte Winzenburg brauchten die Lehnsherrn der Pfarre zum Saß,²⁾ die von Steinberg, das Kirchenland = 4 Hufen Land selbst und hielten dafür die Kirche in Bau und Besserung. In Röllinghausen³⁾ nutzten die von Stöckheim 2 Hufen Kirchenland, vor Limmer gelegen. In Ottenstein⁴⁾ brauchte der v. der Malsburg 4 Morgen von der Pfarre. Selbstverständlich hat auch eine Reihe von Adligen sich am Pfarracker nicht vergreifen.

In welchem Maße der Adel sich Klostergut angeeignet und in seine Bewirtschaftung gezogen hat, ließ sich aus den dürftigen Quellen nicht feststellen. Dagegen finden sich in Schatzregistern und in Erbregistern bisweilen Angaben darüber, daß der Adel Bauernland in eigene Kultur nahm.

Im Amte Steinbrück⁵⁾ geht 1551 3 Taler vom Landschatz ab für den Acker, welchen die Junker zu Garmissen gebrauchen. Nach dem Erbregifter des Amtes Lichtenberg von 1579 bebaut Luloff von Salder 2 Ackerhöfe selbst, von denen er den Zins in die Pfarre S. Martini zahlt. Nach dem Erbregifter von 1622⁶⁾ ist wieder ein Meierhof verschwunden, der Besitz der Ackerleute hat sich um 6 Hufen Land verringert. Außerdem haben nach den Erbregistern die Rüter nur einen ganz geringfügigen Besitz von einigen Morgen Land; ein großer Teil der Rüter hat überhaupt kein Land. Es läßt sich ja nicht mit Bestimmtheit sagen, daß die Junker ihnen Land genommen haben, jedenfalls hat der Eigenbetrieb der adligen Familie verhindert, daß die Rüter sich emporarbeiteten und einen größeren Besitz erwarben. Endlich bewirtschafteten die von Salder 5 Hufen Pfarrland schon 1579.⁷⁾ Auch den Zehnten, welchen sie früher um Zins ausgetan hatten, fuhren sie selbst. In Lefse⁸⁾ vereinigten die von Cramme 2 Meierhöfe von 6 Hufen und 3 Hufen Land zu einem adligen Gut. Nach den Erbregistern⁹⁾ von 1579 und 1622 weigerten sich die Leute zu

¹⁾ Rayser a. a. O., S. 203.

²⁾ ib. S. 225.

³⁾ ib. S. 226.

⁴⁾ ib. S. 237.

⁵⁾ B. L. A. Landschaftliche Sachen XLIII 1. Nr. 23.

⁶⁾ S. 333 ff.

⁷⁾ B. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregifter 1579, S. 244.

⁸⁾ B. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregifter 1622, S. 172. cf. Rayser, S. 138.

⁹⁾ Erbr. 1579, S. 278; 1622, S. 349.

Über und Engerode Scheffelschaz zu geben, da ihnen der gesamte Acker genommen war. Die von Gramme und Bortfeld „befruchtigten“ den Acker selbst. Hier müssen die Acker zwischen 1544 und 1568 eingezogen sein. 1542 war in Engerode noch ein Pfarrer,¹⁾ und zur Pfarre gehörten 12 Hufen Land. 1568 hatte das Dorf weder Pfarre noch Alterleute noch einen Opferrmann. Die kirchlichen und geistlichen Güter waren bereits eingezogen.

Im Dorfe Sambleben scheint die Familie von Sambleben den Acker systematisch gelegt zu haben. Nach dem Register von 1584²⁾ gehörte ihr die gesamte Feldmark von 1131 $\frac{1}{2}$ Morgen Land und 76 Morgen 18 Ruten Wiesen und 1644 Morgen 26 Ruten Holzung. Von dem Acker bebaute der Junker 873 $\frac{1}{2}$ Morgen selbst, darunter 37 Morgen Lutterisch Zinsland und 206 Morgen Wildacker. 258 Morgen Land waren ausgetan, 93 Morgen Holz und 12 Morgen 55 $\frac{1}{2}$ Ruten der Gemeinde als Allmende überwiesen. Von den 258 Morgen Land gehörten 72 zur Pfarre; 15 Morgen hatte der Krüger, je 12 Morgen der Hofmeister und Schafmeister frei verschrieben erhalten; 9 Morgen war Schöppenstedtischer Acker. Für die Dorfbewohner blieben also nur noch 138 Morgen; es hatten 12 Einwohner je 12 Morgen Land, die beiden Müller und noch ein anderer je 6 Morgen um Zins. Dem Pfarrer der Stadt Schöppenstedt sollten 1542 die von Sambleben 1 Rothhof und 1 Hufe Land bereits ca. 50 Jahre vorenthalten haben.³⁾ Die 9 Morgen Schöppenstedtischer Acker waren wohl das Überbleibsel dieses Pfarrhofes. In der Beschreibung des Dorfes Sambleben heißt es von 2 Dorfbewohnern, daß sie zusammenwohnen auf einem „gewesenen Ackerhof.“ Die ursprünglichen Verhältnisse waren dem Gedächtnis noch nicht völlig verloren gegangen. Es scheint danach, als ob die Junker um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert den Acker gelegt haben.⁴⁾

Das Bilden von neuen Adelsitzen und das Erweitern des adeligen Eigenbetriebes hat sich aber doch immer in gewissen Schranken gehalten. Die Zahl der adeligen Güter war im Herzogtum Wolfenbüttel nie groß. Im Amte Schöningen gab es kein einziges Junkerdorf. Die von Hoym zu Esbeck hatten nur 8 Hufen Land;⁵⁾ die verschiedenen Erbregister zeigen

1) Kayser a. a. O., S. 138.

2) W. L. M. Beschreibung des Hauses Sambleben 1584; zusammengebunden mit dem Erbregister des Gerichts Affeburg.

3) cf. Kayser, S. 119.

4) Über Ackerlegung im Dorfe Bornhausen bei Seesen durch die Familie von Steinberg cf. Knackstedt, Geschichte des Dorfes Bornhausen bei Seesen, S. 83, 103, S. 105 ff. Er berechnet den Umfang der Einziehungen auf 330 Morgen Land.

5) cf. Erbregister Amt Schöningen.

hier durchaus nicht das Streben dieser Familie, ihren Besitz zu erweitern und sich vom Amte zu emanzipieren.¹⁾

Über den Umfang der Eigenbetriebe der im Nordosten des Landes ziemlich zahlreichen Adelligen habe ich keine Zahlen gefunden. Jedenfalls hatten die Edlen von Warberg und die Familie von Beltheim hier bedeutende Eigenbetriebe. Sie hatten damals bereits mehrere Dörfer in ihrer Herrschaft, trotzdem mußten z. B. die von ihnen abhängigen Bauern im Amte Schöningen ihnen noch wöchentlich 2 Tage dienen.²⁾

Das Entstehen des abligen Gutes in Rübbelingen können wir aus dem Wolfenbüttler Erbreghister verfolgen. In Eveßen³⁾ brachte Christoph von der Streithorst einen dem Kloster Distorf zustehenden Meierhof mit 5 Hufen Land durch erblichen Kauf an sich, in Weserlingen einen Meierhof desselben Klosters mit 7 Hufen Land und noch 1 1/2 Hufen, die ein anderer unter dem Pfluge gehabt hatte.⁴⁾ Er erlangte vom Fürsten die Dienstfreiheit und die untere Gerichtsbarkeit. Als aber bei der Amtsvisitation 1622 die fürstliche Verschreibung kassiert und vom Kapitän der wöchentliche Dienst oder das gewöhnliche Dienstgeld gefordert wurde, verkaufte er den Besitz wieder. Im Dorfe Rübbelingen gelang es dann der Familie, sich ein abliges Gut zu gründen; hier⁵⁾ haben sie nach und nach bis zum Jahre 1719 3 Meierhöfe und das Land von 2 Rothhöfen mit 18 (21 1/2?) Hufen Land eingezogen. Dem einen Röter ließen sie 9 Morgen, dem anderen 6 Morgen Land, damit sie den Dienst vom Hofe bekommen konnten.

Es ist dies wohl der erste Fall, daß sich im Amte Wolfenbüttel ein neues abliges Gut bildete. Im 16. Jahrhundert gab es hier nur die alten Junkersitze.⁶⁾ In Groß-Wahlberg saßen die von Weserlingen, in Achim die von Steinberg, in Reindorf die von der Affeburg, in Sambleben die Familie von Sambleben. Bornum gehörte den Welpke zu Braunschweig. In Groß-Dendte hatten die von Bortfeld einen abligen Sitz; es scheint ihnen aber nicht gelungen zu sein, sich hier eine größere Eigenwirtschaft zu erwerben; das Erbreghister von 1569 und Algermann melden nichts von einem derartigen Streben.

¹⁾ Vielleicht ist der Grund hierfür, daß die von Hohn mit den Gütern der ausgestorbenen Familie v. Weserlingen im 17. Jahrhundert belehnt wurden.

²⁾ cf. W. L. A. Amt Schöningen; Die verschiedenen Erbreghister.

³⁾ W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbreghister 1566 (?) fol. 465.

⁴⁾ ib. fol. 498.

⁵⁾ cf. Amt Wolfenbüttel, W. L. A. Erbreghister 1566. Dorf Rübbelingen, Randbemerkungen, besonders fol. 586, 588.

⁶⁾ Algermann, Beschreibung des Amtes Wolfenbüttel 1584, Mspt. d. Landesbibliothek zu Wolfenbüttel.

Im Laufe des 17./18. Jahrhunderts hat sich der Beamtenadel im Amte Wolfenbüttel zum Teil Grundbetriebe eingerichtet. So entstanden adelige Güter in Thiede, Halchter, Linden, Siedte, Klein-Bahlberg, Schlieftedt.¹⁾

Als ein Beispiel unter vielen will ich nur noch das Entstehen des Gutes zu Remlingen besprechen, das der Familie von Löneyen gehörte. Im Jahre 1605²⁾ kaufte sich die Familie einen Ackerhof mit 6 1/2 Hufen Land von denen von der Affeburg. Das 1623 nach dem Tode des Berghauptmanns von Löneyen aufgestellte Inventarium gibt 175 Morgen als die Größe des Sitzes zu Remlingen an. Im Laufe des Jahrhunderts sind dem Besitze 1 Meierhof, 1 Halbspännerhof und 1 Rothof hinzugefügt worden.³⁾ Der von den Affeburgern erworbene Hof ist frei von Dienst, Schatzungen und Kontribution. Den zweiten Ackerhof mit 5 Hufen = 125 Morgen Acker hatte die Familie von denen von der Schulenburg um jährlichen Zins; für diesen Hof hat der Besitzer bereits auf Anhalten vom Fürsten die Dienstfreiheit ad dies vitae geschenkt erhalten; zum Schatz, zur Kontribution und zu den Dorflasten muß er beitragen. Der Halbspännerhof mit 3 Hufen = 72 Morgen ist ebenfalls dienstfrei, doch muß der Rittmeister von Löneyen Kontribution, Schatz, Fortifikationsgelber, Rauchhühner, Rückentermin und Dorfabgaben leisten. Auf beiden Höfen hat der Gutsherr die Gebäude abbrennen lassen. Endlich hat er noch einen Rothof⁴⁾ an sich gebracht, von dem nach dem alten Erbregister 7 g. 4 pf. jährlich der Kirche gezinst wurden: von diesem Hofe muß er Dienstgeld geben und alle Lasten tragen.

Es ist doch ein großer Unterschied zwischen diesen Gutsbildungen des 17. und 18. Jahrhunderts und denen des 16. Jahrhunderts. Einmal waren die Ursachen verschieden. Im 16. Jahrhundert war der Adel, soweit er noch keine Eigengüter hatte, einfach dazu gezwungen, sich einen Wirtschaftsbetrieb zu gründen, um seinen Lebensunterhalt zu haben. Deshalb vollzieht sich damals die ganze Bewegung vielfach gewaltsam unter schweren Klagen der Bauern, Pfarrer und Kirchenältesten. Im 17. und 18. Jahrhundert erwarben sich vornehme und kapitalkräftige Beamte die Güter; es war dies für sie die beste Kapitalanlage; sie verschafften sich dabei zugleich einen behaglichen Land Sitz.

Noch ein zweiter Unterschied tritt klar zu Tage. Wenn im 16. Jahrhundert der Junker Land in Eigenkultur nahm, war er dienst- und schatzfrei; ob er zu den Dorflasten beitrug oder nicht, darüber geben die

¹⁾ cf. Hassel u. Wege a. a. O.

²⁾ B. L. A. Neindorfer Akten Nr. 25.

³⁾ cf. B. L. A. Neindorfer Akten, Beschreibung v. Remlingen (1680—1707).

⁴⁾ ib. Beschreibung Nr. 30.

Äkten keine Nachricht; der Verpflichtung, Pfarrherr und Opferrmann Abgaben zu leisten, scheinen sie sich vielfach mit Erfolg entzogen zu haben.¹⁾ Im 17. und 18. Jahrhundert wurden Freiheit von Dienst und Lasten nur durch fürstliche Verschreibung erworben, und zu den Dorflasten mußten die Adligen regelmäßig beitragen.

Die adligen Selbstbetriebe haben in Braunschweig nie einen größeren Umfang gewonnen;²⁾ sie haben die Größe von 1 bis 2 Meierhöfen kaum überschritten. Nur einige wirkliche Großbetriebe finden sich später unter ihnen.³⁾ Vergleicht man die adligen Wirtschaften mit den gewaltigen Gutsbetrieben des Ostens, so verlieren sie völlig an Bedeutung. In Ostelbien entstanden damals aus dem mittelalterlichen Streubesitz die großen Gutsherrschaften, deren Wesen die Hofländerei war; eine Menge Bauerngüter, ja ganze Dörfer verschwanden dabei. Die Bauern wurden Fronarbeiter und Privatuntertanen des Gutsherrn.⁴⁾ Der braunschweigische Adel zeigte nicht die Neigung, sich großkapitalistische, für den Markt arbeitende Wirtschaftsbetriebe zu gründen. Wir finden deshalb auch in der Gesetzgebung keine Bestimmung, die dies ausdrücklich untersagte. Aber ein derartiges Verbot wäre sicher nicht ausgeblieben, sobald der Versuch gemacht wäre, die Bauerngüter systematisch einzuziehen und zu gewaltigen Gutsherrschaften zu vereinen. Der Adel scheint hier die überlegene Kraft des Fürsten gefühlt zu haben.

Als Inhaber fürstlicher Ämter fand er vielfach Ersatz für eine eigene Gutswirtschaft. Im Jahre 1546 war der größte Teil der Ämter oder Gerichte in den Händen adliger Pfandinhaber.⁵⁾ Während der Regierungszeit des Herzogs Heinrich des Jüngeren waren verpfändet: Calvörde denen von Moensleben, Neuhaus Bartold von Bartenleben, Bardorf Rudolf von Marenholz, Wendhausen Achatius von Beltheim, Brunsrode denen von Aberem, Neubrück denen von Rutenberg, Königslutter Dietrich von Taubenheim, Bogtsdahlum denen von Wenden, Jerrheim Achatius von Beltheim, Ottenstein Hermann von der Malsburg, Hohenbüchen Christoph von Brißberg. Diese verpfändeten Häuser und Ämter hatten die Schmalzaldener unverändert gelassen, während sie die folgenden, schon unter

¹⁾ cf. Kayser a. a. O.

²⁾ Leider fehlen aus dem 16. Jahrhundert Größenangaben, aber man sehe die Zahlenangaben bei Hassel u. Bege a. a. O.

³⁾ Der Besitz der Familie von Beltheim im Gericht Destedt war im 16. Jahrhundert geteilt und wurde später in einer Hand vereinigt, cf. Hassel u. Bege a. a. O.

⁴⁾ cf. über den Unterschied zwischen dem Westen und Osten Deutschlands v. Below, Territorium und Stadt, S. 1—94 mit reichlichen Literaturangaben und Wittich, Artikel „Gutsherrschaft“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaft Bd. 4, S. 129 ff.

⁵⁾ Für sie findet sich wohl wegen der mit jedem Amtssitz verbundenen Burg die Bezeichnung „Beschlöste“ vielfach in den Äkten.

Herzog Heinrich verpfändet gewesenen Amtshäuser an andere ausgetan hatten: Hessen hatten die Grafen von Reinstein, Mische von Kramm Bienenburg, Ludwig von Swichelbe Wiedelah, Gebhard Schend Schladen und Gebhardshagen, die von Swichelbe Lutter am Barenberge, Jobst von Münchhausen Greene. Außerdem hatten die Schmalkaldener die folgenden Häuser und Ämter verpfändet: Harzburg den Grafen von Stolberg, Seesen denen von Mandelsloh, Staufenburg an Wilhelm von Schacht, Gandersheim denen von Warberg, Wolzenberg dem von Bortfeld, Wolzenstein oder Bilderlah Kurdt von Swichelbe, Forst dem von Baumbach. Wülfen, zur Herrschaft Homburg gehörig, hatte Herzog Heinrich denen von Bortfeld verpfändet gehabt, die Schmalkaldener hatten es eingelöst. Das Gericht Westerhofen, das die von Odershausen inne hatten, das Gericht Destedt, das denen von Beltheim gehörte, und die Herrschaft Warberg werden in dem Verzeichnis, wohl als unabhängige Patrimonialgerichte, nicht mit aufgeführt. Unverpfändet waren allein die Häuser und Ämter Wolfenbüttel, Schöningen, Liebenburg, Lichtenberg, Winzenburg, Steinbrück, Holzminden, Fürstenberg, die Herrschaften Homburg und Eberstein.

So hat hier die Verpfändung der Ämter, wozu die Fürsten durch die Schuldenlast gezwungen wurden, auch wieder Gutes gewirkt.

Früh fanden dann die Ablichen als fürstliche Beamte ihren Beruf. „Die Interessen des Adels sind größtenteils mehr auf den Staatsdienst als auf das Grundeigentum gerichtet“, so urteilt Stüve¹⁾ über Hannover, und Below möchte das Wort auf ganz Westdeutschland ausdehnen.²⁾ In seiner ganzen Schärfe läßt sich dieser Ausspruch für Braunschweig nicht aufrechterhalten. Der Ritter hatte in der Regel seinen allerdings nicht gerade umfangreichen Eigenbetrieb,³⁾ und man darf ihm auch nicht das Bestreben absprechen, denselben zu erweitern. In den Landtagsakten findet sich wohl einmal die Entschuldigung eines Ablichen, daß er wegen der landwirtschaftlichen Arbeit nicht auf dem Landtage erscheinen könne; das Interesse an der Landwirtschaft ging ihm nicht ab. Immerhin ist zuzugeben, daß sich der Adel in steigendem Maße dem Staatsdienste zuwandte. Die Universität zu Helmstedt wurde ja hauptsächlich gegründet, um dem Adel Nordwestdeutschlands als Bildungsstätte zu dienen.

Eine Anzahl Ablicher konnte sich sicherlich auch nicht vom Kriegsberufe trennen, und Gelegenheit zu Kriegsdiensten bot sich stets. Im Laufe des

¹⁾ cf. E. v. Meier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Bd. I, S. 517.

²⁾ cf. Below, a. a. O. S. 34/5.

³⁾ Nach Below a. a. O. S. 34 Anm. 4 wäre in Westdeutschland die adlige Eigenwirtschaft recht selten gewesen; für Braunschweig Wolfenbüttel kann dies Urteil nicht gelten.

17. Jahrhunderts mit dem Aufkommen stehender Truppen konnte der Adel seine militärischen Neigungen mehr und mehr im Lande selbst befriedigen.

Aber als den entscheidenden Faktor müssen wir das Machtverhältnis zwischen Fürst und Adel hinstellen. Der Adel wäre nie mit der Absicht durchgedrungen, sich große Gutsherrschaften zu gründen. Zur Gutsherrschaft gehörte die Erbuntertänigkeit der Bauern und die Gerichtsherrschaft des Gutsherrn. Die Stärke des landesherrlichen Regiments aber duldete in Braunschweig kein Zwischenglied zwischen Staat und Bauer, zwischen Staat und Gemeinde; die Herzöge sahen vielmehr einen Hauptgrundsatz ihrer Regierung darin, die unmittelbare Herrschaft über die Untertanen zu behaupten.

Kapitel II.

Die Bauern.

Der Bauernstand, welcher in der Regel kein freies Eigentum an seinen Gütern hatte, war keineswegs immer ohne Baarvermögen. Es war den Vorwärtstrebenden Gelegenheit genug gegeben, ihren Besitz zu erweitern und trotz aller darauf ruhenden Abgaben und Lasten in der Bewirtschaftung erhebliche Überschüsse zu erzielen. Wenn ihre Gutsherrn wegen finanzieller Not das Gut verpfänden mußten, konnten sie oft den Pfandschilling zahlen und brachten so wenigstens faktisch das Eigentum in ihre Hände. Die Klöster hatten ihre Meierhöfe vielfach direkt an die bewirtschaftenden Bauern verpachtet¹⁾. Auch das Wolfenbüttler Erbregister bringt viele Beispiele dafür, daß die Bauern durch Kauf- und Pfandverträge oft ganze Höfe sich erwarben. Als im Jahre 1615 der Krieg gegen die Stadt Braunschweig ausbrach und die Städter plündernd und schatzend in des Herzogs Gerichte fielen, erpreßten sie von vielen Dorfschaften schwere Geldsummen, von Broistedt und Lebenstedt 1600, von Balstedt einige tausend Reichstaler.²⁾ Es bildete sich im 16. Jahrhundert unter den Bauern eine wirtschaftlich kräftige und kapitalfähige Oberschicht, die sich ihrer Kraft durchaus bewußt war, die z. B. bereits die Initiative ergriff bei der Schulbildung der Dorfjugend. Die Pfarrherrn und Oppermänner waren ihnen bisweilen schon zu ungelehrt; in

¹⁾ Dr. St. A. Abt. VII. Schmalkaldischer Bund, Band 26.

²⁾ Ribbentrop, Landtagsabschiede, Nr. 51.

Sitte¹⁾ haten die Bornehmsten der Gemeinde, ihnen einen guten „Opfermann“ zuzuweisen zum Unterrichten der Jugend, sie würden ihm mit ziemlichen Gütern helfen. Es machte sich schon ein gewisser Zug zum Luxus geltend, zu Ausgaben, die für die Wirtschaft nicht unbedingt erforderlich waren. Im Gericht Affeburg²⁾ legten die Bauern ein großes Gewicht auf gute Pferdezuucht, sie sahen ihren Ehrgeiz darin, die besten Pferde im Lande zu haben; und die benachbarten Gerichte eiferten ihnen nach. Auch bei Hochzeiten, Kindtaufen und anderen Festlichkeiten entfalteten sie einen fast übermäßigen Luxus.

Bei alledem lebte aber die große Masse der bäuerlichen Bevölkerung doch wohl von der Hand in den Mund. Die schweren Abgaben, die steigenden Staatslasten, die hohen Gesindelöhne machten es einem großen Teile der Bauernschaft unmöglich, auch bei tüchtiger und sparsamer Wirtschaftsführung größere Überschüsse zu erzielen. Und es ist psychologisch verständlich, daß sie kleinere Ersparnisse in einem gewissen Fatalismus bei Festlichkeiten leicht verjubelten. Von hier aus gewinnen wir aber auch ein Verständnis dafür, daß unvorhergesehenes Unglück, wie Krieg, Pestilenz, Hagelwetter u. s. w. den Bauern schwer traf. Es kann nicht meine Aufgabe sein, im Einzelnen nachzuweisen, wie der Bauer durch die unaufhörlichen verwüstenden Kriege und Fehden bis zum Tage von Sievershausen hin in seinen Besitzverhältnissen gefährdet, ja erdrückt wurde. Gerade im 14. und 15. Jahrhundert, wo die Dorfsansiedelungen sich noch nicht fest konsolidiert hatten und das Besitzrecht der Bauern ein sehr lockeres war, haben die Kriege vielfach ruinierend gewirkt. In jener Zeit sind in allen Teilen des Landes ganze Dorfmarken wüst geworden und die Feldmarken zu anderen Dörfern gelegt worden, während die Dörfer, welche die Erbregister des 16. Jahrhunderts aufzählen, die Stürme selbst des dreißigjährigen Krieges in der Regel überstanden haben.

Ein Beispiel möge zeigen, wie ein augenblicklicher Landschaden bei den mangelnden Verkehrs- und Ausgleichsverhältnissen den Bauernstand schwer niederdrücken konnte. Im Jahre 1578/9 war eine Mißernte gewesen und der Herzog Julius hatte sich bereits veranlaßt gesehen,³⁾ den „wucherischen“ Gutsheern dringend ans Herz zu legen, den armen Meiern

¹⁾ cf. Kayser, Visitationsakten, S. 124.

²⁾ cf. Erzliche Ursachen des verderbens der armen Leute im Ambt Wolfenbüttel, Und einseitligs bedenken, wie denselben widerumb zu helfen, und gleichwolll Ilmo der schuldtige Dienst nicht abginge. 1585. Manuskript der Wolfenbüttler Landesbibliothek. Franziskus Altermann kann als der eigentliche Urheber dieser Schrift gelten, wenn sie auch nicht von ihm direkt, sondern von seinem Schreiber verfaßt zu sein scheint. Unter dem Namen Altermanns zitiere ich deshalb im folgenden die Schrift.

³⁾ cf. Rolten, a. a. O. S. 54.

Zinsremission zu gewähren. Im Jahre 1584¹⁾ vernichtete ein schweres Hagelwetter in den Gerichten Evesen, Schöppenstedt und Affeburg die Kornernte; im folgenden Jahre wurde das Dorf Klein-Dendte abermals von diesem Mißgeschick betroffen, und ein stetes Unwetter ließ allgemein auch in diesem Jahre die Saat nicht gedeihen. Trotz des langen Friedens war selbst in diesen schon damals blühenden Distrikten des Landes eine allgemeine Nothlage die Folge. Die Bauern mußten bei den Brauern, Tuchmachern und Kaufleuten der Stadt Braunschweig borgen, und diese, die Noth derselben benutzend, forderten hohe Zinse. Algermann, der als Parteimann den braunschweigischen Wucherern allein die Schuld in die Schuhe schiebt, weiß die Lage gar nicht grau genug zu schildern:²⁾ „Nach der Ernte mußten die Leute mit dem Korn, womit sie ihre Pferde füttern, den Acker wieder bestellen und sich ernähren sollten, ihre Gläubiger bezahlen. Wenn dann die Einfaat vor der Thür stehe, mußten sie das Korn wieder teuer kaufen und nach der Ernte, wenn das Korn geringeren Wert habe, wieder verkaufen und noch dazu den Käufern vor die Thür fahren. Dazu mußten sie ihren Gläubigern oft 1—2 Himpten Lein umsonst säen und den Flachs bearbeiten; auch mußten sie Getreide mit ihnen um die Hälfte säen. Sie versetzten die Acker von den Höfen, verkauften die Saat und Frucht auf dem Felde, das Heu auf den Wiesen, das Holz auf den Stämmen; manche machten sich kein Gewissen daraus, ihnen auf einen Morgen 10—15 Gulden zu geben und denselben einige Jahre dafür zu gebrauchen.“ Algermann malt sicher zu schwarz; der Haß gegen die Stadt Braunschweig führt ihm die Feder. Aber zweierlei erkennen wir doch daraus, einmal die wirtschaftliche Noth der Bauern, zweitens, daß der Gegensatz zwischen Braunschweig und dem Fürsten auch in offiziellen Friedenszeiten schwer auf dem Bauernstande lastete. Die Stadt benutzte die Erhöhung der Warenpreise als Kampfmittel. Die augenblickliche wirtschaftliche Depression gibt uns auch eine Erklärung dafür, daß Algermann die sittlichen Züge des Bauernstandes nicht im rosigsten Lichte erscheinen läßt. „Untreue Finanz,³⁾ Ungehorsam, Bosheit, und Abgunst, ja ein sodomitisch abgöttisches Wesen“ wirft er ihnen vor. „Die simplicitas, so von den alten Ackerleuten gerühmt werde, gehe über in eine geschwinde, praktische Betrügllichkeit, sodaß ein Sprichwort daraus gemacht sei: „Wer einen Bauern betreugt, mag wohl sagen, daß er keinen Narren betrete“. Es herrsche keine Gottesfurcht mehr im Lande, und oft sei der Hirte nicht besser als die Schafe. Die Alten hätten um Segen und fruchtbar Wetter gebeten, jetzt müsse man um dürre und trockne Zeit bitten. Denn solange

¹⁾ Eglische Ursachen u. s. w. fol. 5/6.

²⁾ ib. fol. 10/11.

³⁾ ib. fol. 16 ff.

keine Besserung des Lebens, solange sei auch keine Besserung der Wohlfahrt möglich.“ Algermann hatte ein warmes Herz für den Bauernstand, aber hier singt er doch wohl das ewig alte und ewig neue Lied von der dahingeschwundenen guten, alten Zeit. Mag auch die augenblickliche Bedrängnis vielfach in den Menschen die wilderen Züge stärker zum Ausdruck gebracht haben, so kann doch diese Schilderung nicht im allgemeinen zutreffend sein für den sittlichen Zustand der Bauern. Dazu war die wirtschaftliche und soziale Lage des Bauernstandes nicht drückend genug. Er erlangte im Laufe des Jahrhunderts ein gutes, staatlich geschütztes Besitzrecht; der Umfang der Bauernhöfe war in der Regel so bemessen, daß der Bauer in ruhigen Zeiten sein Auskommen hatte. Und die Staatssteuern wurden im 16. Jahrhundert noch zu einem großen Teil von den Grundherrschaften getragen; soweit sie die Bauern trafen, haben diese sie zahlen können, so schwer es ihnen auch oft gefallen sein mag.

A. Das bäuerliche Besitzrecht.

Als im ausgehenden Mittelalter das erbliche Besitzrecht und der unerhöhbare Zins der Hörigen dem Grundherrschaften eine ergiebige Nutzung des Eigentums unmöglich machte, löste er vielfach das persönliche Leibeigenschaftsverhältnis, um so die unumschränkte Herrschaft über sein Gut wieder zu erhalten.¹⁾ Er mußte zu dieser Umwandlung noch geneigter werden, als ihm der Vertrag vom Jahre 1433²⁾ den einzigen materiellen Vorteil nahm, den ihm die mittelalterliche Billikationsverfassung bisher noch eingetragen hatte. Dieser Vertrag schaffte die sonderlich schweren Baulehnungen und Baudelinge ab, unter deren hartem Drucke die Bauern ihre Höfe verließen und das Land zu veröden drohte. Die Festlegung von Mortuarium und Beddemund auf das alt hergebrachte Maß machte diese Abgaben bald wertlos für den Grundherrschaften. So bildete sich allmählich die reine Grundherrschaft aus, die dem Eigentümer die Herrschaft über die Person des Bauern nahm, dafür aber die Herrschaft über das Gut sicherte, die den Bauern nicht in seiner persönlichen Freiheit, sondern nur in der wirtschaftlichen und rechtlichen Verfügungsfreiheit beschränkte.

Innerhalb der Grundherrschaft gab es nun verschiedene bäuerliche Besitzrechte; wir können in der Hauptsache das Meiergut, das Erbenzinsgut und das Bauernlehen unterscheiden.

Das am meisten verbreitete Besitzrecht, das für den ganzen Nordwesten charakteristische Meierrecht, hat im Laufe des 16. Jahrhunderts

¹⁾ cf. Hierüber Wittich, Grundherrschaft, Abschnitt 2, Kap. VIII, IX.

²⁾ Gedruckt bei Schottelius a. a. O. S. 48 und Ribbentrop, Landtagsabschiede I Nr. 2; siehe auch Geseinius I, S. 398 ff.

eine bedeutungsvolle Entwicklung durchgemacht. Am Anfange des Jahrhunderts war das Meierrecht ein ganz lockeres Zinsverhältnis, eine Art Zeitpacht. Der Ausdruck Pacht war durchaus gebräuchlich. Gesenius¹⁾ führt eine Reihe von Beispielen dafür an. In den Beschreibungen der Ämter und Klöster, welche die Schmalkaldener anfertigen ließen, wird vielfach der Ausdruck „verpachten“ gebraucht,²⁾ wenn davon die Rede ist, daß der Amts- und Klosteracker an die Bauern ausgetan werden soll. In dem Erbreigister der braunschweigischen Gerichte Eich, Wendhausen, Ampleben, Bechelde u. s. w. aus dem Jahre 1569 wird als Titel gesetzt „Erbenzins- und Pachtgüter“.³⁾ Und gerade nach dem Salzdhallumer Landtagsabschied scheint man auf den Ausdruck „Pacht“ Gewicht gelegt zu haben, er erscheint in offiziellen Verordnungen, wie z. B. in der Schatzordnung von 1615.⁴⁾ Auch der Name „mieten“ wird vielfach gebraucht.⁵⁾

Das Meierrecht war aber keine reine Pacht, denn der Meier hatte bei unvorhergesehenen und unverschuldeten Landschäden, wenigstens gewohnheitsrechtlich, Anspruch auf Remission; und der Staat wachte darüber, daß diese dem Meier zu Teil wurde.

Der Meier gab bei Abschluß, sowie bei jeder Erneuerung des Meierkontraktes ein Annehmungsgeld, das der freien Vereinbarung zwischen Gutsherr und Meier unterlag. Vor allem aber zahlte er für die Nutzung des Gutes jährlich den Meierzins, im Schöningischen Districte Malterzins genannt, der nach der Person des Grundherrn, nach der Güte des Bodens, nach der Höhe der sonst auf dem Gute lastenden Abgaben die größten Differenzen zeigt. Die Braunschweiger Patrizier, welche das Meierrecht in erster Linie ausprägten und dabei das Interesse des Grundherrn am einseitigsten vertreten konnten, erhoben auch die höchsten Zinse. In den der Stadt Braunschweig zustehenden Gerichten konnte der Zins höher sein, weil die Stadt keinen landwirtschaftlichen Eigenbetrieb hatte und deshalb hier der Dienst der Bauern nicht in dem Maße beansprucht wurde wie in den fürstlichen Ämtern oder den adligen Gerichten. So ist denn im Gerichte Affeburg der Zins durchgehends höher als in den andern Gerichten des Amtes Wolfenbüttel.

¹⁾ cf. Gesenius, Meierrecht Bd. II, S. 142 a.

²⁾ Br. St. A. Abt. VII, Bd. 26/7.

³⁾ Br. St. A. Abt. VI, § 7.

⁴⁾ cf. Ribbentrop, Landtagsabschiede.

⁵⁾ Mit dem Ausdruck „Zur Miete wohnen“ bezeichnete man wohl auch ein besonderes Rechtsverhältnis, man brauchte diesen Ausdruck von den eingemieteten Häuslingen. Die Meier, welche oft mehrere Höfe in ihrer Hand vereinigten, taten wohl einen solchen Bohnhof zur Miete aus.

Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, welche Summen durch den Zins an den Gutsherrn den Händen der Bauern entzogen wurden, lohnt es sich, einmal von größeren Landkomplexen die Zinsabgaben zu summieren. Für das Gericht Beddingen sind nach dem Erbregeister von 1566 (?) in die Berechnung gezogen 396 Hufen Land, davon wurden gezinst: 605 Scheffel 4 Himpten Roggen, 2 Sch. 6 H. Weizen, 137 Sch. 4 H. Hafer, 87 Sch. Gerste, 80 $\frac{1}{2}$ Sch. Korn, 2 Gulden Hofzins, 5 Hühner, 1 Gans, 1 Lamm, 1 Hammel, 4 Schock Eier. Im Gerichte Schöppenstedt zinsten 352 $\frac{3}{4}$ Hufen Meierland: 314 Sch. 3 $\frac{1}{2}$ H. Roggen, 99 Sch. Weizen, 186 Sch. 4 $\frac{1}{2}$ H. Hafer, 137 Sch. 2 H. Gerste, 68 Gulden, 29 $\frac{1}{2}$ Taler (à 1 $\frac{1}{2}$ Gulden?), 18 Hühner, 2 Gänse, 14 Schock Eier, 2 Himpten Bohnen. Im Gerichte Affeburg zahlten Ackerleute und Halbadlerleute von 652 Hufen Land 480 $\frac{1}{2}$ Sch. Roggen, 639 Sch. 6 Himpten Weizen, 303 Sch. Hafer, 361 Sch. Gerste, 30 Taler, 214 $\frac{1}{2}$ Gulden alt 20 g, 16 Gulden (= 383 $\frac{3}{4}$ Gulden?), 126 Hühner, 8 Gänse, 1 Schock Stroh, 2 Schock Kohl, 49 Schock Eier, 2 Widelbrote.

Durch die Güte des Bodens wurde hauptsächlich die Art des Zinses bestimmt. In der Regel wurde ja von den vier Hauptgetreidearten Roggen, Weizen, Gerste, Hafer Zins gegeben, während sich ein Geldzins bei Meiergütern selten fand, öfters noch als Sonderzins von den Hofstellen oder zum Hofe gehörigen Gärten und Wiesen. Bisweilen aber findet sich eine einzige Getreideart als Zins. So wurde im Burgamt eigentlich nur Roggen gezinst, und auch im Halbgericht war Roggenzins durchaus vorherrschend. Überhaupt wurde im Amte Wolfenbüttel Roggen öfters als Meierzins gegeben. Im Gerichte Affeburg dagegen hatte der Weizenzins bedeutend das Übergewicht; so nahm z. B. das Agidienkloster von den Meiern in Mönch-Bahlberg nur Weizen, und zwar meist von 6 Hufen Land 30 Scheffel.¹⁾ Besonders einige Klöster liebten den Quotenzins. So erhob das Kloster Steterburg von seinen Röttern in Geitelbe²⁾ die 4. und 10. Stiege, in Dffleben³⁾ gaben die Leute dem Hofmeister des Klosters Ribbageshausen 1547 vom Winterfeld die 3. und 10. Stiege, vom Sommerfeld die 5. Stiege, in Wobes³⁾ die 3. Garbe vom Winterfeld und die 5. Garbe vom Sommerfeld; das Brachfeld scheint also ganz frei gewesen zu sein.

Im 15. Jahrhundert war das Meierverhältnis ein sehr lockeres gewesen⁴⁾, die Pachtperioden waren sehr kurz, der Gutsherr hatte das

¹⁾ cf. W. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregeister 1566 (?), Affeburger Erbregeister 1569.

²⁾ W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregeister.

³⁾ W. L. A. Amt Schöningen, Erbregeister 1547.

⁴⁾ cf. Gefenius I, Beilage 1.

Recht, nach Ablauf des Kontraktes den Meier abzumieern oder den Zins zu erhöhen.

Aber schon die natürlichen Verhältnisse drängten darauf hin, das Meierrecht erblich zu machen. Der Gutsherr konnte oft froh sein, einen Meier zu haben; eine ganze Reihe von Höfen war im Anfang des 16. Jahrhunderts wüste. Außerdem hatte der Bauer ein größeres Interesse an der wirtschaftlichen Erhaltung des Gutes, wenn er sicher war, daß es ihm nicht nach kurzer Zeit genommen wurde. Er ging dann nicht so leicht auf Raubbau aus; er wagte es auch, etwaiges Betriebskapital ins Gut zu stecken. Dazu waren die Gebäude vielfach das Eigentum des Meiers;¹⁾ dieser Umstand erschwerte die Abmeierung durch den Gutsherrn sehr. So verlängerte sich allmählich die Zeitdauer des Kontraktes, 6 oder 9 Jahre Pachtzeit war die Regel im 16. Jahrhundert.

Vor allem aber trachtete der Staat danach, die Erbllichkeit des Meierrechtes auch gesetzlich festzulegen. Der Staat hatte ein populationistisches Interesse daran, den Meier auf seinem Gute zu erhalten und der Willkür des Grundherrn in der Zinserhöhung Schranken zu setzen. Der Fürst sah in dem Bauern in erster Linie den Staatsuntertanen, der leistungsfähig bleiben mußte für die wachsenden Staatsabgaben, die Amtleute den Fronarbeiter, der den Acker bestellte. Hier aber geriet die Staatsidee in Konflikt mit dem Interesse der Grundherrschaft.

Die Klöster und der Adel waren schon eher für die konservativen Ideen der Regierung zugänglich. Sie hatten selbst eine mehr oder minder ausgedehnte Eigenwirtschaft, für die sie die Dienste der Bauern nötig hatten; sie hatten deshalb ein gewisses Interesse daran, daß die Meier in den ihnen dienstbaren Dörfern nicht übermäßige Zinse zahlten und nicht grundlos in ihrem Besitz gestört wurden. Besonders die Klöster zeigten durchaus nicht das Bestreben, die Erneuerung des Meierkontraktes zur Erhöhung des Zinses zu benutzen. Sie waren sogar sehr nachlässig darin, die Meierkontrakte zu erneuern und Meierbriefe auszustellen. Das Kloster Wöltingerode mußte seine Bauern zu Lengē befragen, wie lange und zu welchem Rechte sie ihre Höfe inne hatten, welche Zinse sie zahlten; und es stellte sich heraus, daß die meisten über Menschen Gedanken die Höfe besaßen hatten und daß viele keine Verschreibung hatten.²⁾ Der Herzog Julius mußte wiederholt, sowohl mündlich bei Abnahme der Klosterrechnungen, als auch schriftlich 1579 und 1589 den Äbten und Klosterverwaltern ernstlich ans Herz legen, den Meiern nach Landesitte Meier-

¹⁾ cf. z. B. das Meeburger Erbreger 1569, bef. Gr. Bivende. W. L. A. Amt Schöningen, Erbreger.

²⁾ Wöltingeroder Kopialbuch, fol. 40 ff., Manuskript der Landesbibliothek Wolfenbüttel.

briefe auszustellen¹⁾ und dieselben alle 6 oder mindestens alle 9 Jahre erneuern zu lassen. Aber wenn auch der Adel und besonders die Geistlichkeit faktisch den Grundsatz der Erbllichkeit vielfach anerkannten, so wollten sie sich doch nicht durch Gesetzesparagrafen ihre Verfügungsfreiheit nehmen lassen.

Anders gestaltete sich der Gegensatz zwischen dem Staate und der Stadt Braunschweig. Die Stadt und ihre Bürger hatten keine Eigenwirtschaften, sie brauchten die Dienste der Bauern nicht so notwendig wie Fürst, Klöster und Abtge. Für sie fiel deshalb auch der Gedanke, die Güter in leistungsfähigem Wirtschaftszustande zu erhalten, nicht so sehr ins Gewicht. Der Gedanke vollends, daß ihre Meier Staatsuntertanen waren und als solche die Lasten des Staates mittragen mußten, wollte ihnen nicht in den Sinn. Die Meier sollten nur Untertanen der Stadt sein. Die Stadt wollte sich vollkommen aus dem Staatsverbande loslösen, die ihr benachbarten Gebiete nicht nur wirtschaftlich von sich abhängig wissen, sondern auch zu einem selbständigen „Staatsstaat“ vereinigen.²⁾ Jedenfalls hatten die Stadtbürger nur das eine Interesse, aus ihren Gütern einen möglichst hohen Zins herauszuschlagen; und nur wenn der Herzog von ihren Bürgermeiern Schatzungen und Dienste verlangte, brauchten sie die Notlage der armen Leute als Vorhängeschild.

Schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts hatten die fürstlichen Amtleute den Gutsherren die Freiheit streitig gemacht, die Meier nach Ablauf der Kontraktjahre abzusetzen, wenn sie sich nichts hatten zu schulden kommen lassen. Die Stadt Braunschweig ließ sich in dem Vertrage von 1453³⁾ dies ihr freies Recht ausdrücklich bestätigen. Nach der meierrechtlichen Unterweisung von 1490, welche Gesenius⁴⁾ mitteilt, war es schon damals Sitte, den Meier nach Ablauf des Meierkontraktes unvertrieben zu lassen, wenn er sich der Bewirtschaftung würdig zeigte.

Der Gegensatz zwischen der Stadt und den fürstlichen Amtleuten wird im Stillen weitergelebt haben. Als es dann um die Mitte des 16. Jahrhunderts wegen des religiösen Gegensatzes zum offenen Kriege kam, spielten die agrarischen Fragen in den Flugschriften eine große Rolle.⁵⁾ Die Stadt

¹⁾ Kleinschmidt a. a. O., S. 20.

²⁾ cf. über derartige Bestrebungen der norddeutschen Städte Priebatsch, die Hohenzollern und die Städte der Mark im 15. Jahrhundert. S. 2, S. 10 und derselbe, Braunschweiger Stadtfehde.

³⁾ cf. Gesenius a. a. O. I, S. 409/10.

⁴⁾ a. a. O. Band I, Beilage 1.

⁵⁾ cf. Gesenius I, S. 417 ff. Kortleber, Ursachen des Krieges, S. 1369 ff., S. 1418 ff., S. 1443 ff., S. 1746 ff., S. 1796 ff. Wittich, Grundherrschaft, S. 382 ff.

warf dem Herzoge vor, daß er ihre Meier und armen Leute mit schweren Diensten, Dienstgeld und großen Schatzungen beschwere, aussauge und verderbe, sodaß sie ihre Zinsen nicht zahlen könnten, den Ackerbau liegen ließen und mit Weib und Kind ins Elend zögen. Der Herzog dagegen schrieb, daß die Braunschweiger von Jahr zu Jahr ihre Malter und Zinse steigerten und dadurch die Leute ins Elend trieben, daß sie Höfe zusammenlegten, um dem Fürsten den Dienst zu schmälern. Die Stadt wieder klagte, daß der Fürst die Meierhöfe zerrisse, um mehr Leute mit Dienst und Schatzung belegen zu können, daß Amtleute den Bürgermeiern den guten Acker nähmen und steinigten, ungelegenen Acker dafür anwiesen. Die Vorwürfe waren auf beiden Seiten nicht grundlos; es stand hier Macht gegen Macht, Forderung gegen Forderung, Staatsinteresse gegen das Interesse des Grundherrn.

Der Vertrag von 1553 brachte einen vorläufigen Kompromiß. Die Amtleute sollten die Meier nicht mit Gewalt bei ihren Höfen erhalten, wenn die Braunschweiger sie abmeiern wollten. Die Stadt versprach, ihre Meier nicht über das alte Herkommen und Gebrauch mit Maltern und Zinsen zur Unbilligkeit zu steigern, auch die Meierhöfe unzerrissen und ungeteilt zu lassen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts war es im allgemeinen schon Gewohnheit, den Meier bei dem Meiergute und auch dem Meierzins zu lassen,¹⁾ wenn er sich als einen redlichen Bewirtschafter erwies, wenn er den Zins richtig bezahlte, das Gut nicht verkommen ließ, nicht beschwerte und veräußerte. Allerdings blieb die Polizeiordnung von 1563, welche dem Gutsherrn eine grundlose Zinserhöhung verbot, ein Entwurf der Regierung und wurde nicht von den Ständen genehmigt.²⁾ Aber z. B. das Wolfenbüttler Erbregeister kennt keine nennenswerten Zinserhöhungen; auch eine Vergleichung der Erbregeister des Amtes Schöningen von den Jahren 1547, 1570, 1584 lieferte dasselbe Resultat.

Dagegen ließen sich aus den Burgamtsrechnungen einige Zinssteigerungen nachweisen, die der Rat der Stadt bei einem Teil der vermeierten Güter vornahm. Die Besitzer der beiden freien Höfe zu Mübbecke³⁾ zinsten bis zum Jahre 1571 jeder jährlich 18 Gulden, in den Jahren 1574—1582 je 21 Gulden 12 Groschen, 1583 jeder 27 Gulden und 1605 36 Gulden. Die Männer von Schandelah gaben vom Rodeland 1570/80 22 Gulden 9 Groschen, im Jahre 1604 dagegen 60 Gulden 14 Groschen 3 Pfennig, im letzteren Jahre von 173 $\frac{1}{2}$ Morgen à 7 Groschen; doch ist hier eine

¹⁾ cf. Gefenius I, S. 449 ff., wonach die Beamten den Meier bereits bestraften, wenn er sich ohne ihr Vorwissen die Pacht steigern ließ.

²⁾ cf. Bode bei Strombeck, Festschrift S. 30.

³⁾ Br. St. A. Abt. VI § 7, Burgamtsrechnungen.

Erweiterung des Rodetampes nicht ausgeschlossen. Außerdem ist in beiden Fällen die Zinserhöhung verständlich, da der Zins in Geld geleistet wurde und dies im Laufe der Zeit vielleicht an Wert verlor.

Interessant ist der Verlauf im Amte Bechelde. Hier hatte der Rat den Burgacker in Parzellen an einzelne Dorfbewohner ausgetan. Nach dem Erbregister von 1569¹⁾ zinsten die Leute von einem Morgen 2 Himpten Roggen; nach der Burgamtsrechnung von 1584 zinsten 8 Männer zu Bechelde je 5 Scheffel Roggen vom Burgacker, und außerdem hatte der Rat noch 23 Sch. 6 G. Roggen Zinseinnahme von dem Lande, das zu den einzelnen Höfen gehörte. 1569 betrug der Zins von 174 Morgen (à 2 Himpten) 54 Sch. 8 G.²⁾ Nach der Amtsrechnung von 1586/7 gab der Rat damals seinen Untertanen zu Bechelde den Bürgeracker, und zu Annehmungsgeld zahlten 8 Ackerleute je 2 Taler, 3 Köter je 9 Schilling, einer, der keinen Acker hatte, 4 Schilling 6 Pfennig; sie gaben als Zins vom Korn die 5. Stiege, von jedem Morgen Wicken 7½ Schilling, von jedem Morgen Rübesamen 1 Gulden. Auf diese Weise hat der Rat eine bedeutende Mehreinnahme erzielt. Nach der Amtsrechnung 1603/4 brachte das Dorf Bechelde ein:

187	Schoß	Roggen	=	61	Scheffel	5	Himpten
55½	"	Gerste	=	35	"	—	
8½	"	Hafer	=	3	"	9	"
16½	"	Weizen	=	3	"	7	"

und im folgenden Jahre 1604/5:

207	Schoß	13	Garben	Roggen	=	67	Scheffel	7	Himpten
64½	"	—		Gerste	=	34	"	—	
5½	"	24	"	Hafer	=	3	"	2	"
9½	"	23	"	Weizen	=	3	"	5	"

Nicht mitgerechnet ist hier der Zins von Erbsen, Wicken, Mengforn, der damals bereits durchgehends vom Morgen 1 Gulden trug und 1604 66¾ Gulden, 1605 71 Gulden einbrachte. Der Vorteil war um so größer, als der Rat jetzt auch das Stroh miterhielt.

Am Schlusse des Jahrhunderts auf dem Salzdhöhlumer Landtag im Jahre 1597 gelang es endlich den fürstlichen Räten, vornehmlich der Energie Jagemanns, die schon seit Jahren geführten Verhandlungen zu

¹⁾ Br. St. A. Abt. VI § 7.

²⁾ Dabei ist nicht mitgerechnet Heinrich Isensee, welcher das Haus zu Bechelde mit der Zubehörung laut Beschreibung um Zins inne hatte. Unter dieser Zubehörung kann aber wohl nicht der gesamte Burgacker begriffen sein, weil sonst der Zins vom Hofacker im Vergleich zum Jahre 1584 eine unbegreifliche Höhe hätte.

einem endgiltigen Abschluß zu führen und dem Staatsinteresse „einen vollständigen Sieg zu erringen“.¹⁾

Der Landtagsabschied von 1597 brachte, besonders in Artikel 19, für die wichtigsten Fragen des Meierrechts entscheidende Bestimmungen. Die Erbllichkeit und das Verbot der Zinserhöhung wurden darin festgelegt. Grund zur Abmeierung war nur vorhanden, wenn der Meier zwei oder mehrere Jahre mit dem Zinse rückständig blieb, kein marktgebiges Korn lieferte, Teile des Meiergutes veräußerte, das Gut beschwerte oder wirtschaftlich verkommen ließ und ausmergelte. Aber in allen diesen Fällen konnte der Gutsherr nicht eigenmächtig vorgehen, sondern mußte den Weg des Rechtes, der gerichtlichen Klage einhalten.

Hiergegen hatte die Mehrzahl der Stände keinen energischen Widerstand geleistet; die Stadt Braunschweig hatte sich überhaupt nicht an den Verhandlungen beteiligt, der Vertreter der extremen Agrarpartei, Dr. Stagemann, wurde gar nicht zugelassen.

Aus der Instruktion, welche diese extreme grundherrliche Oppositionspartei ihrem Vertreter mitgab, spricht die Furcht, daß ihr Eigentum an den Meiergütern verloren gehen werde, daß die Meier es mit der Zeit als Erbenzinsgut beanspruchen würden. Und diese Furcht war ja auch nicht so ganz unberechtigt. In der Tat begannen die Meier das Meiergut vielfach als Erbgut zu behandeln, Teile desselben zu verpfänden, zu verastermeiern oder Kindern als Brautschlag mitzugeben. Dadurch kam die Geschlossenheit des Wirtschaftsbetriebes und damit die Leistungsfähigkeit des Bauern in Gefahr. Dies widersprach dem Interesse des Staates ebenso sehr wie dem des Grundherrn; schon 1593 erschien gegen derartige eigenmächtige Veräußerungen eine fürstliche Verordnung.²⁾ Auch der Landtagsabschied von 1597 gab dem Gutsherrn Garantien, daß sich sein Eigentumsanspruch nicht verlor. Alle neun Jahre mußte der Meierkontrakt erneuert werden, wobei die Höhe der Weinkaufsgelder genau fixiert wurde nach der Höhe des Zinses und der Güte des Bodens.

Der Landtagsabschied regelte auch den Fall, daß der Gutsherr das Gut in eigene Kultur nehmen wollte. Dann mußte er das Ende der Meierzeit abwarten, den Meierkontrakt zur rechten Zeit kündigen und dem abgehenden Meier alle Gutsbesserung in Gebäuden, Inventar und die in das Gut gesteckte Gare und Galle nach unparteiischer Lage ersetzen; er mußte auch alle auf dem Gute ruhenden Lasten, wie Dienst und Schätzung,

¹⁾ cf. B. L. N., Landschaftliche Sachen, Acta und Protokolle zum Landtagsabschied de 1597. Geseinius, Meierrecht I, S. 462 ff., siehe auch S. 455. Der Abschied ist gedruckt bei Ribbentrop.

²⁾ Gedruckt hinter der Kanzleiordnung und zusammen mit der Hofgerichtsordnung, auch in der Sammlung „Kalenberger Landesordnungen“.

übernehmen. Wollte der Gutsherr den Hof aber nicht selbst bewirtschaften, so hatte er die Pflicht, nach vollzogener Abmeierung den Hof mit einem neuen Meier zu besetzen.

Viele Bestimmungen hatten den Zweck und den Erfolg, die einzelnen Höfe in ihrer Geschlossenheit zu erhalten. So wurde für den Fall, daß ein Hof mehrere Gutsherrn hatte und diese sich über die Person des neuen Meiers nicht einigen konnten, bestimmt, daß derjenige, welcher am meisten Land beim Hofe hatte, den neuen Meier annahm. Dem Meier wurde wiederum verboten, Teile seines Gutes ohne Willen des Gutsherrn vom Hofe kommen zu lassen. Endlich sollten die Ländereien, Wiesen und Gärten u. s. w., welche im Jahre 1586 dreißig Jahre zu einem Hofe gehört hatten, in Zukunft nicht davon genommen werden.

Das Recht des Meiers auf Remission bei Kriegen, Mißwachs, Hagelschlag, Mäusefraß wurde anerkannt.

Durch diesen Vertrag wurde das Meierrecht in seinen Grundzügen für Jahrhunderte geregelt, ich kann daher diesen Punkt meiner Abhandlung beschließen.

Von dem Lehnrechte wurde der Bauernstand nur wenig berührt. Die eigentlichen Lehnleute, der Adel und die Braunschweiger Bürger, gaben ihre Lehn Güter in der Regel eben nicht als Afterlehen weiter, sondern vermieerten sie. Im Residenzamte Wolfenbüttel gab es nach dem Erbregister von 1566 (?) nur 90 Hufen 12 Morgen Land Bauernlehen. Öfters fand sich das Bauernlehen noch im Halbgericht, also in dem an Hilbesheim angrenzenden Gebiete, wo sich die mittelalterlichen Besitzrechte überhaupt länger hielten.

Als Bauernlehen wurden die bäuerlichen Lehn Güter bezeichnet im Gegensatz zu den Ritterlehen. Es wurde von den Lehnshauern nicht der Rossdienst gefordert, sondern sie leisteten den bäuerlichen Frondienst. Für die Nutzung des Gutes gab der Lehnsmanu keinen Zins, sondern er zahlte nur bei der Belehnung die Lehnware, deren Höhe fixiert war und durch den Landtagsabschied von 1597 noch einmal gesetzlich festgelegt wurde.

Gegenstand des Lehnverhältnisses waren sowohl ganze Adershöfe als auch einzelne Hufen Land oder einzelne Morgen. Doch wurden größere Aders Güter nur in den seltensten Fällen verleht; dagegen wurden häufiger ländelose Rothöfe und wüste Hoffstellen zu Lehnrecht ausgetan.

Die Pfarrländereien¹⁾ waren durchgehends Lehnland. Lehnsherrn waren hier der Fürst, geistliche Korporationen, Abtge oder die Dorfgemeinde. Doch bewirtschafteten die Pfarrer oft ihre Güter nicht selbst, sondern ver-

1) cf. Kayser, Kirchenvisitation in den welfischen Landen.

meierten sie um den Zins; so wurden auch diese Güter wieder dem Meierrecht unterworfen.

Rechtlich war der Lehnsmann bedeutend besser gestellt als der Meier. Er hatte ein erbliches Nußeigentum, konnte das Gut verändern und veräußern, er verpfändete und verkaufte Teile des Lehngutes. Beim Erbgang wurden die Lehngüter in natura unter die Erben geteilt.

Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus kann man dagegen das Bauernlehen nicht so günstig beurteilen. Das freie Verfügungsrecht und die Naturalerbteilung bewirkten, daß die Güter zersplittert und in kleine Parzellen von einzelnen Morgen, ja Vorlingen aufgelöst wurden. Dadurch wurde der Vorteil der geringen Abgabenlast an den Lehnsherrn mehr wie aufgehoben. Dies scheint sowohl von den Lehnsträgern als auch den Lehnsherrn und in erster Linie vom Staate empfunden worden zu sein. Es kam allmählich die Sitte auf, daß die Erben das Gut ungeteilt ließen oder doch die völlige Zersplitterung vermieden, daß dann der Inhaber der Güter seinen Miterben einen Zins gab. Dies haben doch wohl die Existenz und die Natur des Meierrechtes bewirkt. Besonders aber griff auch hier der Staat mit Verordnungen ein; der Landesfürst fürchtete, daß durch die vielen Verpfändungen und Verkäufe Unklarheit in das Eigentumsrecht käme; vor allem war ihm an der Geschlossenheit der Güter gelegen, um diese leistungsfähig für die Staatszwecke zu erhalten. Die Verordnungen aus den Jahren 1593 und 1602, die oben¹⁾ angeführt worden sind, bezogen sich auch auf die Bauernlehen.

Das Erbenzinsgut war in vielen Teilen des Landes sehr verbreitet. Im Amte Hessen war nach der Amtsbeschreibung von 1679²⁾ der überwiegende Teil des Landes Erbenzinsland. Es gab im Dorfe Hessen 45³/₄ Morgen Erbland, 2783¹/₈ Morgen Erbenzinsgut, 228¹/₂ M. Lehn-
gut, 378 M. Meiergut; in Pabstsdorf, dem zweiten zum Amte gehörigen Dorfe, war die gesamte Feldmark von 2740³/₄ M. Erbenzinsgut. Gesenius³⁾ sagt, daß im Amte Wolfenbüttel das Erbenzinsrecht ebenso häufig vorkomme wie das Meierrecht. Diese Zahlen aus späterer Zeit können für das 16. Jahrhundert nicht zutreffend sein. Denn gerade im 17. Jahrhundert hat sich sicher mit Erfolg die Tendenz bei den Bauern geltend gemacht, Meierland als Erbenzinsland anzusprechen. Aber jedenfalls nahm im Amte Wolfenbüttel, besonders in den westlichen Distrikten, das Erben-

¹⁾ cf. S. 7/8. Für den ganzen Abschnitt ist das Wolfenbütteler Erbregeister sehr lehrreich.

²⁾ B. B. A. Amt Hessen.

³⁾ a. a. O. II, S. 131.

zinsgut einen ganz beträchtlichen Teil des Gesamtadlers ein.¹⁾ Und in den meisten Ämtern hatten die Rötter in der Regel ein gutes Besitzrecht an ihren Gütern. Genaue Verhältniszahlen lassen sich hier schwer gewinnen; die Besitzrechte flossen tatsächlich in einander über, es gab am Schlusse des Jahrhunderts keine festen Grenzscheiden zwischen Meiergut und Erbenzinsgut. Die Schreiber der Erbregister hatten auch oft nicht ein so großes Interesse daran, hier scharf zu unterscheiden; die Erbregister dienten in erster Linie für die Zwecke der Steuerberechnung, und bei den Schätzungen wurde im 16. Jahrhundert noch kein Unterschied gemacht zwischen Pachtgütern und Erbenzinsgütern.

Rechtlich und wirtschaftlich stand das Erbenzinsgut dem Bauernlehen ziemlich gleich. Auch hier hatte der Inhaber des Gutes ein dominium utile, der Gutsherr nur ein Obereigentum. Der Zins des Erbenzinannes entsprach nicht dem Nutzungswerte des Gutes, sondern sollte nur das dominium directum des Gutsherrn äußerlich erkennen lassen.

Auch der Erbenzinnsmann hatte ein weitgehendes Verfügungsrecht, dem aber durch die Verordnungen von 1593 und 1602 gewisse Schranken gesetzt wurden. Er durfte ohne des Gutsherrn Konsens die Güter nicht verkaufen und verpfänden; doch fügte die Verordnung von 1612 hinzu, daß der Gutsherr es ihm nicht grundlos verwehren sollte.

Der Erbenzinnsmann war in der Bewirtschaftung des Gutes ebenso wenig wie der Lehnsmann beschränkt. Aber auch hier wirkte die Naturalteilung unter die männlichen und weiblichen Erben wirtschaftlich verderblich. Deshalb wurde die Einheit des Gutes faktisch mehr und mehr gewahrt, die Miterben wurden durch einen erheblichen Getreidezins abgefunden; dadurch wurde aber das Erbenzinsgut an Zinslast dem Meiergut ziemlich gleichgestellt²⁾

Die Latgüter, Meierdingsgüter u. s. w. unterscheiden sich von den Erbenzinsgütern im Grunde nur durch die ihnen eigentümliche Gerichtbarkeit, bei ihnen hatte sich die mittelalterliche Hofrechtsverfassung noch erhalten.³⁾

Völlig freies bauerliches Eigentum im heutigen Sinne des Wortes gab es im 16. Jahrhundert so gut wie überhaupt nicht im Herzogtum Braunschweig. Freies Erb und Eigen, von dem gar keine Rekognitions-

¹⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregister 1566 (?).

²⁾ Es kommt auch vor, daß der Besitzer des Gutes die Teile seiner Anverwandten kaufte. cf. Affeburger Erbregister 1566 (?), im B. L. A. Amt Wolfenbüttel, fol. 158, 168, 176.

³⁾ Ich lasse sie deshalb hier unerwähnt und verweise auf den Abschnitt „Gerichtsverfassung.“

gebühr an irgend einen Grundherrn geleistet wurde, findet sich höchst selten, am ehesten noch bei Hofstellen. Selbst die Freien zu Woltorf mußten das Obereigentum des Landesfürsten anerkennen, sie zahlten Freihäfer, Freihühner und eine jährliche Holzabgabe von ihren Gütern. In dem freien Verfügungsrecht über ihre Güter waren die Freien durch die Kompetenzen des Freiengerichtes vielfach gebunden.¹⁾

Durch Kauf ging in der Regel nur das Nuzueigentum an den Käufer über. Auch wenn die Grundherrn ein Stück Landes verkauften, so veräußerten sie nur das Nuzueigentum; der Käufer mußte ihnen auch dann noch eine kleine Gebühr jährlich geben zur Anerkennung des Obereigentums²⁾. Bisweilen scheint der Verkäufer allerdings auch das Obereigentum aufgegeben zu haben.

B. Die Bauernklassen.³⁾

Wollen wir die bäuerliche Bevölkerung nach ihrer sozialen Gliederung ins Auge fassen, so müssen wir uns zunächst über den Begriff „Bauer“ klar werden. Im engeren Sinne umfaßt der Begriff nur die in der Gemeinde vereinigten Nachbarn; sie waren noch bis in das 16. Jahrhundert hinein fast die einzigen Bewohner des platten Landes. Mit zunehmender Bevölkerung aber wurden in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts Neuanfiedler vielfach nicht mehr in die Gemeinde als berechnete und verpflichtete Mitglieder aufgenommen; es bildeten sich neue soziale Klassen auf dem Lande. Im folgenden wird der Begriff „bäuerliche Bevölkerung“ im weiteren Sinne gefaßt im Gegensatz zur privilegierten Bevölkerung des platten Landes, zu Adel und Geistlichkeit.

Kulturell standen die Bauern ziemlich auf derselben Stufe. Auch die Besitzrechte haben auf die Klassenbildung keinen Einfluß gehabt; die sozialen Differenzierungen wurden allein durch die Größe des Besitzes herbeigeführt.

Die erste, vornehmste Bauernklasse waren die Ackerleute, welche die größeren Wirtschaftsbetriebe, die Meierhöfe oder Bauhöfe inne hatten. Aber nicht immer gab es Ackerleute in einem Dorfe. In Junkerdörfern besonders waren sie öfters nicht vorhanden oder doch in geringerer Zahl. Bei den Ackerlegungen und Gutsbildungen waren gerade die Ackerleute in erster Linie die Leidenden; bisweilen sind sie mit der Zeit ganz von einer Dorfmark verschwunden. Nicht selten ist die Anzahl der Ackerhöfe durch

¹⁾ Siehe den Abschnitt „Gerichtsverfassung“.

²⁾ cf. die Kaufverträge im Asseburger Erbregeister fol. 140, 158, 160, 167, 168, 176, 181, 214. Erbregeister des Amtes Wolfenbüttel fol. 2, 5, 14, 37, 50, 158, 207, 476, 484, 489, 491, 500, 642, 661, 586.

³⁾ cf. Anhang II und III.

Teilung verringert worden. Noch im 17. Jahrhundert wurden öfters Ackerhöfe in Halbspännerhöfe zerlegt, andererseits aber auch bisweilen zwei Halbspännerhöfe zu einem Meierhof vereinigt.¹⁾

Es gab für die Ackerhöfe kein einheitliches Größenmaß, innerhalb der einzelnen Gerichte und Dörfer zeigten sich die erheblichsten Differenzen. Das Besitzminimum sinkt bisweilen noch unter 4 Hufen (= ca. 120 Morgen) herab, das Besitzmaximum übersteigt z. B. im Amte Wolfenbüttel mehrere Male die Höhe von 10 Hufen (= ca. 300 Morgen). Zwischen diesen Extremen sind alle Größenwerte vertreten. Höchst selten finden sich in einem Dorfe gleiche Größen für die Ackerhöfe.

Die Güte des Bodens bedingte von vornherein Unterschiede für die einzelnen Distrikte des Landes. Wichtiger aber war der Umstand, daß die grundherrlichen Rechte in Westdeutschland Streubefitz waren, daß in einem Dorfe die verschiedensten Grundherrschaften begütert waren. Die Eigentümer hatten bei der Einrichtung der Bauerngüter volle Freiheit gehabt. Die Braunschweiger machten ja noch im Laufe des Jahrhunderts nur allzu ergiebigen Gebrauch von dieser Freiheit; sie vereinigten größere Güterkomplexe, um so die Staatslasten zu vermindern, sie legten aus demselben Grunde gerne einzelne Hufen zu Vollhöfen noch hinzu. War die Grundherrschaft über ein Dorf in einer Hand vereinigt, so zeigte auch noch am Schlusse des 16. Jahrhunderts die Güterverteilung etwas Einheitliches. Auf den einen Grundherrschaft wirkte das Herkommen so stark, daß er nur unter ganz besonderen Umständen von dem Gegebenen abwich. Besonders in einigen Klosterdörfern²⁾ hatten die Ackerhöfe die gleiche Größe; die Klöster vertraten die konservative Idee am schärfsten, und wohl auch mehr oder minder bewußt.

Ferner trug auch das in den unaufhörlichen Kriegen wüßt gewordene Ackerland dazu bei, die Besitzdifferenzen zu erhöhen. Vielfach finden sich in den Erbregistern Bemerkungen, daß wüste Feldmarken von den umliegenden Dörfern aus bestellt werden. Allerdings nicht immer hat dies für die einzelnen Dorfnachbarn einen bedeutenden Ländierzuwachs zur Folge gehabt. Oft handelte es sich nur um ein Zusammenwachsen von Dörfern, die getrennt in den Kriegswirren ihre Existenz nicht behaupten konnten; die Angehörigen der wüsten Dorfmark siedelten sich im Dorfe an. Jedenfalls haben die wüsten Ländereien innerhalb desselben Dorfes dem einzelnen ebenso oft Gelegenheit gegeben, seine Wirtschaft zu vergrößern.

Aber alle Momente, die eine Abrundung und Erweiterung der Ackerhöfe begünstigten, waren wirkungslos geblieben, wenn der Bauernstand

¹⁾ cf. Anhang II und III und B. L. A., Amt Wolfenbüttel Erbregifter 1566(?).

²⁾ cf. B. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregifter 1566(?), Meerdorf, Gilzum; Affeburger Erbregifter 1569, Mönch-Wahlberg; Amt Schöningen, Erbregifter: Döfleben, Bobeck; u. f. w.

eine verarmte, dumpf und apathisch dahinlebende Masse gewesen wäre. Nur ein kapitalkräftiger, aufwärtsstrebender Bauernstand konnte die reichlich sich bietenden Gelegenheiten nutzen und durch Pfandgeschäfte, Kaufverträge, Meierkontrakte sein Besitztum erweitern.

Der Aderrmann hatte seinen Hof in der Regel zu Meierrecht; Lehnrecht und Erbenzinsrecht finden sich auf Aderrhöfe höchst selten angewandt. In einer Zeit, wo die Geschlossenheit des Wirtschaftsgutes noch nicht anerkannt war, wo beim Erbgang die Naturalteilung die Regel war, paßte allein das nichterbliche Meierrecht für größere Bauerngüter; dies allein gab Gewähr, daß der Hof nicht zerstückelt wurde. Vielfach hatten die Aderrleute kein einheitliches Besitzrecht an ihren Gütern; Meiergut, Erbenzinsgut, Lehngut und Erbland vereinigten sie bisweilen zu einem Hofe;¹⁾ auch hatten sie oft mehrere Gutsherrn.

Neben dem Betriebe der Landwirtschaft hatten die Aderrleute die Möglichkeit zu lohnenden Nebenbeschäftigungen. Sie übernahmen Lohnfuhren, die Schäferei oder das Mühlenwesen. Vor allem aber ließen sie sich den Zehnten der Feldmark verpachten und besorgten die Abfuhr, woran in der Regel mehrere Bauern beteiligt waren.

Die zweite Hauptbauernklasse, die sich in jedem Dorfe findet, bilden die Rötter. Das entscheidende Merkmal für den Rötter ist nicht der Besitz von Acker und Land, sondern die Hofstelle. Eine Reihe von Röttern hatte überhaupt kein Land, oder es gehörte doch nicht der Landbesitz ursprünglich untrennbar mit der Hofstelle zusammen. Man kann in den Erbregistern durchaus unterscheiden zwischen Röttern, bei denen die Hofstelle im Dorfe und der Besitz auf der Feldmark eine Einheit sind, von einem Grundherrschaft verliehen werden, und solchen Röttern, bei denen Hof und Land ursprünglich getrennt waren.

Die Rötter waren in höherem Grade als die Aderrleute darauf angewiesen, ihren Betrieb zu erweitern, um sich eine unabhängige Existenz zu gründen, um nicht ihr Brot als Tagelöhner oder Gesinde suchen zu müssen. Sie haben deshalb alle Gelegenheiten, die sich ihnen boten, ausgenutzt. Vielfach ließen sie sich einzelne Hufen vermieern oder Teile einer Hufe; und die Braunschweiger Bürger kamen ihnen hierin nur zu gerne entgegen. Vor allem aber bewirtschafteten sie das Pfarr- und Kirchenland. Die Pfarrer taten ihr Land vorwiegend parzellenweise aus, wenn sie es nicht selbst bestellten; die Gemengelage des Ackers auf der Flur war dieser Art des Verpachtens sehr günstig. Wurde das Pfarr- und

¹⁾ cf. B. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregister, besonders Akum, Wakum, Wendeken; Amtregister Hesse 1679; Beschreibung des Hauses Sambleben 1584, zusammengebunden mit dem Asseburger Erbregister, Dorf Bepleben.

Kirchenland hufenweise ausgetan, so wurde doch für einzelne die Grundlage einer selbständigen Existenz geschaffen. Und wenn auch der Pfarrer das Land selbst behielt, kam dies den Röttern zu Gute: Der Pfarrer konnte den Acker nicht allein bestellen; Dienste wurden ihm nicht beigelegt. Wenn er dann nicht um Tagelohn pflügen ließ, so tat er wohl einen Teil des Landes an Rötter aus, die ihm dann das Seinige besäen und beernten mußten. Ferner haben Neurobungen den Besitz der Rötter bisweilen vergrößert. Es kam auch wohl vor, daß Ackerleute Röttern einen Hof und einige Morgen Land gaben sicherlich, um in der Ernte Arbeitskräfte zu haben. Kapitalkräftige Rötter konnten auch durch Ausleihen von Geldern für längere oder kürzere Zeit Land in ihren Besitz bringen. So finden wir gerade bei den Röttern sehr oft ein buntes Durcheinander von Ländereien, an denen sie die verschiedensten Besitzrechte hatten, an denen die verschiedensten Grundherrschaften beteiligt waren.

Die Klasse der Rötter hat an Zahl im Laufe des 16. Jahrhunderts außerordentlich zugenommen. Vielfach waren die Rothöfe Erbenzinsgut, die im Erbgang in natura geteilt wurden; deshalb finden wir viele halbe, Drittel-, ja Viertel- und Achtel-Rothöfe, die allmählich volle Rötterpflichten und dann auch Rötterrechte erworben zu haben scheinen. Auch Neuansiedler, welche vom Landesfürsten oder von der Gemeinde ihre Höfe ausgewiesen erhielten, wurden bis zum Schlusse des Jahrhunderts in der Regel in die Klasse der Rötter eingereiht. Durch Neubesetzung wüster Hoffstellen wurde ihre Zahl noch mehr vergrößert. Leider fehlen uns aus dem Anfang des Jahrhunderts Erbregister und damit Angaben über die Zahl der Rötter; daher kann man das Anwachsen der Rötterklasse nicht statistisch genau belegen.

Während des ganzen Jahrhunderts war innerhalb der Klasse der Rötter Fluß und Entwicklung. Am Schlusse des Jahrhunderts wurden die Verhältnisse gesetzlich festgelegt. Nach außen und nach innen konsolidierte sich die Rötterklasse. Neue Ansiedler wurden nicht mehr in die Nachbarschaft aufgenommen. Durch den Salzbadlumer Landtagsabschied von 1597, Artikel 19, wurde eine gewisse Geschlossenheit und Untrennbarkeit der Güter zum erstenmale gesetzlich festgelegt: Die Ländereien, Wiesen und Gärten, welche 1586 mindestens 30 Jahre bei einem Hofe gewesen waren, durften nicht von demselben genommen werden. So hatte sich die Klasse der Rötter zusammengeschlossen. An Zahl hat sie im 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr zugenommen.

Die Mehrzahl der Rötter hatte am Schlusse des 16. Jahrhunderts einen Besitz, von dem sie sich und ihre Familie in friedlichen Zeiten ernähren konnten. Nur ein geringer Prozentsatz war ganz ländellos, und nur einige wenige hatten einen ganz geringen Landbesitz; diese waren darauf

angewiesen, sich als Handwerker, Tagelöhner oder Knechte ihr Brot zu verdienen. Aber im Durchschnitt war ihr Besitz so bemessen, daß sie mit den eigenen Arbeitskräften das Land wohl bestellen konnten und ihr täglich Brot hatten.¹⁾ Nur in einigen Dörfern, wo größere gutherrliche Eigenbetriebe waren, besonders in manchen Junkerdörfern, waren die Röter all- gemein auf einen ganz geringen Ackerbesitz beschränkt und darauf angewiesen, sich durch Arbeit auf dem Gute ihren Unterhalt zu verdienen. Leider geben die Erbregister über die Adelsdörfer fast nie Nachrichten. Von Samleben²⁾ und Salber überliefern es die Register; und in Delber und Engerode³⁾ hatten die Einwohner überhaupt kein Land, mußten also sämtlich als Tagelöhner auf dem Gute oder in anderen Dörfern arbeiten. Auch in Gebhardshagen⁴⁾ hatten die Röter nur je 6 Morgen Land. Völlig in den Stand von Proletariern herabgedrückt wurden sie aber höchst selten. Die Bildung von Gutsherrschaften hielt sich immer in bescheidenen Grenzen und hat den Zustand der Dorfmarksverfassung nicht wesentlich beeinflusst. In den meisten Adelsdörfern finden sich sowohl Ackerleute als auch Röter mit bedeutenderem Landbesitz.

Es war den Röttern reichlich Gelegenheit zu Nebenberufen gegeben. An der Zehntfuhr konnten sie sich allerdings in der Regel nicht beteiligen, weil ihnen die nötigen Gespanne fehlten. Aber als Krüger, Müller und Schäfer wurden sie vielfach angestellt; auch als niedere Beamte, als Bögte, fanden sie Beschäftigung. Einige waren auch Handwerker, wie Zimmerer, Schneider, Schuster, Leinweber, Maurer, Dachdecker, Schlächter.

Eigentlich war das Handwerk ein Privilegium der Städte; auf den Landtagen erheben sie immer wieder Beschwerde darüber, daß das Handwerk in den Dörfern geduldet werde. Sie drängten auf gänzliche Abschaffung des ländlichen Gewerbes hin,⁴⁾ mußten aber die Macht der realen Verhältnisse einsehen. Im Jahre 1570 verlangten sie nur noch Moderation, abgeschafft solle das Handwerk nur dann werden, wenn die Stadt leicht zu erreichen. Der Landtagsabschied von 1597⁵⁾ regelte auch diesen Streitpunkt. Die Notwendigkeit des Handwerks auf den Dörfern wurde anerkannt, doch wurde es auf die unentbehrlichen Gewerbe und das herkömmliche Maß beschränkt.

Die größere oder kleinere Entfernung von Städten und die individuelle Handhabung des Grundsatzes durch die Lokalbeamten bedingten hier

¹⁾ cf. Anhang II.

²⁾ cf. Beschreibung des Hauses Samleben, B. L. A. Amt Wolfenbüttel. B. L. A. Amt Sichtenberg, Erbregister.

³⁾ B. L. A. Erbregister Gebhardshagen.

⁴⁾ cf. B. L. A. Landschaft II₁. Die anno 1570 übergebenen Gravamina der Stände.

⁵⁾ Artikel 31.

natürlich lokale Unterschiede. In dem Erbregerister des Amtes Schöningen werden viele Röter als Handwerker bezeichnet. Es werden genannt in Twiefelingen 2 Schneider, 2 Leinweber, 1 Schlächter und Leinweber, 1 Schlächter und Strohdecker, 1 Fenstermacher, 1 Schottilier, 1 Maurer und Strohdecker, in Hoierstorf 1 Schlächter, 2 Müller, 2 Schneider, 1 Schottilier, 1 Zimmermacher, 1 Leinweber. Im Erbregerister des Amtes Wolfenbüttel sind gar keine Röter als Handwerker bezeichnet; sie werden dort aber wohl nicht gänzlich gefehlt haben. Im Erbregerister des Gerichtes Assenburg 1569 findet sich einige Male die Bemerkung, daß Röter als Zimmerleute mit der Art dienen.

Die großen Besitzdifferenzen, die innerhalb der Klasse der Röter existierten, ließen mit schärferer Ausbildung der Dienstverfassung allmählich eine Scheidung eintreten, um Ungerechtigkeiten in der Belastung zu mildern. Es wurde bisweilen zwischen Groß- und Kleinköttern unterschieden. Im Gerichte Assenburg wurden die Röter mit größerem Besitz im Sommer bisweilen zu Spanndiensten herangezogen. In den beiden Dörfern Wegleben und Samleben, die der Familie vom Samleben gehörten, wurde 1584 zwischen Rotsassen und Halbköttern unterschieden; jene dienten 2 Tage, diese 1 Tag wöchentlich.

Zwischen Röttern und Ackerleuten stehen die Halbadckerleute oder Halbspänner. Ihre Höfe haben einen doppelten Ursprung; es sind entweder geteilte Ackerhöfe oder allmählich erweiterte Rothöfe.

Das Recht, Ackerhöfe zu teilen, stand den Grundherrschaften auch nach dem Abschiede von 1597 zu. In der allgemeinen Landesordnung von 1647 wurde ihr Recht ausdrücklich anerkannt. Und sie haben im 17. Jahrhundert vielfach davon Gebrauch gemacht. Das Wolfenbütteler Erbregerister enthält wiederholt die Randbemerkung, daß ein Ackerhof später geteilt ist.¹⁾ Dem Fürsten konnte es wegen des Dienstes einerlei sein, ob er einen vollen Spanndienst oder zwei halbe Spanndienste erhielt.

Andererseits haben sich Halbspänner aus der Reihe der Röter emporgehoben; von Röttern, welche ihren Betrieb bedeutend vergrößert hatten, wurden Spanndienste gefordert, sie traten in die Klasse der Halbadckerleute ein. Wurde später wieder Land von ihrem Hofe genommen, so traten sie auch wohl in den Stand der Röter zurück. Bisweilen wurden auch Rotwiesen direkt zu einem Halbspännerhof zusammengelegt.

In den Erbregeristern sind die Grenzlinien gegen die Klasse der Ackerleute einerseits und die der Röter andererseits nicht immer scharf gezogen.

¹⁾ cf. die Dörfer Rautheim, Agum, Halchter, Leiferde, Ackerhem, Thiede.

Die Grenzen waren tatsächlich flüchtig. Um die Mitte des Jahrhunderts werden vielfach nur Ackerleute und Rötter genannt; die Halbspänner hatten sich aus ihnen noch nicht abgesondert. Erst mit der wachsenden Dienstkraft, die die geringeren Ackerhöfe nicht mehr leisten konnten, trat die Differenzierung ein. Gerade das Erbrechtregister des Amtes Wolfenbüttel, das ja in gewisser Beziehung einen fließenden Zustand schildert, ist hier sehr lehrreich.

Ackerleute, Halbspänner und Rötter bildeten die Nachbarn der Gemeinde, sie hatten die Feldmark unter dem Pfluge. Betrachten wir kurz das Verhältnis der drei Klassen unter einander. An Zahl überragten die Rötter die andern Klassen bei weitem, in einigen Dörfern fehlten diese ganz. Dem numerischen Übergewicht entsprach aber nicht ein Übergewicht des Besitzes; im Gegenteil hier standen sie in der Regel weit zurück hinter den Ackerleuten. Es sind oft doch schon ganz bedeutende Besitzdifferenzen innerhalb des Dorfes vorhanden, die nicht nur für die Dienstherrn eine Klassenscheidung notwendig machten, sondern auch innerhalb der Dorfgemeinde Grenzseiden und Klassengeist erweckt haben. Und die Ackerleute haben sicher in Gemeindeangelegenheiten das entscheidende Wort gesprochen.

Über die außerhalb der Nachbarschaft stehenden Dorfbewohner, die Häuslinge, schweigen die Erbrechtregister des 16. Jahrhunderts in der Regel, und selbst der Landtagsabschied von 1597 erwähnt sie bei den Diensten nicht. Aber sie existierten bereits und zahlten ein geringes Dienstgeld; so werden in der Wolfenbütteler Amtsrechnung 1575/6 unter der Dienstgeldeinnahme mehrere Häuslinge genannt. Nach dem Asseburger Erbrechtregister hatte 1569 ein Häusling in Groß-Denke einen Kothof inne. Auch das Erbrechtregister des Eichgerichtes 1569 nennt in Groß-Gleidingen einen Häusling als Inhaber einer Kothstelle. Die hinter dem Dorfe Uhrde im Erbrechtregister Wolfenbüttel hinzugefügte Flurbeschreibung vom Jahre 1614 kennt hier 6 Häuslinge, darunter 3 Witwen und einen Schäfer. Dem Hause Sambleben mußten bereits 1584 die 6 Häuslinge zu Sambleben und Bezleben wöchentlich einen Tag dienen.

Der Staat erhielt mit den wachsenden Staatssteuern und Dienstfronden ein Interesse daran, Neuanfiedlungen zu begünstigen. So kam man dazu, Häuslinge außerhalb des Dorfes anzusiedeln. Diese Häuslinge haben ihre eigenen Häuser, unterscheiden sich dadurch vollständig von den Häuslingen, die sich bei anderen Leuten eingemietet hatten.

Im Amte Wolfenbüttel ist die Zahl dieser Neuanbauer nie sehr groß geworden. Dagegen kommen sie später in Ämtern, wo wegen der wenigen dazu gehörigen Dörfer Mangel an Diensten bestand, zahlreicher vor. Das

Erbregister des Amtes Gebhardshagen vom Jahre 1614 nennt 17 Häuslinge, denen das Amt zur Verbesserung der Amtsaufnahmen gegen einen geringen Zins den Anbau außerhalb des Dorfes auf einem „buhten Garten“ gestattete; unter ihnen befinden sich der Vogt, Förster und Schweinmeister. Auch im Amte Hessen, zu dem nur die beiden Dörfer Hessen und Pabstsdorf gehörten, sind im Laufe des 17. Jahrhunderts eine große Zahl von Häuslingsstellen entstanden, während sich die übrigen Bauernklassen nicht vermehrt haben. 1604 gab es im Dorfe Hessen 10 Ackerleute, 5 Halbspänner, 81 Rötter, in Pabstsdorf 8 Ackerleute, 18 Halbspänner, 34 Rotzassen. Obwohl aus dem Affeburger und Schöppenstedter Gerichte dem Amte einige Dörfer mit ihren Diensten beigelegt wurden, gestaltete sich 1670/1 das Verhältnis folgendermaßen: Dorf Hessen hatte 8 Ackerleute, 8 Halbspänner, 80 Rötter, 34 Häuslinge mit eigenen Häusern, 10 Beisitzer, und Pabstsdorf 8 Ackerleute, 13 Halbspänner, 34 Rötter, 10 Häuslinge und einen Beisitzer. Aus den Burgamtsrechnungen kann man für das Eichgericht die Bewegung um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert deutlich erkennen.¹⁾ Immer wieder werden hier Personen angeführt, die als Häuslinge angenommen worden sind, dafür dem Burgamte Annehmungsgeld entrichtet haben und dann Dienstgeld zahlen. Die Stadt brauchte die Naturaldienste der Gerichtsuntertanen nicht; der Stand der Häuslinge war hier gewiß keine künstliche Schöpfung. Wir müssen wohl als Entstehungsgrund ein rasches Wachsen der Bevölkerung annehmen; für die Neuansiedler setzte die Gemeinde keinen Allmenndeanteil aus; in einer Zeit, wo alles auf Zusammenschluß, auf Konservierung der bestehenden Verhältnisse hindrängte, sollte der Gemeinheitsbesitz nicht mehr in kleinere Teile zersplittert werden.

Während die übrigen Bauernklassen sich fest zusammenschlossen, gegeneinander abgrenzten und in den folgenden Jahrhunderten an Zahl nicht wuchsen, hat sich der Stand der Häuslinge langsam weitergebildet. An Zahl immer wachsend, differenzierte er sich allmählich in Häuslinge mit eigenen Häusern und eingemietete Häuslinge oder Beisitzer. Manche erwarben sich auch etwas Land; auf die Dauer konnten sie auch von Gemeinberechten und Gemeindepflichten nicht ausgeschlossen bleiben.

Die Besitzer der großen Bauernhöfe konnten den Acker mit den Arbeitskräften der eigenen Familie nicht bestellen, sie konnten nicht ohne Gesinde fertig werden. Auch die Dienstkraft, die sie wöchentlich zu 2 Tagen Dienst an den Gerichtsherrn verpflichtete,²⁾ zwang sie oft, Knechte zu halten. In

¹⁾ cf. Anhang III c.

²⁾ Siehe unten, Kapitel 3.

der Pflug- und Erntezeit fanden sie unter den Röttern und Häuslingen genügend Hilfskräfte, und auch das Korndreschen werden sie meist durch Tagelöhner vollführt haben. Nur so können wir es verstehen, wenn die dürftigen Quellen nur eine ganz niedrige Zahl für die vorhandenen Knechte angeben. Im Amte Lichtenberg¹⁾ gab es 1540 in Summa 625 „wohn-
hafte Man“, 127 (erwachsene) Söhne und nur 45 Knechte; wobei die Dörfer Ober- und Niederfresen, Lobmachersen, Kalbechte, Leinde, Olsburg, Waten-
stedt, Delber und Engerode nicht mitgerechnet sind. Es gab nicht einmal so viel Knechte als Ackerhöfe.²⁾ Dörfer, wo viele erwachsene Söhne waren, hatten gar keine oder nur wenig Knechte. Die meisten Knechte gab es in Kramme, nämlich 10; aber hier lagen auch 7 Ackerhöfe; davon hatten drei dienstfreie Höfe allein 32 Hufen Land; und außerdem wurden nur 6 erwachsene Söhne gezählt. Im Amte Schöningen³⁾ hatten die Ackerleute teilweise einen Knecht; hatten sie einen erwachsenen Sohn, so scheinen sie vielfach auch ohne Knecht fertig geworden zu sein. Außerdem fehlten natürlich Dienstjungen nicht. Über die Lohnverhältnisse des Gefindes finden sich keine Angaben; es läßt sich daher nicht feststellen, wie weit die Klagen, die Algermanns Schreiber⁴⁾ in seiner Schrift über die Lage des Bauernstandes über hohe Diensthöhne anstimmt, auf tatsächlichen Verhältnissen beruhen. Jedenfalls hat sich der Ackermann des 16. Jahrhunderts mit ganz geringen Arbeitskräften beholfen. Er zeigte sich noch nicht fähig, seinen Besitz wirtschaftlich auszunutzen.

Die Quellen, aus denen das Bild von der sozialen Gliederung des Bauernstandes geschöpft ist, stammen ja hauptsächlich aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts; aber es paßt ohne erhebliche Fehler auch für das ausgehende 15. und den Anfang des 16. Jahrhunderts. Ein Resultat können wir als feststehend betrachten. In der Zeit der Bauernkriege war der Bauernstand des Landes Braunschweig kein ländersloses Proletariat. Selbst

¹⁾ B. L. N. Amt Lichtenberg, Erbregister 1540.

²⁾ Nach der Beschreibung der Schmalkalbener von 1546 gab es in jenen Dörfern 88 Ackerleute mit 463 Hufen Land. Br. St. N., Abt. VII, Bd. 27, fol. 241.

³⁾ B. L. N. Amt Schöningen, Erbregister Ende des 16. Jahrhunderts.

⁴⁾ Wolfenbütteler Bibliothek, Mskrpt.: Eklische Ursachen des Verderbens 2c. 1585, fol. 7. Danach verlangte damals ein Knecht jährlich 15 Gulden, 1 Morgen Korn, 2 Ellen Tuch, 5 Ellen Leinwand, 1 Paar Schuh; eine Magd: 6 Gulden, 20 Ellen Leinwand, 1 Schürze, 1 Halstuch, 1 Paar Schuh, 3 Pfund Wolle. Vom Amte Wolfenbüttel bekamen die Wagenknechte: 1521 im Sommer je 1 Mark 3 1/2 Schilling 3 Pf., im Winter 20 Schilling, im Jahre 1575/6 im Sommer und Winter je 3 Gulden 10 g = 7 Gld. jährlich; die Milchmädchen („Meierschen“) bekamen: 1521 Michaelis und Ostern je 15 Schilling, 1575/6 Ostern und Michaelis je 2 Gulden = jährlich 4 Gulden. Eine eingehende Behandlung des Gefindelohnes auf den Domänen würde für die Lohnbewegung kaum bedeutende Resultate liefern.

die kleinsten Höfe, die Rothhöfe, waren durchschnittlich noch nicht zu klein bemessen für eine Familie. Und die großen Bauernhöfe fallen zum Teil schon unter den Begriff „Gut“ im modernen Sinne. In den Grundzügen zeigt sich schon das Bild unserer Tage, die soziale Gliederung hat sich seitdem nicht erheblich geändert. Und überall sehen wir die stärksten Besitzdifferenzen als Zeichen dafür, daß der Bauernstand nicht eine leblose Masse war, daß dem Individuum Spielraum gegeben war für ein erfolgreiches Betätigen seiner Kräfte. Der Bauernstand war nicht so kapitalkräftig wie heute, wo die Landwirtschaft Braunschweigs zu den reichsten und blühendsten des deutschen Reiches gehört; aber ihm fehlte auch nicht völlig das Kapital, womit er sich bisweilen wenigstens faktisch das Eigentum an seinen Gütern erwerben konnte. Und wo er dies nicht besaß, erlangte er doch im Laufe des Jahrhunderts ein gutes erbliches Besitzrecht. Erst am Schlusse des Jahrhunderts hören wir von den Häuslingen, die kein Land und kein Bauernrecht hatten, die aber auch nicht zur Fronarbeit verpflichtet waren, sondern als Handwerker oder freie Tagelöhner ihren Unterhalt fanden und in der Regel ein eigenes Haus gegen eine ganz unbedeutende Rekognitionsgebühr bewohnten.

Kapitel III.

Die Lasten.

Ein richtiges Verständnis für die Lage des Bauernstandes und die Klassenbildung innerhalb desselben werden wir erst gewinnen, wenn wir die auf dem Grund und Boden ruhenden Lasten betrachtet haben. Die günstige Entwicklung des bäuerlichen Besitzrechtes, das energische Hinarbeiten des Staates auf Konsolidation der Wirtschaftsbetriebe und Sicherung des Besitzes ist ein Produkt der wachsenden Staatslasten, die der Fürst auf den Grundbesitz legen mußte. Die Klassenbildung ist wesentlich beeinflusst worden durch die Dienstfronden, die der Landesherr von den Gerichtsuntertanen in wachsendem Maße beanspruchte, wie wir schon im vorhergehenden Kapitel beobachten konnten.

A. Reallasten.

Der Bauernstand wurde zunächst durch eine Reihe auf den Gütern liegender Reallasten getroffen. Aus dem Mittelalter hatten sich die

Überreste ehemaliger Leibeigenschaft und Hörigkeit gewohnheitsmäßig erhalten. Wenn auch faktisch die ganze Hörigkeitsverfassung aufgelöst war, die Abgaben waren geblieben und hatten sich als dingliche Lasten auf die Bauernhöfe gelegt.

So mußten in vielen Dörfern und Gerichten noch Vogthafer, Vogtroggen oder Vogtgeld an das Amt gezahlt werden. Es war dies die mittelalterliche Abgabe, die der Untertan dem Gerichtsherrn für den Gerichtsschutz zahlte.¹⁾ Die Abgabe ruhte im 16. Jahrhundert in der Regel auf ganzen Gemeinden, nicht auf einzelnen Personen. Nur nach dem Amtsregister des Amtes Wolfenbüttel von 1521 war das Vogtgeld noch eine persönliche Abgabe, die nicht auf der ganzen Gemeinde, sondern auf einzelnen Höfen lastete.²⁾ Sonst findet sich in den Erbregistern bei den einzelnen Dörfern unter den allgemeinen Bemerkungen, daß das betreffende Dorf ein bestimmtes Maß Korn als Vogtkorn gibt. Im Amte Wolfenbüttel³⁾ betrug die Höhe dieser Abgabe je nach der Größe der Dörfer 2 Scheffel, 4 oder 6 Scheffel, ja Dettum gab 10 Scheffel Hafer. Die Einnahmen für das Amt aus dieser Abgabe waren nicht unbedeutend. Die Schmalkaldener verrechneten unter der Einnahme des Amtes Wolfenbüttel jährlich 199 Scheffel Vogthafer; und dabei gehörte damals das Gericht Affeburg nicht zu dem Amte; aus diesem Gerichte⁴⁾ hatte das Amt jährlich 141 $\frac{1}{2}$ Sch. Vogthafer und 14 Sch. Vogtroggen. Nach der Kornrechnung von 1587/8 nahm das Amt 359 Scheffel Vogthafer und 18 Sch. 7 $\frac{1}{2}$ H. Vogtroggen ein. Im Amte Liebenburg werden als Bauernhafer in der Rechnung der Schmalkaldener 286 Scheffel 4 Himpten Einnahme verzeichnet;⁵⁾ da der Zinshafer noch besonders aufgeführt ist, so muß man den Bauernhafer wohl als Vogthafer auffassen. In anderen Ämtern finden sich nicht Zahlen, die auch nur einigermaßen den Vergleich mit Wolfenbüttel und Liebenburg aushielten.⁶⁾ In vielen Ämtern, wie z. B. Lichtenberg und Schöningen, ist nichts von einer Einnahme an Vogtkorn vermerkt. Im Amte Bolzenberg⁷⁾ erhielt das Amt den Vogthafer nicht. Gerade hieraus geht hervor, daß die Abgabe allgemeiner verbreitet war, daß nur das Amt nicht immer der Gerichtsherr gewesen war.

1) Der Vogt übte im Mittelalter als Vertreter des Gerichtsherrn den Gerichtsschutz aus. Bisweilen findet sich auch der Ausdruck „Vordedingsgeld“; es war das Geld, welches für die Verteidigung gegen Gewalttaten gegeben wurde.

2) cf. Br. St. A. VII. Schmalkaldischer Bund, Band 27, fol. 24.

3) B. S. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566(?). Erbregister von Affeburg 1569.

4) Erbregister 1569.

5) Br. St. A., VII, Bb. 27, fol. 164.

6) cf. Br. St. A., VII, Bb. 27. Amt Winzenburg und Fürstenberg.

7) ib. fol. 323.

Hier müssen auch der Freienzins, das Meierdingsgeld und ähnliche Abgaben erwähnt werden, denn auch sie bedeuteten eine Recognition an den Gerichtsherrn. Diese Abgaben waren frühzeitig fixiert worden und hatten deshalb alle Bedeutung verloren.

Ferner zahlte jeder Hofinhaber jährlich das Rauchhuhn oder das Halshuhn,¹⁾ in der Regel an das Amt als Gerichtsherrn und nur bisweilen an den Grundherrschaft. Auch Hofzinse und Wachszinse, die hier und dort an das Amt gezahlt wurden, muß man wohl in diesem Zusammenhang nennen.

Vor allem aber waren Bedemund und Baulebung, die Abgaben bei Heirats- und Todesfällen, geblieben. Das Heiratsgeld beschränkte nicht die persönliche Freiheit, eine Erlaubnis zur Heirat war damit nicht verbunden; es wurde nur die Abgabe aus alter Gewohnheit weiter entrichtet. Im übrigen war der Bedemund, schon 1433 auf das herkömmliche Maß gesetzlich beschränkt, ganz unbedeutend, überstieg die Höhe eines Gulden in der Regel nicht. Es herrschten hier natürlich lokale Differenzen; die Abgabe war von Amt zu Amt verschieden. Doch lassen sich zwei Arten der Berechnung unterscheiden. Entweder wurde die Höhe nach der Zugehörigkeit zu den drei Bauernklassen bestimmt, oder die Abgabe wurde danach bemessen, ob eine Person sich zum ersten, zweiten oder dritten Male verheiratete; bei jeder neuen Heirat ermäßigte sich dann die Abgabe. Faktisch scheint man später vielfach die Bedemundsabgabe dazu benutzt zu haben, um eine gewisse amtliche Aufsicht über die Heiraten auszuüben. Nach der Verordnung von 1620²⁾ mußten alle Eheleistungen ins Amtsbuch eingetragen werden; die Amtsleute mußten dabei untersuchen, ob die Ehe nicht dem Interesse des Landesherrn zuwider sei. Vom Bedemund ist in dieser Verordnung keine Rede. Aber 1713 wurde den Predigern bei Strafe verboten, Brautpaare zu proklamieren und kopulieren, bevor sie ihm eine Quittung über bezahlten Bedemund vorgelegt hätten.

Die Baulebung war durch den Vertrag von 1433 auf das nächstbeste Stück beschränkt worden. Der Adlmann gab das nächstbeste Pferd, der Rötter die nächstbeste Kuh. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde es Regel, daß der Amtmann die Baulebung nicht in natura nahm, sondern sich mit den Erben in jedem Einzelfalle auf eine Geldabgabe einigte. Nach der Amtsrechnung von 1521 betrug die Geldeinnahme aus der Baulebung im Amte Wolfenbüttel nur 39 Gulden 2 Schilling; damals scheinen Pferde und Rüge noch fast immer ins Amt genommen worden zu

¹⁾ Beide Ausdrücke werden im Erbregister des Amtes Wolfenbüttel identifiziert.

²⁾ cf. Geseinius I, S. 479.

sein. Die durch die Schmalkaldener angefertigte Beschreibung der Ämter zeigt klar das Übergangsstadium. Doch war es schon damals im allgemeinen Sitte, daß die Erben Geld zahlten. Diese Abgabe konnte für kleine Rüter sehr drückend werden, solange sie eine Naturalabgabe war. Als Geldzins verlor sie an Bedeutung. Für das Amt war es aber oft noch eine erhebliche Einnahmequelle. Im Amte Wolfenbüttel brachte die Baulebung in dem Rechnungsjahre 1575/6 604 Gulden 15 Groschen, 1587/8 499 Gulden 19 Gr. 3 Pf., 1591/2 201 Gulden 19 Groschen ein. Am vorteilhaftesten war es für den Bauern, wenn sich eine feste Geldtaxe eingebürgert hatte, wie z. B. im Gerichte Affeburg, wo der Rat in jedem Baulebungsfall 3 Gulden genommen hatte. Später scheint die Art der Baulebung eine etwas andere Gestalt angenommen zu haben. Nach dem Berichte des Amtmanns in Gebhardshagen aus dem Jahre 1714¹⁾ waren dort seit 1634 nicht mehr Pferd oder Kuh gefordert worden, sondern anstatt dessen alle 3—4 Jahre eine kleine Abgabe. In der Amtsrechnung des Residenzamtes Wolfenbüttel 1740/1 erscheint deshalb auch die Baulebung unter den festen ständigen Entraden; jedes Dorf hatte wohl seine feste Taxe.

Auch eine Erbschaftsabgabe hatte sich aus dem altdeutschen Rechte erhalten. Der Inhaber des Hofes mußte an die nächsten Blutsverwandten aus dem Nachlaß des Mannes das Hergewebde, aus dem der Frau das Frauengerade zahlen. Die Stücke, welche in das Hergewebde oder Frauengerade gehörten, waren für die einzelnen Gerichte genau bestimmt.²⁾ Forderten die nächsten Erben die Abgaben nicht binnen Jahr und Tag, so fiel alles an die hohe Obrigkeit. Wurden die Erbschaften aus einem Gerichte in das andere gezogen, so gebührte dem Gerichtsherrn der dritte Pfennig. Diese Erbschaftsabgaben, welche den Ideen der Zeit, der wirtschaftlichen Geschlossenheit und Einheit des Gutes so sehr widersprachen, haben sich im Herzogtum Braunschweig verhältnismäßig lange erhalten. Als Friedrich Ulrich sie im Jahre 1625 durch Verordnung aufhob, sagte er selbst, daß die Abgabe in benachbarten Fürstentümern schon vor vielen, vielen Jahren aufgehoben sei. Als Gründe für das Edikt werden angegeben:³⁾ Die Rechtslehrer seien sich nicht einig über den Umfang dieser Abgabe, über die Zeit, innerhalb der sie zu fordern sei. Es herrschten lokal große Unterschiede. Vor allem aber wurden Häuser, Borwerke und Güter dadurch geschwächt, und es gerieten die Geschlechter ins Verderben.

¹⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Acta Hals- und Leibeigene betreffend.

²⁾ cf. B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566 (?). Gesenius I, Beilagen, S. 12/13.

³⁾ Die Verordnung ist zusammengeedruckt mit der Hofgerichtsordnung von 1571.

Der dritte Pfennig wurde durch die Verordnung nicht berührt. Von ihm waren nur die vornehmen Diener des Fürsten, unter ihnen auch Amtmann und Amtschreiber, seit 1590¹⁾ befreit. Es scheint der dritte Pfennig im 16. Jahrhundert auch beim Verkauf von liegenden Gründen erhoben worden zu sein. Die Stadt Braunschweig beklagte sich 1569²⁾ darüber, daß die fürstlichen Amtsleute von allen Gütern, die in ihre Ämter verkauft worden, den dritten Pfennig des Kaufgeldes erhoben hätten. Sie setzte ihre Ansprüche durch, der dritte Pfennig sollte nur von Erbschaften, Hergewebde und Frauengerade gefordert werden und der neue Aufsaß des dritten Pfennigs unterbleiben. Im Laufe des 16. Jahrhunderts fielen vielfach die Schranken zwischen den einzelnen Gerichten durch Übereinkommen. So forderten die Gerichte Schöningen, Jerrheim und Vogtsdahlum gegenseitig den dritten Pfennig nicht mehr.³⁾ Der Landtagsabschied zu Alfeld von 1614⁴⁾ enthielt folgenden Abschnitt: Wenn von fremden Abhängigen Erbschaften aus dem Lande gezogen würden, sollte der dritte Pfennig nicht gefordert werden, wenn in jenem Land der Abzug des dritten Pfennigs auch nicht gebräuchlich sei. Im Jahre 1652⁵⁾ wurden Abzugsgelder und dritter Pfennig zwischen dem Wolfenbütteler und Kalenberger Lande völlig aufgehoben.

Die schwerste Reallast, die auf dem bäuerlichen Besitze ruhte, war entschieden der Zehnte. Für das Amt Wolfenbüttel habe ich aus dem Erbreghister folgende Summen gebildet, welche die Zehntfahrer den Zehntherrn zinsten. Im Gerichte Beddingen trug der Kornzehnte ein: 6 Scheffel Weizen, 444 Sch. Roggen, 107 Sch. Hafer, 161 Sch. Gerste und 151 Sch. nicht näher bezeichnetes Korn. Im Halbgericht kamen ein 6 Sch. Weizen, 322 Sch. Roggen, 38 Sch. Hafer, 16 Sch. Gerste; nicht mitgerechnet sind das zehntfreie Dorf Wendezelle, und Meerdorf, wo das Kloster Ribbargshausen den Zehnten versetzt hatte und die Inhaber ihn selbst fuhren. Im Gerichte Dahlum⁶⁾ brachte der Zehnte 50 $\frac{1}{2}$ Sch. Weizen, 208 $\frac{1}{2}$ Sch. Roggen, 163 $\frac{1}{2}$ Sch. Hafer, 46 $\frac{1}{2}$ Sch. Gerste; im Gerichte Evesen 68 $\frac{1}{2}$ Sch. Weizen, 193 Sch. Roggen, 177 Sch. Hafer, 80 Sch. Gerste; im Gerichte Schöppenstedt 48 Sch. Weizen, 230 Sch. Roggen, 225 Sch. Hafer, 158 Sch. Gerste; im Gerichte Assenburg 223 Sch. Weizen, 363 Sch.

¹⁾ cf. Kalenberger Landesordnungen, Caput VI, Nr. 1, 2.

²⁾ cf. den Vertrag von 1569, abgedruckt bei Rehtmeier a. a. O., S 991 ff.

³⁾ Geseinus a. a. O., Beilagen, S. 14.

⁴⁾ Ribbentrop a. a. O., S. 209.

⁵⁾ cf. Kalenberger Landesordnungen, Caput VI, Nr. 3.

⁶⁾ Nicht mitgerechnet sind Ober- und Niederdahlum.

Roggen, 550 Sch. Hafer, 402 $\frac{1}{2}$ Sch. Gerste. In Summa wurden also dem Bauernstande im späteren Residenzamte durch die Zehntabgabe entzogen: 402 Scheffel Weizen, 1760 $\frac{1}{2}$ Sch. Roggen, 1260 $\frac{1}{2}$ Sch. Hafer, 864 Sch. Gerste und noch 151 Sch. allerlei Korn. Nicht mitgerechnet ist dabei der Flachszehnte und der Fleischzehnte.

Die große Menge des bauerlichen Besitzes war zehntpflichtig. Welchen Umfang die Zehntfreiheiten hatten, lassen die Erbregister meist nicht erkennen, und vor allem geben sie nie die Gründe für diese Freiheit. Im Amte Schöningen¹⁾ gab es 1584 469 $\frac{1}{2}$ Hufen zehntpflichtiges und 125 Hufen 21 Morgen zehntfreies Land. Von dem zehntfreien Land gehörten 56 Hufen 8 $\frac{1}{2}$ Morgen der Feldmark der Stadt Schöningen²⁾ an und 25 Hufen 5 $\frac{1}{2}$ Morgen lagen auf der Esbecker Feldmark. Sonst kam in erster Linie Pfarr- und Kirchenacker als zehntfrei in Betracht. Im Amte Hessen³⁾ waren 1679 von 205 Hufen 26 $\frac{1}{8}$ Morgen Land nur 250 $\frac{1}{2}$ Morgen zehntfrei, also nur wenig über $\frac{1}{30}$ des Aders.

Der Fleischzehnte war in der Regel eine geringe Gelbabgabe. Jeder zehntpflichtige Nachbar gab 1 Zehnthuhn und vom Haaßen 1 Gans, außerdem wurde von Ferkelmüttern, von jedem Lamm, Fohlen und Kalbe ein unbedeutender Geldzins gegeben. Oder auch es wurde das 10. Lamm oder das 10. Ferkel in natura gegeben. Immer aber war es eine Abgabe von der Zucht; es war eine Vergütung der Bauern dafür, daß der Zehntherr Bullen und Kempen halten mußte. Wo der Zehntherr keine Zuchtstiere und Zuchteber hielt, scheint er auch nicht den Fleischzehnten bekommen zu haben.

Der Fruchtzehnte wurde in erster Linie von den 4 Hauptgetreidearten gegeben. Er wurde in natura vom Felde eingesammelt; höchst selten gab eine Dorfschaft dem Zehntherrn dafür einen Geldzins. Nur für den Flachszehnten bestand meist eine Gelbabgabe, doch kommt auch hier die Naturallieferung vor.

Karl der Große hatte nach der Unterwerfung des Sachsenlandes den Zehnten eingeführt als eine Abgabe an die Kirche. Hier hatte sich aber im Laufe der Jahrhunderte ein großer Umschwung vollzogen. Im 16. Jahrhundert gehörte der Zehnte von Neurobungen entweder dem Gerichtsherrn oder dem Grundherrn, in den meisten Fällen also dem Amte. Im übrigen waren die Zehntberechtigungen ebenso wie die grundherrlichen Rechte voll-

¹⁾ B. L. A. Amt Schöningen, Amtsregister ca. 1584.

²⁾ Die Stadt Schöningen scheint im 17. Jahrhundert mit Erfolg die Zehntfreiheit auf ihrer Feldmark ausgedehnt zu haben. B. L. A., Amt Schöningen. Acta betr. Beschreibung der Zehntäcker.

³⁾ B. L. A. Amt Hessen, Erbregister 1679.

kommen Streubefitz. Der Adel hatte durch Belehnung oder Kauf vielfach Dorfzehnte an sich gebracht, vor allem aber hatten auch hier die Stadt Braunschweig und ihre kapitalkräftigen Bürger in den benachbarten Gerichten die Zehntgerechtigkeiten in überwiegendem Maße erworben. Aber niemals fand sich die Zehntherrschaft über ein geschlossenes Gebiet, etwa über ein Gericht, in einer Hand vereinigt. Von Dorf zu Dorf wechselte die Person des Zehnherrn, ja nicht selten war in einem Dorfe der Zehnt unter mehrere Zehnherrn geteilt. Gerade dadurch, daß vielfach wüste Feldmarken zu Dörfern gelegt worden waren, wurde das Bild noch bunter.

Fürst, Adel und Klöster fuhren ihre Zehnten selbst, wenn sie in der Nähe einen Eigenbetrieb hatten. Sonst taten sie ihn gegen ein Fixum an das Dorf oder einzelne Zehntfahrer aus. Die Braunschweiger Patrizier hatten die Zehnten immer gegen einen bestimmten Zins ausgetan. Hierbei stießen wieder die Interessen der verschiedenen Machtfaktoren auf einander. Der Gegensatz, der in den Ideen des Fürsten, der Amtleute, der Zehnherrn und der Bauern bestand, führte vielfach zu Reibereien und Streitigkeiten. Der Zehnherr wollte sich volles Verfügungsrecht über seinen Zehnten wahren, ihn selbst fahren oder fahren lassen, wohin es ihm beliebte, oder ihn nach seinem freien Entschluß verdingen. Die Bauern dagegen hatten ein Interesse daran, den Zehnten in ihre Hand zu bekommen, weil die Zehntabfuhr durch den Zehnherrn ihnen äußerst lästig war, vor allem der zeitlich freien Einfuhr des Getreides Kiegel vorschoß, dagegen bei einem festen Gehing die Last mit der Quantität des Getreidebaus an Druck verlor. Der Staat, der die wirtschaftliche Kraft der Gemeinden erhalten wissen wollte, sah es ungern, wenn die Zehnherrn den Zehnten fortführten; es ging dem Dorfe das Stroh und damit die Düngkraft verloren. Andererseits aber war der Fürst bestrebt, die Zehnten in den Amtshaushalt zu ziehen, um dadurch die Amtseinnahmen zu steigern. Hier aber trat er in Gegensatz zu den Untertanen, welche fürchteten, daß wegen der Zehntfuhr ihre Dienstlasten gesteigert werden könnten. Die Amtleute endlich vertraten einerseits scharf den Standpunkt des Fürsten als Domänenbesitzers, andererseits aber setzten sie sich selbst auch gerne in den Besitz von Zehnten und mißbrauchten dann für die Einfuhr die Wochendienste der Amtsuntertanen. •

Diese verschiedenen Kräfte und Gegensätze spiegeln sich deutlich wieder in der Zehntordnung,¹⁾ welche der Herzog Heinrich d. J. 1564 erließ. Es wurde dem Gutsherrn noch frei gelassen, den Zehnten, wohin er wollte, in sein eigenes Gewahrsam zu fahren oder auf ein oder mehrere Jahre

¹⁾ Gedruckt bei Schottelius a. a. O., S. 255 ff.

zu verdingen.¹⁾ In dem freien Verding wurden ihm aber Schranken gesetzt. Allerdings wurde den Dorfschaften ein Näherrecht noch nicht zugestanden; der Zehnherr durfte den Zehnten nach seinem Willen an die Gemeinde oder an einzelne Bewohner austun. Aber einerseits durfte er die Armut nicht beschweren, sondern mußte den Zins nach dem Ausfall der Ernte gebühlich bestimmen, andererseits durfte er ihn außerhalb des Dorfes nur dann verpachten, wenn die Dorfbewohner sich zusammentaten, sich den Zehnten anmaßten, ohne den gebühlichen Zins davon zu geben. Den Vermögenden wurde verboten, bei der Verpachtung die armen, unvermögenden Bauern durch Übersetzung abzubinden. Die Amtleute und andere fremde Personen wurden von der Pacht und der Zehntfuhr ausgeschlossen. Selbstverständlich konnte ihnen nicht verboten werden, sich einen Zehnten verkaufen oder verpfänden zu lassen und denselben dann entweder selbst zu fahren oder nach ihrem Belieben zu verdingen; doch durften sie nicht die fürstlichen Dienste zur Einfuhr solcher Zehnten in Anspruch nehmen und dadurch die Armut beschweren. Die Zehnten, welche bisher auf fürstliche Ämter und Häuser gefahren worden waren, sollten auch in Zukunft dorthin gefahren werden und dem Gutsherrn der gebühliche Zins davon gegeben werden. Für den letzteren Fall setzte der Landtagsabschied von 1597, Art. 17, einen status a quo fest: Die Zehnten, welche im Jahre 1586 mindestens 30 Jahre bei einem Amte gewesen waren, durften von dem Zehnherrn dem Amte nicht wieder genommen werden.

Als die Regierung nach den Wirren des 30jährigen Krieges mit Energie an die Wiederaufrichtung des Staatsgebäudes ging, wurde auch die Zehntordnung wieder aufgefrischt. Die Verordnung von 1651 ist im wesentlichen aus denselben Gesichtspunkten heraus entstanden wie die vom Jahre 1564.

B. Dienste.

Als drückendste und schwerste Last legten sich im Laufe des 16. Jahrhunderts die Dienste allmählich auf den Bauernstand. Im Kampfe mit den Grundherrschaften ist hier der Fürst Sieger geblieben. Die Grundherrschaften waren darauf bedacht, ihre Bauern möglichst frei von Diensten zu halten, um einen desto höheren Zins von den Gütern verlangen zu können. Je mehr dagegen der Domänenbetrieb zunahm, je intensiver Bergbau, Salz- und Kohलगewinn betrieben wurden, je mehr die Holzungen des Landes der Staatskasse dienlich gemacht wurden, um so größer wurden die Forderungen, die

¹⁾ Nach dem Landtagsabschied von 1597, Art. 17, durfte er den Zehnten auch in eine eigens zu diesem Zwecke gemietete Scheuer fahren.

der Fürst an die Naturaldienste der Gerichtsuntertanen stellte. Die Amtsleute waren hier die getreuen Organe des Fürsten, die die Dienstanprüche selbst höher stellten, als es im Staatsinteresse unbedingt nötig war; freilich mißbrauchten sie auch bisweilen die fürstlichen Dienste für ihre persönlichen Angelegenheiten. Der Bauer selbst mußte sich dem fügen, was Fürst und Grundherr vereinbarten; eigenmächtiges Fernbleiben vom Dienste trug ihm nur eine Strafe ein.

Die Stadt Braunschweig hat hier am energischsten den einseitigen Standpunkt des Grundherrn vertreten und die Opposition gegen die Wünsche des Fürsten und seiner Amtsleute nicht ohne Erfolg geführt. Sie hat den „Bürgermeiern“, d. h. den Bauern, welche vom Räte, den Bürgern oder den geistlichen Korporationen der Stadt grundherrlich abhängig waren, bedeutend günstigere Dienstlasten errungen.

Als im Jahre 1416 die Herzöge Bernb und Heinrich mit der Stadt Braunschweig einen Vergleich schlossen, wurden auch die Dienste der Bürgermeier festgesetzt: Alle Dienste, welche dieselben an Vögte und Untervögte oder als Reisesuhren geleistet hatten, wurden abgeschafft; die Herzöge wollten auch kein Dienstgeld dafür fordern. In Zukunft sollte der „Buemann“ (= Ackermann) nur in der Ernte 1 Tag pflügen, einen Tag Korn, Mist oder Heu einfahren und im Jahre 8 Fuder Brenn- oder Bauholz fahren; arme Leute, welche diese Dienste nicht wohl leisten könnten, sollten von dem Vogte sanfter angefaßt werden; die Röter sollten jährlich 6 Tage dienen. Sonderfreiheiten sollten dabei bestehen bleiben.¹⁾ Die Stadt bewilligte die Dienste dem Fürsten auf 5 Jahre; man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Verträge stets erneuert und die Forderungen des Fürsten und die Zugeständnisse der Stadt allmählich etwas größer wurden. In dem Vertrage, den der Herzog 1478²⁾ mit den Prälaten, den Mannen und der Stadt Braunschweig schloß, waren die Dienste der Röter noch nicht erhöht worden. Die Ackerleute aber mußten jährlich 2 Tage in der Brache pflügen, 2 Tage in der Sommersaat und 2 Tage in der Winterfaat, 1 Tag wenden, 1 Tag roren, 1 Tag selgen, 2 Tage Mist fahren, 2 Tage Korn und 2 Tage Heu einfahren, also in Summa bereits 14 Tage dienen; außerdem mußte jeder jährlich 6 Fuder Brennholz nach Wolfenbüttel bringen. 4 Tage vorher mußten die Dienste den Bauern angefaßt werden. Der Herzog sollte mit diesen Diensten keine andere Person beehren und sie auch nicht verpfänden; wurde ein Dorf versezt, sollten die Einwohner zum Dienste an den Pfandinhaber nicht verpflichtet sein. Der Vertrag

¹⁾ cf. Geseinius II, Beilage 2.

²⁾ cf. Rehtmeier a. a. O. S. 751.

Dehr, Ländliche Verhältnisse 2c.

von 1505¹⁾ enthielt ganz genau dieselben Bestimmungen. Bis dahin waren also die Dienste ganz unbedeutend.

Herzog Heinrich der Jüngere (1514—1568) ist es gewesen, der die Dienste in größerem Umfang verlangt hat. Nach Rehtmeier²⁾ hat er 1533 zum ersten Male von den Bürgermeiern den eintägigen Wochendienst gefordert; es scheint ein Vertrag auf 6 Jahre gewesen zu sein. Als die Schmalkalbener ins Land kamen, erhielt die Stadt wieder günstigere Bedingungen; nach dem Vertrage von 1543³⁾ sollten die Ackerleute jährlich 24 Tage und die Rötter 6 Tage dienen.

Als im Jahre 1553⁴⁾ die Kriegswirren zwischen Fürst und Stadt durch Vertrag beendet wurden, war die Stadt froh, so viel zu erreichen, daß die Bürgermeister nicht mehr als einen Tag wöchentlich dienen sollten. Die Art der Dienste wurde durch die Amtleute bestimmt; diese konnten die Dienste gebrauchen, wann und wo es ihnen am bequemsten war. Die Dienste erfolgten von den Wohnhöfen. Nach dem ursprünglichen Vertragsentwurf sollten die Dienste von den Gütern geleistet werden. Die Änderung war auf Betreiben der Braunschweiger vorgenommen worden, und wir können ihre Absichten dabei erkennen: Sie vereinigten die Güter in einer Hand oder taten sie parzellenweise aus, um die Dienstpflicht zu umgehen.

Die Amtleute, die das treibende Element waren, erlaubten sich in den folgenden Jahren auch Übergriffe über diesen Vertrag und forderten die Bürgermeister in arbeitsreicher Zeit über das bewilligte Maß hinaus zum Dienste. In dem Vertrage von 1558⁵⁾ versprach der Fürst auf die Klagen der Stadt hin, den Amtleuten und Bögten bei harter Strafe zu verbieten, übermäßige Dienste von den Bürgermeiern zu verlangen. Die Amtleute sollten ausführliche Dienstregister halten und keinen mehr beschweren als den andern; vor allem sollten die Bürgermeister in den Gerichten Schöppenstedt, Lichtenberg und Gebhardshagen u. a., von denen man Dienstgeld zu nehmen pflegte, nicht mehr als 8 Tage jährlich nach altem Brauche dienen. Im folgenden Jahre⁶⁾ schon erneuerten die Braunschweiger ihre Klagen, aber allgemein, sie brachten keine tatsächlichen Einzelfälle. Der Fürst ließ zur Beruhigung die Amtleute nach Wolfenbüttel kommen und schärfte ihnen, einem jeden persönlich und vor dem großen Ausschusse der Stände, noch einmal ein, den Vertrag von 1553 zu

¹⁾ Rehtmeier a. a. O. S. 852.

²⁾ ib. S. 880.

³⁾ cf. Br. St. A. Abt. VII, Schmalkalb. Bund, Band 27, fol. 63 ff.

⁴⁾ cf. Rehtmeier S. 924 ff.

⁵⁾ Rehtmeier a. a. O. S. 937.

⁶⁾ cf. Rehtmeier a. a. O. S. 938.

halten und genaue besondere Dienstregister über die Bürgermeier zu führen. Übertreter dieses Verbotes versprach er als eidvergeffene Knechte zu strafen.

Der Gegensatz zwischen den Amtleuten und der Stadt blieb bestehen; der Vertrag von 1569¹⁾ läßt uns auch den Grund und Gegenstand des Zwistes erkennen. Die Amtleute hatten, seit sie von den eigentlichen Höfen nur den eintägigen Wochendienst fordern durften, auf die Nebengüter übermäßige Dienste gelegt. In dem Vertrage von 1569 wurde der Grundsatz durchaus anerkannt, daß von diesen Nebengütern Dienste geleistet werden mußten; es wurde den Bürgermeiern nur zugestanden, diese Güter ohne Unterschied, ob es Erb- oder Pachtgüter waren, zu verlasseln, zu verkaufen oder anderen zu vermieten; behielten sie die Äcker, mußten sie auch den Dienst davon tun.

Im folgenden Jahre kam dann noch ein Gegensatz zum Austrag, wurde noch eine Unklarheit gelöst. Man stritt sich über den Begriff „Bürgermeier“. Die Amtleute²⁾ wollten darunter nur die Äckerleute verstanden wissen und forderten die Braunschweiger Rotsassen wie andere Rötter 2 Tage zum Dienste; die Braunschweiger faßten den Begriff als ein genus, dessen species die verschiedenen Bauernklassen seien. Die fürstlichen Räte brachten die Angelegenheit vor den Herzog, und dieser entschied im Sinne der Braunschweiger. Diese Entscheidung scheint allerdings keine endgiltige gewesen zu sein. In den Erbregeistern werden Rotsassen nie als Bürgermeier bezeichnet, und nie wird von ihnen überliefert, daß sie nur 1 Tag dienten.

Bis zum Jahre 1645 hat die Stadt diese Vorrechte für die Bürgermeier gewahrt, in dem Vertrage von 1615³⁾ waren sie ausdrücklich bestätigt worden. Im Jahre 1645⁴⁾ verfügte eine herzogliche Verordnung, daß die Bürgermeier den zweitägigen Wochendienst tun sollten; 1660⁴⁾ wurde die Verordnung erneuert. Die Stadt hat sich lange gesträubt, diese Tatsachen anzuerkennen. Noch im Jahre 1702, also 30 Jahre nach der endgiltigen Unterwerfung unter die Landesherrschaft brachte sie auf dem Landtage Beschwerden über den zweitägigen Dienst vor. Aber der Landtag schenkte ihren Klagen kein Gehör und erkannte die Verordnungen von 1645 und 1660 als zu Recht bestehend an.

Bei den übrigen Bauern hat sich dieselbe Entwicklung schneller und nicht unter so starkem Widerstreben der Grundherrschaft vollzogen. Die Abtinen und Klöster hatten selbst Eigenbetriebe, für die sie bäuerliche

¹⁾ Abgedruckt bei Rehtmeier a. a. O. S. 991 ff.

²⁾ cf. Rehtmeier a. a. O.

³⁾ cf. Rehtmeier a. a. O.

⁴⁾ cf. Gejenius II, S. 63.

Dienste nötig hatten. Die Verträge von 1478 und 1505 beschwerten für das Amt Wolfenbüttel die Leute der Prälaten und des Adels nicht mehr als die Bürgermeier. Um die Mitte des Jahrhunderts waren die Dienste in den einzelnen Gerichten verschieden:¹⁾ In den Ämtern Schöningen, Wolfenbüttel, Lichtenberg, Steinbrück bestand schon damals der zweitägige Wochen dienst. Im Amte Wolfenbüttel wurden die Bauern in der Ernte auch mehr als 2 Tage zu Dienste gefordert, ebenso im Amte Schöningen. Im Amte Winzenburg dienten die Bauern in der Ernte 2 Tage, sonst nur 1 Tag wöchentlich. In den Ämtern Bolzenberg, Fürstenberg und Wickenfen waren die Bauern wöchentlich 1 Tag dienstpflchtig. In Holzminden mußten die Ackerleute der Stadt den Amtsacker bestellen und einernten, außerdem jeder Ackermann 2 Fuder und jeder Halbspänner 1 Fuder Holz fahren.

Allmählich wurde der zweitägige Wochen dienst allgemeiner. Die Stände haben sich allerdings lange geweigert, dies als Recht anzuerkennen. Noch 1571 erklärte der Ausschuß in den Verhandlungen mit dem Fürsten über die allgemeinen Gravamina²⁾: sie könnten sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Fürst den zweitägigen Dienst als ordinär und aufgeerbet bezeichnede. Aus alten Reversen gehe ausdrücklich hervor, daß in den Herzogtümern keine Dienste üblich gewesen, sondern nur zeitweise auf Bitten des Fürsten von den Ständen bewilligt worden seien. Diese Dienste seien in verruchten Zeiten mehr mit Zwang als mit Willen kontinuirt worden. Ein Tag Wochen dienst genüge. Darüber dürften Ackermann und Köter nicht beschwert werden. Auf keinen Fall aber dürften die Untertanen mehr als 2 Tage belastet werden, und in der Ernte müsse ihnen Zeit gelassen werden zum Bestellen des Ahrigen. Ein endgiltiger, fester Zustand wurde auch hier erst durch den Landtagsabschied von 1597, Art. 1 geschaffen. Die Untertanen sollten nicht mehr und nicht minder als 2 Tage wöchentlich dienen und nicht daneben noch Dienstgeld geben.

Der Adel hatte es natürlich verstanden, seine Leute vielfach vom ordinären Dienst an das Amt freizuhalten und sie höchstens mit einigen Dienstagen in der Ernte oder zur Burgfeste zu beschweren. Er beanspruchte die Dienstkraft seiner Leute selbst. Auf welche Weise sich hier das ganze Dienstverhältnis herausgebildet hat, vermag ich nicht zu beurteilen. Ob der Adel in den Junkerbörfen die Dienste nach freiem Belieben festgesetzt hat, ob er dabei an die Zustimmung des Fürsten gebunden

¹⁾ cf. für das Folgende die Beschreibung der Schmalkalbener. Br. St. A., Abt. VII, Band 26/7.

²⁾ cf. Kleinschmidt, S. 221 ff.

war und wie weit, in welchem Maße die Dienste an die Adligen auf fürstlichen Gnadenverschreibungen beruhen, ließ sich nicht entscheiden, darüber schweigen die mir bekannt gewordenen Akten. Den eigenen Meiern gegenüber konnte sich das Dienstverhältnis auf dem Wege der Gewohnheit allmählich ausbilden. Sobald aber andere Grundherrschaften in seinem Dorfe berechtigt waren, mußte der Junker doch wohl mit diesen einen Vertrag zu erreichen suchen. Aber auf welche Weise die Dienste hier auch immer entstanden sein mögen, an Umfang standen sie nicht hinter den Amtsdiensten zurück. Die Amtleute antworteten auf die Beschwerden der Stände 1571,¹⁾ daß diese ihre Untertanen mindestens ebenso sehr beschwerten. Und im Dorfe Sambleben²⁾ hatte sich 1584 das ganze Dienstverhältnis schon viel weiter ausgebildet als in den Amtsdörfern. Hier mußten die Rötter trotz ihres ganz geringen Besitzes 2 Tage dienen, außerdem mußten Kleinkötter und Häuslinge auch bereits 1 Tag wöchentlich Naturaldienste leisten, während z. B. im Amte Wolfenbüttel 1575/6 die Häuslinge nur ein mäßiges Dienstgeld zahlten und der Landtagsabschied von 1597 ihre Dienstpflicht garnicht erwähnt.

Im allgemeinen wurden die Dienste nur selten an den Grundherrschaften geleistet. Wo der Adlige die Dienste der Bauern genoß, war er in der Regel auch Gerichtsherr. Die Dienste tragen einen öffentlich rechtlichen Charakter. Nur in Gerichten, wo viele adlige Sitze oder Klosterwirtschaften in der Nähe waren, haben die Klöster und Ritter die Dienste ihrer Bauern auch in den Amtsdörfern in größerem Maße behauptet, wie z. B. in Schöningen, Königslutter, Winzenburg und Wolfenbüttel.

Als Fürst und Amtleute einsehen mußten, daß eine weitere Steigerung des ordinären Wochendienstes an dem energischen Widerstande der Landstände scheitern würde, gingen sie dazu über, die extraordinären Dienste allmählich zu steigern und so den Bauern unter anderen Namen neue Bürden aufzuladen. Die Opposition der Stände von 1570—1597³⁾ richtete sich nicht in erster Linie gegen den zweitägigen Herrendienst, sondern gegen die neuen Beschwerden durch Burgfeste, Kohlen-, Wäsen- und Salzfuhrn, gegen die übermäßigen Jagddienste und das neu eingeführte Jägergeld, gegen Festungsbaudienste und Grabengelder.

Die Burgfestsdienste waren althergebrachte Dienste, wozu auch die sonst dienstfreien Bauern und die dem Adel oder Klöstern vom Fürsten verliehenen Dienstleute in der Regel verpflichtet waren. Sie bezweckten die

1) cf. B. L. A. Landschaftliche Sachen. Gravamina.

2) cf. B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Asseburger Erbrechtregister 1569: Haus Sambleben.

3) cf. B. L. A. Landschaftliche Sachen. Summarischer Extrakt der Beschwerden zc. 1570.

Instandhaltung der fürstlichen Burgen, mußten also während der langen Friedenszeit ihre ursprüngliche Bedeutung verlieren und wurden vielfach zu anderer Arbeit, besonders zu Reisefuhren verwendet. Der Landtagsabschied von 1597¹⁾ bestimmte, daß sie nicht in größerem Maße gefordert werden sollten als sie 1586 seit 30 Jahren in Gebrauch gewesen waren. Die Wasen-, Kohlen- und Salzfuhrn²⁾ waren keine neue dem Bauernstande aufgebürdete Dienstpflicht, sie wurden entweder an dem gewöhnlichen Wochendienste abgerechnet oder verlohnt. Aber insofern waren sie doch drückend, als der Lohn nicht sehr hoch war, die Bauern sich den Fuhren nicht leicht entziehen und deswegen gewinnreichere Lohnfuhrn nicht übernehmen konnten; auch bestand die Gefahr, daß sie nicht Zeit hatten, ihren eigenen Acker zu bestellen.

Das Järgergeld war keine allgemeine Auflage, sondern wurde nur in einigen Ortschaften anstatt der Jägerzehrung und Jägerfronden gegeben. Nach dem Salzdhallumer Landtagsabschied von 1597 durften diese Abgaben sowie nur die 1586 seit 30 Jahren bestehenden Jagdfronden gefordert werden. Durch denselben Abschied wurde auch bestimmt, daß Leinwandmachen, Spinnen und Botendienste an dem gewöhnlichen Wochendienste abgerechnet werden mußten. Auch die Tagewachten auf den fürstlichen Häusern und Vorwerken wurde völlig abgeschafft.

Wegen des Festungsbaus zu Wolfenbüttel brauchte der Herzog Julius neue Dienste, und so ließ er von den Untertanen 4 Bitttage fordern. Der Landtagsabschied von 1597 schaffte diese Dienste ab. Wider ihren Willen durften die Baudienste den Bauern nicht mehr aufgebürdet werden. Aber es wurde dem Fürsten zugestanden, für die Zeit des Festungsbaus im Sommer 6 Monate lang monatlich vom Ackermann 2 Groschen, vom Halbspänner, vom Rötter 1 Groschen und vom Häusling 1 Mattier (= $\frac{1}{2}$ Groschen) zu fordern.

Neben diesem erfolglosen Streben des Fürsten und seiner Beamten, neue Dienste zu erhalten, geht eine andere erfolgreichere Tendenz, die darauf hienzielte, die dienstfreien Ackerleute mehr heranzuziehen. Die Adligen beklagten sich 1570 vielfach darüber, daß ihre freien Meier schwerere Dienste leisten mußten, und im Wolfenbütteler Erbregister findet sich bisweilen die Bemerkung, daß ein Hof früher dienstfrei gewesen sei.

Herzog Julius hätte gern die wöchentlichen Dienste der Bauern gemildert, aber bei seiner regen Verwaltungs- und Wirtschaftstätigkeit konnte er es nicht tun, ohne Ersatz dafür zu haben. So kam er denn auf den

¹⁾ Art. 2.

²⁾ cf. Landtagsabschied von 1597, Art. 3, 4.

Gedanken,¹⁾ die Oker für die Schifffahrt zuzurichten und alles Holz und Baumaterialien zu Wasser zur Residenz zu schaffen. Es wurden dadurch den Bauern die so beschwerlichen Reisesuhren vom Harze abgenommen. Statt der nicht geleisteten Dienste sollten dann die Bauern ein billiges Dienstgeld, das Schiff- oder Floßgeld, geben.²⁾ Die Idee wurde vom Fürsten auch einige Jahre in die Tat umgesetzt, aber wegen des Widerspruchs der Stände, die das Schiff- und Floßgeld als neue Auflage auf ihre Bauern hielten, und besonders an dem Gegensatz der Stadt Braunschweig, welche Sorge trug für ihren Handel, scheiterte das Unternehmen.

Der Herzog war auch sonst bedacht, die Dienstaft den Bauern zum Teil abzunehmen. So ließ er sich von den Klöstern 14 Klosterwagen zu Reisesuhren bewilligen und wollte 20 Gespanne auf seine eigene Kosten halten.

Am Schluffe des Jahrhunderts brach sich dann schüchtern die Ansicht Bahn von dem Unwerte der bäuerlichen Dienste. In der Schrift Algermanns über den Bauernstand kamen diese Ideen zum Ausdruck: Vom Herrn mußten unverhältnismäßig hohe Unkosten auf die Dienste verwandt werden, die den Wert sehr herabsetzen. Der Bauer aber müsse deswegen 4 Pferde anspannen, Gesinde und Geschirr darauf halten und bliebe dann doch noch in den bösen, tiefen Wegen stecken. Dem Fürsten würde damit wenig geholfen. Algermann hat auch einen Blick für die eigentlichen Mängel und Ungerechtigkeiten der Dienstverfassung. Wegen der großen Besitzdifferenzen innerhalb der einzelnen Bauernklassen belasteten die Dienste die Einzelnen sehr ungleich. Mancher Aderrmann hatte doppelten Besitz und wurde doch nicht höher belastet als ein Aderrmann mit geringerem Besitz. Mancher Halbspanner mußte mit den Pferden dienen, während im Dorfe Rüter oft einen größeren Besitz hatten. Dazu hatten die Vögte die Leute in ihrer Hand, die hier ihre persönlichen Gefühle nicht zurückstellten. Hatten sie gegen jemand Abneigung und Haß gefaßt, so bürdeten sie ihm die schwersten Reisesuhren nach dem Harze, nach Celle usw. auf; wem sie wohl wollten, den übersahen sie ganz. Es waren Gedanken, welche die Umwandlung der Naturaldienste in ein festes Dienstgeld nahelegten.

Die Idee, statt des Naturaldienstes Dienstgeld zu nehmen, war das ganze Jahrhundert hindurch lebendig gewesen. Herzog Heinrich der Jüngere hatte in den Jahren 1531—1540 in vielen Ämtern Dienstgeld erhoben.

¹⁾ cf. Algermann, Lebensbeschreibung des Herzogs Julius und danach Rehtmeier a. a. O. S. 1921.

²⁾ Algermann, der in seiner Schrift über den Bauernstand als warmer Fürsprecher dieses Gedankens auftritt, schlägt vor, für jedes Dienstuhr 6 Gr. zu nehmen und berechnet daraus eine jährliche Einnahme von 1530 Gulden.

Der Adermann zahlte von der Hufe 2 Gulden, jeder Kötter von der Rotstelle $1\frac{1}{2}$ Gulden und außerdem von jeder Hufe Landes 2 Gulden.¹⁾ Die Schmalkaldener, welche das gesamte Domänen- und Klostergut verpachten wollten, wollten auch das Dienstgeld auf das ganze Land ausdehnen. Später aber brauchten die Herzöge die Naturaldienste; Dienstgeld gaben nur die Bauern, deren Dienst sich wegen zu großer Entfernung nicht rentierte, so z. B. im Amte Wolfenbüttel 1575 das Gericht Schöppenstedt.²⁾ Außerdem gaben die unvermögenden franken und armen Leute, müßte Höfe und Häuslinge ein mäßiges Dienstgeld.

Die Stadt Braunschweig ging dann in ihren Gerichten zuerst dazu über, Dienstgeld von den Untertanen zu verlangen. Die Amtsuntertanen der Stadt waren nie derartig durch Dienste beschwert worden wie die Landesuntertanen. Sie hatte keine ländliche Eigenbetriebe und brauchte die Naturaldienste nur für Holzfuhrn und während der Heuernte zum Einfahren des Heues von den Wiesen, welche die Stadt sich in den Ämtern vorbehalten hatte. Im Gerichte Affeburg³⁾ waren die Dienste bedeutend geringer als im Amte Wolfenbüttel. In Beßelde⁴⁾ waren die Bewohner nur jährlich zu 16 Tagen Dienst verpflichtet. Im Jahre 1584 erscheint zum erstenmale in den Burgamtsrechnungen durchgehends das Dienstgeld. Der Maßstab war nicht gerade gerecht, die Höhe wurde durch die Zugehörigkeit zu einer der Bauernklassen bestimmt. Der Adermann zahlte jährlich 26 Gulden, der Halbspänner 13 Gulden, der Kötter 6 Gulden 10 Gr., der Häusling in der Regel 3 Gulden 5 Gr. Für den Bauern war dies feste Dienstgeld eine große Erleichterung. Schon im Jahre 1586 wollte die Stadt die Naturaldienste wieder einführen. Aber auf das dringende Ansuchen der Bewohner ließen sie diese noch eine Zeitlang beim Dienstgelde. Gerne gestanden diese dem Räte noch einige Spanndienste zu;⁵⁾ der Adermann sollte 4 Tage, der Halbspänner 2 Tage mit dem Wagen dienen, damit der Rat seine Holz- und Grasfuhrn innerhalb des Burgamtes erledigen konnte. Und als im Anfang des 17. Jahrhunderts die Stadt auf dem Landgericht das Dienstgeld aufkündigte, weil sie die Naturaldienste für den Festungsbau haben wollte, baten die Bewohner des Eichgerichtes wieder dringend, sie beim Dienstgeld zu lassen⁶⁾ und verpflichteten sich gerne, dem Räte 1—3 Tage jährlich beim Festungsbau zu dienen.

¹⁾ Br. St. A., Abt. VII, Bb. 26/27.

²⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel: Geld- und Kornrechnung 1575.

³⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Affeburger Erbgeregister 1569.

⁴⁾ Br. St. A., Abt. II, § 7: Burgamtsrechnungen.

⁵⁾ B. L. A. Amtsbuch Eichgericht 1584/95, Nr. 28.

⁶⁾ ib. Amtsbuch 1603/12, Nr. 177, 184.

Die Dienstfronden haben im Laufe des 16. Jahrhunderts den Bauernstand allmählich stärker belastet, sie haben sich aber nicht so ungünstig für ihn entwickelt, wie östlich der Elbe, wo mit Ausbildung der Gutsherrschaft die schweren Frondienste an den Gutsherrn und der Gesindezwangsdienst eingeführt wurden, wo der Bauer nicht in erster Linie Pächterinhaber von Grund und Boden, sondern Fronarbeiter der Gutsherrn war. Außerdem waren in Braunschweig die Dienste öffentlich-rechtlicher Natur, sie wurden in der Regel an den Landesherrn geleistet; sie konnten vom Bauernstande wohl getragen werden, solange die Steuerkraft noch nicht stark in Anspruch genommen wurde.

C. Steuern.

Die Kommunallasten waren im 16. Jahrhundert noch ganz bedeutungslos, sie bestanden wohl nur in geringen Naturalleistungen. Pfarrer und Küster (Oppermann) waren mit Land ausgestattet; sie hatten außerdem nur einen oder mehrere Umgänge im Dorfe, wobei die Dorfnachbarn ihnen ein bestimmtes, geringes Quantum Korn, Eier, Würste oder Brot geben mußten, dazu noch den Bierzeitenpfennig.¹⁾ Die Dorfbewohner waren ihnen nicht zu Hand- oder Spanndiensten bei der Bestellung ihres Ackers verpflichtet. Die Kirche war meist auch mit Land ausgestattet; ihr Besitz wurde durch die „Oberleute“ verwaltet; von dem Reinertrage wurde das Gotteshaus in Bau und Besserung gehalten. Am Schlusse des Jahrhunderts kam allmählich die Sorge für das Schulwesen, die Sorge für Schulgebäude hinzu. Von einer pekuniären Belastung durch Armenpflege und Instandhaltung von Wegen und Stegen melden die Erbregister nichts.²⁾ Die Bauermeister scheinen kein Gehalt bezogen zu haben; es scheint allgemein ein Ehrenamt gewesen zu sein, das wohl im Reihedienst umging. Aber die Dorfschirten, die in der Regel im Gemeindehause wohnten, erhielten ihren Lohn. Sie bekamen von jedem Stück Vieh eine kleine Abgabe.³⁾ Dem Dorfschäfer wurde auch wohl von der Gemeinde eine bestimmte Anzahl Schafe in der Schatzung frei gehalten. Bisweilen hatten die Schirten einen Umgang im Dorfe, und stets hatten sie Anteil an der Gemeinemarkt. Die Gemeinden hatten bisweilen aber auch

¹⁾ cf. Kaiser a. a. O. B. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566 (?). Gericht Affeburg, Erbregister 1569 zc.

²⁾ Siehe Kap. IV: Verwaltung.

³⁾ cf. B. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566 (?), besonders Gericht Schöppenstedt. Oft gab es für Kühe, Schafe und Schweine nur einen Schirten.

Gemeindegüter, von deren Zinserträgen sie die Ausgaben zum Teil bestreiten konnten.

Unter den Reichssteuern ist hauptsächlich die Türkensteuer zu nennen, die im 16. Jahrhundert ja wiederholt auf den Reichstagen beschlossen wurde. Der Anschlag für die Türkensteuer legte auf Klöster, Städte, Adlige und Ämter feste Taxen. Nach dem Anschlage von 1557¹⁾ zahlten damals:

Die Klöster	2570 Taler
Die Städte	4500 „ ²⁾
Beschloßte und Adel	2080 „
Untertanen	3108 „
Summa	12258 Taler.

Die Türkensteuer sollte eine Vermögenssteuer³⁾ sein, die alles bewegliche und unbewegliche Gut traf. Deshalb wurden hier in erster Linie die Eigentümer, nicht die Besitzer betroffen. Die Gerichtsuntertanen wurden nicht ungerecht belastet, vielmehr klagten auf den Landtagen die Prälaten, Ritter und Städte, daß sie übermäßig veranlagt wären. Im Jahre 1569 wurde beschlossen, daß die armen Leute, die Meier und Rötter wegen ihrer offenbaren Armut mit der Türkensteuer übersehen werden sollten.

Ueber die Türkensteuer wurde im 16. Jahrhundert vielfach gestritten. Die Stadt Braunschweig weigerte sich beständig zur Beisteuer, sie erklärte die Türkensteuer für eine Personallast des Fürsten, die dieser nicht auf die Untertanen abwälzen dürfe.⁴⁾ Die Vertreter des Fürsten antworteten, daß es ein servitium patrimoniale sei, welches nicht auf die Fürsten, sondern auf die Untertanen gelegt würde; die Stadt müsse ebenso wie alle andern Untertanen contribuieren. Es ist wohl beinahe überflüssig hinzuzufügen, daß der Fürst mit seiner Ansicht den Sieg behauptete.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war die Last der Türkensteuer nicht sehr groß. Die Fürsten kümmerten sich nicht darum, daß sie richtig eingetrieben wurde. Die Untertanen nahmen die Einschätzung selbst vor und jeder warf seine Anlage in die dazu aufgestellten Truhen.⁵⁾

¹⁾ Br. St. A. Landtschaftliche und Steuerfachen, Vol. I, fol. 261 ff.

²⁾ Davon die Stadt Braunschweig 3000 Taler.

³⁾ cf. den Anschlag von 1541 bei Ribbentrop a. a. O., Nr. 15, 19.

⁴⁾ cf. Br. St. A. Landtschaftliche und Steuerfachen, Vol. I, besonders fol. 237 ff.
Acta 5./6. Juni 1566.

⁵⁾ Ribbentrop a. a. O., Nr. 15.

Später wuchs diese Last, besonders unter Heinrich Julius, für den die Reichspolitik im Vordergrund des Interesses stand.

Unter ihm wurden auch die Kreissteuern öfter beschlossen, deren Bezahlung dann durch die Stände übernommen wurde.¹⁾

Die Kommunallasten und auch die Reichssteuern, wenn diese auch nicht immer leichtens Herzens getragen worden sein mögen, verlieren völlig an Bedeutung vor den stetig wachsenden und allmählich dauernd erhobenen Staatssteuern, die der Territorialstaat im Laufe des 16. Jahrhunderts zur Erfüllung der zunehmenden Staatsaufgaben auf die Untertanen legen mußte.

In früheren Jahrhunderten hatte es keine feste Staatssteuern gegeben. Die Untertanen sorgten für den Unterhalt des Hofes; sie fütterten des Fürsten Pferde, hielten für ihn in den Dörfern Schweine und Kühe. Diese persönlichen Leistungen an den Fürsten wurden schon am Anfang des 15. Jahrhunderts abgeschafft.²⁾ Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde den Bauern eine ähnliche Verpflichtung zur Naturalverpflegung des herzoglichen Hofes wieder aufgebürdet. Dies war der Küchentermin. Nach der Unterbeschreibung der Schmalkaldener gaben die Hauswirte im Amte Wolfenbüttel schon 1546 ein Pantaleonshuhn und 6 Eier, nach dem Erbregister des Amtes von 1566 (?) wurden vom Adermann jährlich dreimal 1 Huhn und 6 Eier gefordert und vom Rötter die Hälfte. Im Amte Winzenburg³⁾ gab jede Dorfschaft 2 Schock Eier jährlich an den Fürsten. Im Amte Lichtenberg mußte jeder Adermann 30 und jeder Rötter 15 Eier geben, wenn diese gefordert wurden; hier wird dieser Zins ausdrücklich als ein neuer Aufsatz⁴⁾ bezeichnet. In den Landtagsverhandlungen spielen die Klagen über den Küchentermin eine gewisse Rolle. Die Landstände malten die Bedrückung des Bauernstandes durch diese Auflage in schwarzen Farben und verlangten Abschaffung. Vielleicht haben die Amtleute die Forderungen oft zu steigern gesucht, aber sicher sind die Klagen der Stände auch übertrieben. Der Landtagsabschied von 1597 bestimmte die Höhe auch hier auf das herkömmliche Maß.

Die älteste Landessteuer war im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel wie in andern Ländern die Bede. Ursprünglich hatte die Bede oder der Schoß den Charakter einer freiwilligen Abgabe gehabt. Sie war von den Grundherrn dem Fürsten immer für besondere Staatszwecke, besonders zur

¹⁾ Ribbentrop a. a. O.

²⁾ cf. Vergleich der Herzöge Bernd und Heinrich mit Braunschweig 1416 bei Geseinius II, Beilage 2.

³⁾ Br. St. N. Abt. VII, Bd. 27, fol. 245.

⁴⁾ ib. fol. 217.

Abzahlung von Schulden, auf wenige Jahre bewilligt worden. Die Bedeverträge¹⁾ waren entweder mit den verschiedenen Grundherrn (Ständen) gesondert geschlossen worden oder mit den Grundherrn eines bestimmten Gerichtes. Im 16. Jahrhundert waren die Beden zu einer festen Abgabe, zu einer ständigen Amtseinnahme geworden.

Aber die verschiedene Entstehungsweise begründete große lokale Differenzen. Es gab kein einheitliches System der Erhebung; viele Dörfer waren von der Bedepflicht frei; in den verschiedenen Ämtern gab es ganz verschiedene Beden. Am verbreitetsten waren die Herbst- und Maibede und das Ruhgeld. Die Bede war in der Regel in festen Tagen auf die einzelnen Dörfer verteilt. Als sie eingeführt worden war, war sie eine Naturalabgabe; nach seiner Größe mußte jedes Dorf jährlich dem Fürsten eine oder mehrere Rüge und ein bestimmtes Maß Korn geben.²⁾ Diese Abgabe war mit der Zeit in eine feste Geldtage verwandelt worden, deren Verteilung auf die einzelnen Dorfbewohner der Gemeinde überlassen blieb.

Als fester Geldzins verlor die Bede im 16. Jahrhundert mit der Entwertung des Geldes ihre Bedeutung. Und die Ungleichheiten der Verteilung auf die einzelnen Ämter scheinen nicht mehr empfunden worden zu sein. Im Weserbistricke³⁾ waren die Bedeabgaben ganz bedeutungslos, in der Nähe der Residenz dagegen, wie z. B. im Amte Lichtenberg und Wolfenbüttel, konnten sie noch immerhin als erhebliche Last angesehen werden. Im Amte Lichtenberg⁴⁾ brachte die Herbstbede, die einzige Bede, welche in den Rechnungen der Schmalkaldener genannt wird, jährlich 189 Gld. 15 Gr. ein, im Amte Wolfenbüttel⁵⁾ Herbst- und Maibede und Fettekuhgeld zusammen 414 Gld. 6 Gr. 3 Pfg. Im Amte Schöningen wiederum war der Schoß eine geringfügige Abgabe. Klagen über die Last der Beden mußten verstummen in dem Augenblicke, wo der Staat neue Steuern eingeführt hatte.

Den Anforderungen, welche die Kriege um die Wende des 15. Jahrhunderts und die wachsenden Verwaltungsaufgaben an die Finanzen des Fürsten stellten, konnten die unbedeutenden Beden nicht mehr genügen. Der Fürst mußte die Finanzkraft des Landes stärker in Anspruch nehmen. Die neu aufkommenden Schatzungen⁶⁾ wurden bis zur Mitte des 16. Jahr-

¹⁾ cf. die verschiedenen Bedeverträge bei Rehtmeier a. a. O.

²⁾ cf. Bedeverträge bei Rehtmeier S. 751, 857.

³⁾ cf. Br. St. A. Abt VII, Bd. 26.

⁴⁾ Br. St. A. Abt VII, Bd. 27, fol. 212.

⁵⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel. cf. Amtsrechnung 1575/6, 1587/8, 1591/2.

⁶⁾ Der Name Schatzung findet sich schon in dem Verträge von 1505, Rehtmeier a. a. O., S. 850/1.

hundreds sehr unregelmäßig erhoben und zeigten den verschiedensten Charakter; sie verleugneten das Merkmal einer außerordentlichen Beihilfe durchaus nicht.

Die erste feste Steuer war der Landschatz, der nur die Bauern traf und auf jedes Dorf eine gewisse Tare legte. Die Grundherrschaften hielten sich selbst anfangs noch von der Beschätzung frei. Im Jahre 1524¹⁾, nach Schluß der Hilbesheimer Stiftsfehde ließ sich der Herzog Heinrich der Jüngere unter dem Drucke der Kriegsschulden einen Hufenschatz auf 3 Jahre von den Ständen bewilligen: Von jeder Hufe Landes sollte der Grundherr 2 rheinische Goldgulden, von jedem Zehnten den 3. Pfg. geben; alle Gutsherrschaften, weltliche und geistliche, sollten zur Zahlung verpflichtet sein. Aber dies ist auch der einzige Fall aus dem 16. Jahrhundert, daß ein allgemeiner Hufenschatz erhoben wurde, der die Eigentümer des Landes und nicht die Bauern belastete. Der Herzog Heinrich führte aber bald neue Schätzungen ein, den Scheffelschatz und den Schaffschatz. Wann diese Schätzungen zum erstenmale erhoben worden sind, ließ sich nicht sicher feststellen. Nach Rehtmeier²⁾ wurde der Scheffelschatz zum erstenmale 1533 gezahlt. Die Schmalkaldener erhoben während der Okkupationzeit 1546 einen doppelten Landschatz, den ihnen die Stände des Fürstentums nach langem Widerstreben bewilligt hatten. Nachdem der Friede wiederhergestellt war, begann der Herzog auch die übrigen Schätzungen, Scheffelschatz und Schaffschatz, schärfer auszubilden.

Durch die Schätzordnung, welche er 1557 mit einhelligem Räte des Landschaftsausschusses an die Amtleute erließ, schuf Heinrich der Jüngere dann endlich einen festen Modus, der für die zweite Hälfte des Jahrhunderts seine Gültigkeit behauptet hat, wie die erhaltenen Schätzrechnungen beweisen.

Um für den Scheffelschatz eine gleichmäßige Verteilung und gerechte, gewissenhafte Erhebung durchzuführen, sollte der Amtmann alljährlich dem Rentmeister ein genaues Register einreichen über die Zehnten, Pfarr- und Kirchenland und über alle Meier- und Rothöfe und den Betrag ihrer Zinse. Die Prälaten, Klöster und Städte hatten sich durch eine feste Tare für die eigenen Güter vom Scheffelschatz befreit; sie zahlten nur von den Gütern, die sie pfandsweise inne hatten. Von den Gütern ausländischer Stifter, Prälaten und Städte sollte der Schatz durchaus genommen werden. Die inländischen Pfarr- und Kirchengüter waren nur dann schatzfrei, wenn der Pfarrer sie selbst bewirtschaftete; von den Pfennigzinse sollte in jedem Falle der dritte Pfennig genommen werden. Die adligen Lehnsleute sollten

¹⁾ Ribbentrop a. a. O., Nr. 13.

²⁾ a. a. O., S. 880.

von Zehnten und Zinsen durchaus den Schatz geben, nur waren sie wegen des Rossdienstes mit dem Haferzins frei und mit den Gütern, die sie in Eigenwirtschaft hatten. Die Untertanen, welche den Landschatz gaben, waren mit ihren Erb- und Lehnsgütern vom Schöffelschatz frei; nur von Gütern, die sie gegen einen Pfandschilling inne hatten, mußten sie ihn erlegen. Mühlen-, Teich-, Krug- und Wasserzinse waren ganz frei vom Schatz.

Zum Schaffschatz sollten Schafmeister und Schafknechte für jedes Stück 2 Groschen, die Bauern 1 Groschen geben. Frei sollten nur die Junker und Prälaten mit den eigenen Schafen sein, ihre Schafmeister und Schafknechte sollten den Schaffschatz durchaus erlegen.

Die Verordnung ließ für den Landschatz die von altersher geltigen Dorfzaren bestehen. Wie der Landschatz von den einzelnen Gemeinden auf die Nachbarn verteilt worden ist, darüber fehlen die Nachrichten. Vielleicht wurde er nach einem ähnlichen Maßstab eingesammelt wie von den Freien zu Woltorf, die besonders veranlagt waren.¹⁾ Sie verschätzten 1575 ein Pferd, eine Kuh oder einen Morgen Roggen mit 3 Pfennig, 1 Morgen Hafer mit 2 Pfennig, je 4 Häupter Kleinvieh (Schweine, Schafe, Lämmer, Kälber, Fohlen) mit 3 Pfennig; zum Schaffschatz gaben sie damals vom Haupte 3 Pfennig. Hiernach zu urteilen, war der Landschatz eine direkte Steuer, welche das bebaute Ackerland und den Viehbesitz traf.

Neben diesen direkten Steuern gab es um die Mitte des 16. Jahrhunderts auch eine ständige indirekte Steuer, die Bieraccise. Sie reicht mit ihren Anfängen in das 15. Jahrhundert zurück. Im Jahre 1498 bewilligte die Landschaft dem Herzog Heinrich dem Älteren auf 9 Jahre eine neue Bieraccise auf alles ins Land geführte und versellte Bier.²⁾ Im Jahre 1505 verzichtete der Herzog wieder auf die Bierziese.³⁾ Nach Rehtmeier hat Herzog Heinrich der Jüngere 1533 zum erstenmale die Bieraccise wieder gefordert von den Bürgermeiern.⁴⁾ In der Schatzordnung von 1557 wurde die Höhe der Accise bestimmt und ihre Erhebung genau geregelt. Damals wurde von jedem Faß Bier, das in den kleinen Städten und auf den Dörfern gebraut und gesellt wurde, $\frac{1}{2}$ Gulden = 10 Mariengroschen gegeben; vom Faß fremden Bieres sollten auch 10 Groschen, von einem Stübchen Wein 1 Groschen, vom Ohm Wein 2 Gulden gegeben werden. Ausgenommen von der Bieraccise war nur das Bier, welches Prälaten und Edelleute zur eigenen Haushaltung und was die armen Leute in ihren Häusern an Rovent und leichtem

¹⁾ B. v. A. Amt Wolfenbüttel: Amts- u. Geldrechnung 1575/76.

²⁾ cf. Havemann III, S. 135/6.

³⁾ cf. Rehtmeier a. a. O., S. 851.

⁴⁾ Rehtmeier a. a. O., S. 880.

Getränk brauen ließen. Die Schatzordnung ordnete hauptsächlich eine genaue Aufsicht an, damit die Accise ordentlich einkommen, kein Abbruch, Untreue und Bervorteilung geschehe.

Scharf zu scheiden von der Accise ist der Kopenschilling. In der Amtsrechnung des Amtes Wolfenbüttel von 1521 wird unter der Einnahme aufgeführt „Kopen- und Tafferngeld“ mit 23 Gulden 9½ Schilling. In den Auszügen aus den Amtsrechnungen, welche die Schmalkaldener während der Okkupation des Landes anfertigten, wird es nicht genannt.¹⁾ In der Wolfenbütteler Amtsrechnung von 1575/6 begegnet wieder der Kopenschilling und das Spundgeld. Diese Abgabe zahlten sowohl die Krüger als auch die „Menne“ (Dorfnachbarn), vom Faß Bier in der Regel 12 Groschen, vom Ohm Wein 1 Gulden. Der Ertrag war nicht ganz unbedeutend. Aus dem Amte kamen 1860 Gulden 10 Groschen 3 Pfennig ein und aus Damm- und Heinrichstadt 1016 Gulden 10 Groschen. Im Laufe des folgenden Jahrzehntes scheint der Herzog den Kopenschilling erhöht zu haben, denn in dem Vertrage von 1586 mußte er versprechen, den erhöhten Kopenschilling wieder abzuschaffen. Der Kopenschilling war also auch eine Bierabgabe, ebenso wie die Accise, aber sie war keine Landessteuer, sie wurde nicht in den Schatzrechnungen vom Rentmeister verrechnet, sondern sie wurde vom Amte erhoben und floß in die Kammerkasse, d. h. in die Privatschatulle des Fürsten.

Die gesamten Schatzungen sind seit der Mitte des 16. Jahrhunderts faktisch regelmäßig erhoben worden.²⁾ Bewilligt wurden sie von den Ständen allerdings immer nur vorübergehend. Wenn die Schulden getilgt wären, sollten die Schatzungen wieder abgeschafft werden, das war der stete Vorbehalt, den die Stände bei jeder Übernahme neuer Schulden machten. Das Schatzregister³⁾ läßt uns die Belastung der einzelnen Stände durch die Steuern erkennen. Am wenigsten getroffen wurde der Adel. Er gab nicht, wie Prälaten und Städte, eine feste Taxe, war für den Eigenbetrieb vollständig frei und zahlte nur Scheffelschatz von den um Zins ausgetanen Gütern, wobei der Haferzins auch noch frei war; Schaffschatz und Accise trafen ihn nicht.

¹⁾ Hier findet sich aber unter der Einnahme ein Posten aufgeführt unter der Bezeichnung „Bierzins“. Vielleicht hatte sich nur der Name geändert.

²⁾ In dem Schatzregister für die Jahre 1555—77 fehlen allerdings die Rechnungen der Jahre 1570/1 und 1571/2; aber in der Rechnung vom Jahre 1572/3 wird ausdrücklich ein Überschuß der vorjährigen Rechnung erwähnt. Es sind die Schatzungen auch in jenen beiden Jahren durchaus erhoben worden.

³⁾ Siehe Anhang IV.

Die Prälaten hatten nach dem Schatzregister von 1551¹⁾ jährlich 8020 Goldgulden geben müssen, nach der moderierten Tare von 1564 die Hälfte. Nach der Schatzrechnung von 1561/2²⁾ waren sie schon in diesem Jahre nicht zu mehr verpflichtet als 4010 Taler. Denn in diesem Jahre zahlten sie 2834 Tlr. 18 Gr. und unter den Restanten sind sie mit 1175 Tlr. 18 Gr. verzeichnet. Verpflichtet waren die Prälaten im Verhältnis zu ihrem Besitz also zu einer nicht unbedeutenden Schatzabgabe; aber die Wirklichkeit gestaltete sich hier ganz anders. In den Jahren, wo die Prälaten noch 8020 Goldgulden geben mußten, scheinen sie im Durchschnitt die Hälfte jährlich schuldig geblieben zu sein. Und selbst später, als ihre Tare auf die Hälfte herabgesetzt war, blieben sie oft noch einen beträchtlichen Teil, in einzelnen Jahren über ein Viertel schuldig.

In der Praxis war das Verhältnis bei den kleinen Städten nicht anders. Auch sie blieben oft mit einem größeren Teil ihrer Tare rückständig. Sie waren aber auch verhältnismäßig stärker belastet als die Prälaten. Einmal wurden sie von Accise und Schaffschatz trotz ihrer Tare noch getroffen. Zweitens war diese sehr hoch. Es waren nur 10 kleine Städte: Helmstedt, Königslutter, Schöningen, Schöppenstedt, Bodenem, Seesen, Gandersheim, Alfeld, Stadt-Oldendorf, Holzminden; sie zahlten zusammen 1551: 8058 Goldgulden und nach der moderierten Tare 4029 Goldgulden, also noch mehr als die 24 Stifter und Klöster mit ihrem reichen Landbesitz.

Der größere Teil der Steuern ruhte auf den Schultern des Bauernstandes. Der doppelte Landschatz und der Schaffschatz machten zusammen die größere Hälfte aller Steuern aus. Aber dies äußere Zahlenverhältnis berechtigt uns noch nicht zu der Annahme, daß der Bauer ungerecht beschwert wurde. Er hatte ja den größten Teil des ländlichen Bodens in seinem Besitze. Vor allem scheint er die Steuern doch ohne schweren Druck getragen zu haben. Landschatz und Schaffschatz sind regelmäßig eingekommen, während Prälaten und Städte doch sicher aus Unvermögen einen großen Teil ihrer Taren einfach nicht zahlten.

Im Laufe des 16. Jahrhunderts ist das Steuersystem grundsätzlich nicht mehr geändert worden, höchstens sind einige Ungleichheiten ausgeglichen worden. Im Jahre 1597³⁾ wurden Pastoren und Kirchenbediener

¹⁾ B. L. A. Landschaftliche Sachen XI III, 1, Nr. 24. Auszug des Schatzregisters 1551.

²⁾ Daß sie in diesem Jahre ihre Tare in Talern zahlten, erklärt sich vielleicht so, daß der Goldgulden bei Festsetzung der Tare keinen höheren Wert gehabt hatte, als der spätere Taler, nämlich 36 Groschen.

³⁾ Landtagsabschied 1597 bei Ribbentrop, Nr. 25.

für ihre Güter vom Scheffelschaz und Schaffschaz völlig befreit. Und 1599¹⁾ mußte der Fürst zugestehen, daß seine eigenen Meier, Röter und Pachtmüller als selbständige Wirtschaftsführer auch zu den Schatzungen verpflichtet waren. Bei der Bieraccise wird nicht immer dieselbe Quote erhoben worden sein, sonst könnten die Beträge in den Schatzrechnungen nicht so sehr schwanken. Als am Anfang der 60er Jahre die anderen Schatzungen moderiert wurden, scheint auch die Accise herabgesetzt worden zu sein. In dem Kampf gegen die Stadt Braunschweig benutzte der Herzog Julius die Erhöhung der Accise auf Braunschweiger Munne als Kampfmittel, mußte diesen neuen Aufschuß aber im Landtagsabschiede von 1586 fallen lassen.²⁾ Der Landtagsabschied von 1607, die Entwurf gebliebene Schatzordnung von 1615 und die Schatzordnung von 1619 befaßten sich mit der Bieraccise und konstatierten vor allem einen Unterschied zwischen einheimischem und fremdem Biere.

Mit dem Beginne des neuen Jahrhunderts, unter den Herzogen Heinrich Julius und Friedrich Ulrich, wurde allmählich das Steuersystem umgeändert. Schon 1598 hatten die Stände einen neuen *modus collectandi* vorgelegt; derselbe war auch beraten worden, es war aber vorläufig beim alten Anschlag geblieben;³⁾ unter Heinrich Julius ist er nicht mehr geändert worden. Aber die wachsenden Finanzbedürfnisse machten eine Steigerung der Steuern notwendig. So verpflichteten sich die Stände auf dem Landtagsabschiede zu Seesen 1607, daß die Taxen in duplo erhoben werden sollten, und auch die Ritterschaft wurde zur Zahlung einer festen Taxe von 3000 Taler bestimmt. Hier wurde auch wieder eine allgemeine Hufenschätzung beschlossen; von jeder Hufe sollte der Gutsherr 2 Gulden und der Meier 1 Gulden erlegen. Ein Drittel der Hufenschätzung wurde also auf die Bauern gelegt, während 1524 die Gutsherrn den Hufenschatz allein getragen hatten. Unter Friedrich Ulrich gewann allmählich der Gedanke Oberhand, die festen Dorftaxen des Landschazes abzuschaffen und den Landschaz von den einzelnen Bauern ganz nach dem Umfang ihrer Ländereien und ihres Viehstapels einzuziehen. Jeder Hof, jede Hufe Land, jedes Stück Vieh sollte mit einer gewissen Abgabe belegt werden. In den Beratungen, die zur Schatzordnung von 1615 führten, kam diese Idee noch nicht zum Durchschlag;⁴⁾ es sollten nur die Taxen nach Gelegenheit der zum Dorfe gehörigen Ländereien, Wiesen, Triften und Holzungen gleichmäßiger gemacht werden und Dörfer, die bisher frei

1) Ribbentrop, Nr. 32, S. 124.

2) cf. Br. St. A. Landschaftliche und Steuerfachen, Vol. IX, 1586—88 und Rehtmeier a. a. O., S. 1061 ff.

3) Ribbentrop Nr. 28, S. 112.

4) Ribbentrop Nr. 50.

gewesen, veranlagt werden. Die Schatzordnung,¹⁾ welche 1619 vom Fürsten Friedrich Ulrich erlassen wurde, brach dann mit dem Taxensystem. An jedem Schatztermin zahlte der Adermann von Haus und Hof $\frac{3}{4}$ Halbspänner und Rottassen, die Pferde zum Aderbau hielten und auf die Gemeindeweide trieben, $\frac{1}{2}$, und die geringeren Rottassen, welche nicht Pferde hielten, $\frac{1}{4}$ Reichstaler. Die Handwerker in Dörfern und Flecken sollten außerdem $\frac{1}{2}$ Reichstaler geben, Schafmeister, Müller und Krüger zahlten nicht noch eine besondere Abgabe. Diejenigen, welche bei anderen auf den Höfen wohnten und einen eigenen Rauch hatten, zahlten $\frac{1}{4}$ Reichstaler, die Häuslinge mit Ausnahme der Altenteiler $\frac{1}{8}$ Reichstaler. Außerdem sollten gegeben werden von einer Hufe Land $\frac{1}{4}$ Reichstaler, von jedem Pferde, das auf die Gemeindeweide ging, 3 Mariengroschen, von jeder Kuh, alt oder jung, 2, von jedem mehr als $\frac{1}{4}$ Jahr alten Schwein 1 und von jeder Ziege $\frac{1}{2}$ Mariengroschen. Für die Juden wurde noch eine besondere Abgabe festgesetzt. Jeder Jude zahlte für die eigene Person 3, für sein Weib 2, für jedes Kind und jeden Diensthofen $\frac{1}{2}$ Reichstaler. Für die Klöster und kleinen Städte blieben die alten Taxen bestehen, sie wurden aber verdoppelt; der Ritterschaft wurde die neuaufgesetzte Taxe auf ihre heftigen Beschwerden hin wegen des Kofhdienstes erlassen. So war der Landschatz ein buntes Gemisch von Personen-, Gebäude-, Grund-, Gewerbe- und Viehsteuer und festen Taxen.

Die Schatzordnung beschakte Zehnten und Mühlen noch besonders, während die Bergstädte²⁾ als *bonum publicum* frei blieben. Der Scheffelschatz blieb nur für die ausländischen Grundherrschaften, welche vom Scheffel 10 Mariengroschen und von Geldzinsen den 9. Pfennig zahlen sollten, und für die Braunschweiger Patrizier bestehen, welche von ihren stattlichen Zehnten und Meierhöfen vom Scheffel 5 Mariengroschen geben sollten. Die Hufenschätzung erfuhr auch vielfache Veränderungen. Frei vom Hufenschatz sollten Pfarrämter sein und die Güter, welche Ritter selbst bewirtschafteten oder Stadtbürger innerhalb der Stadtfeldmark beackerten. Sonst gab von einer Hufe, die mindestens 3 Scheffel Korn Zins einbrachte, der Gutsherr 3 Gulden, von einer Hufe, die 2 Scheffel Korn gab, der Gutsherr 2 und der Pächter 1 Gulden, von einer Hufe, die nur 1 Scheffel Korn einbrachte, der Gutsherr 1 und der Pächter 2 Gulden. Gab eine Hufe weniger Zins als 1 Scheffel, mußte der Bauer den Hufenschatz allein tragen. Bei Erben-, Zins- und Lehnsgütern zahlten die Inhaber. Von dem Lande, das dem Fürsten zinsete, wurde nur die Hälfte gegeben, ebenso von

¹⁾ Der gedruckten Schatzordnung von 1719 in der Bibliothek des Wolfenbütteler Landesarchivs schriftlich hinzugefügt.

²⁾ Im Jahre 1615 waren die Bergstädte auf 10 Jahre mit jährlich 1000 Reichstaler belastet worden. Diese Abgabe sollte also nach Ablauf der 10 Jahre aufhören.

den vermeierten Hufen, von denen Ritter Rosßdienste leisteten. Auf jeden Fall war den Rittern wegen des Rosßdienstes $\frac{1}{4}$ erlassen.

Für den Schaffschaz blieb der alte Modus bestehen. Es sollten aber auch die Amtsdienner, Klöster und Klosterdienner den Schaffschaz entrichten, während Pfarrherrn vorläufig noch frei blieben. Diejenigen Untertanen, welche bei ihren Höfen eigene Schäfereien hatten, sollten wie die Schafmeister 2 Mariengroschen geben, ebenso die fremden Verkäufer und Fleischer aus Einbeck, Osterode, Hörter, Goslar, die ihre Schafe im Wolfenbüttelschen in die Weide taten.

Diese Schazordnung bedeutet eine Veränderung der Schazbelastung zu Ungunsten des Bauernstandes. Der Scheffelschaz, der früher von den Grundherrn erhoben wurde, war abgeschafft; die Hufenschazung, die sozusagen an seine Stelle trat, wurde zu einem großen Teil auf die Bauern abgewälzt.¹⁾ Vor allem bedeutete das neue Erhebungssystem des Land-schazes eine erheblich größere Belastung der Bauern, dem gegenüber die Verdoppelung der Klöster- und Städtetaren nicht in Betracht kommt. Genaue Belege können hier nur die Schazrechnungen geben, die ich nicht gefunden habe.

Am Anfange des 17. Jahrhunderts kam eine ganz neue Steuer auf, die Exerzitten- und Offiziergelber, aus denen im Laufe der Zeit die bedeutendste Steuer des Landes, die Kontribution hervorgehen sollte. Sie wurde gleich bei der Einführung einseitig auf den Bauernstand gelegt. Die Ritter und Prälaten hatten in den Verhandlungen²⁾ sogar für ihre Gerichte überhaupt Befreiung auch der häuerlichen Bevölkerung verlangt. Die Gelber dienten zur Unterhaltung des sich bildenden stehenden Heeres. Die kleinen Städte übernahmen die Verpflichtung, aus ihren Bürgern wehrhafte Fähnlein aufzustellen und selbst zu unterhalten.

Kapitel IV.

Die Verwaltung.

Der Trieb zum Bilden freier Genossenschaften steckte den Menschen des 16. Jahrhunderts noch tief im Blute. Solange sich die Territorialstaaten noch nicht konsolidiert hatten und der Reichskörper verfallen war,

¹⁾ In Wirklichkeit scheinen die Gutsherrn den Bauern vielfach den ganzen Hufenschaz aufgebürdet zu haben, da der Landesherr dies ausdrücklich verbot.

²⁾ cf. Ribbentrop a. a. O., Nr. 39, 43, 44. Die weitere Entwicklung der Militärkontribution fällt nicht in den Rahmen meiner Arbeit.

waren sie eine soziale Notwendigkeit. Der Territorialstaat des 16. Jahrhunderts war noch nicht der absolute Polizeistaat und machte das Genossenschaftswesen noch nicht überflüssig; im Gegenteil förderte er genossenschaftliche Bildungen. Die Idee des Herzogs Julius war es ja, daß die Bauern sich in freien Vereinigungen zusammenschließen sollten, um sich hier für den Fall der Not einen Schatz zu sammeln und so geschlossen dem Wucherunwesen, besonders im Kornhandel, zu begegnen. Im Eichgericht¹⁾ wurde die Sorge für Findelkinder vom gesamten Gerichte getragen und die Unkosten auf die einzelnen Hauswirte verteilt. Und im Jahre 1605²⁾ mußten die Untertanen des Eichgerichtes den Bewohnern von Beßelbe den halben Kriegsschaden ersetzen. Hier war es auch alter Brauch, daß bei Pferdediebstählen den Geschädigten der Verlust und die Kosten des Verfolgens durch die Gemeinden ersetzt wurden, die Summen wurden in jedem einzelnen Falle auf die einzelnen Hauswirte verteilt.³⁾ Es scheint hier ein gewisser obrigkeitlicher Zwang ausgeübt zu sein, die Angelegenheiten wurden immer von Amtswegen erledigt.

A. Die Gemeinde.

Auch die Landgemeinde war ihrem Ursprung nach ein autonomer Organisationskörper, ein freies Genossenschaftsgebilde. Im 16. Jahrhundert stellt sich uns die Dorfgemeinde als ein Mittelglied dar zwischen einer selbstherrlichen Korporation und einem staatlichen Verwaltungsbezirk. Der zum Absolutismus bewußt hinstrebende Staat konnte die Selbstherrlichkeit der Gemeinden nicht bestehen lassen, er mußte ihre Organe mit der Zeit in Anspruch nehmen für die wachsenden Verwaltungsaufgaben und zu Exekutivbehörden herabdrücken.

Auf dem wichtigsten Gebiete des Staatslebens, im Steuerwesen, blieb die Gemeinde im 16. Jahrhundert äußerst selbständig. Daß hier der Staat vor der Gemeinde als Gesamtheit Halt machte, nur Taxen für die Dörfer festsetzte und deren Verteilung unter die Mitglieder den Gemeinden überließ, beweist uns die Geschlossenheit und die Autonomie, welche die Gemeinde besaß.

Vor allem aber regelte die Gemeinde ihre Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete allein. Sie war Grundherr in bescheidenem Maße und tat die nicht von der Gesamtheit genutzten Gemeindegüter um Zins aus. Das Pfarrlehen wurde in vielen Gemeinden von den Bauern ver-

¹⁾ B. L. N. Amtsbuch Eichgericht 1583—95 Nr. 9.

²⁾ ib. 1603—1612 Nr. 144.

³⁾ ib. 1603—1612 Nr. 26, 116.

liehen. Sie wies auch neue Anbauerstellen auf der Gemeinheit aus gegen Zins in die Gemeindekasse und gewährte ihnen das Bauernrecht. Doch hier scheint ihre Kompetenz mit dem Amte, dem Fürsten konkurriert zu haben; dieser hatte ebenfalls das Recht, Personen den Anbau in einem Dorfe, besonders aber außerhalb der Gemeinheit zu gestatten. Das System der Dorfsiedelung und Dreifelderwirtschaft forderte eine strenge Gebundenheit des einzelnen an die Nachbarn in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit; die Gemengelage¹⁾ der Äcker und die weitgehenden Grundgerechtigkeiten bedingten den Flurzwang und eine gleichzeitige Einsaat und Ernte. Hier hatte die Gemeinde mannigfaltige Aufgaben zu erfüllen. Vor allem regelte sie die Teilnahme der Dorfbewohner an der Almende, das Recht zur Hut auf die Gemeindetrift, den Anteil an der Gras- und Holznutzung.

Die Viehtrift erstreckte sich in erster Linie über die eigene Feldmark, doch war es nicht selten, daß benachbarte Gemeinden eine Gesamthut hatten; eine Gemeinde stand oft mit verschiedenen Nachbardörfern in Hutzgemeinschaft.²⁾ Der Gerichtsherr hatte das Recht zur Trift auf sämtlichen Feldmarken seines Gerichtsprengels. Berechtigt zum Auftrieb auf die Gemeindeweide waren allein die Nachbarn, die Ackerleute, Halbspänner und Röter. Außerdem gab die Kirchenordnung von 1569 den Kirchendienern das Recht, gleich andern Einwohnern nach eines jeden Ortes Maß und Ordnung an Gut und Weide teilzunehmen. Es ist dies der einzige mir bekannt gewordene Fall, daß im 16. Jahrhundert von der Regierung aus die Weide- und Hutzerechtigkeit in ihr Machtgebiet gezogen wurde. Über die Eröffnung und Schließung der Wiesen und Stoppelfelder für die Trift mag schon damals ein allgemeines Gewohnheitsrecht bestanden haben; gesetzlich geregelt war das Weiderecht noch nicht. Hier scheint damals noch alles der Anordnung der einzelnen Gemeinden überlassen worden zu sein. Erst die Landesordnung von 1647³⁾ brachte allgemein gültige Bestimmungen. Vor allem stellte natürlich die Gemeinde die Dorfhirten an und wachte darüber, daß ihre Triftgerechtigkeit nicht durch Fremde verletzt wurde, daß an verbotenen Orten nicht gehütet wurde usw. Ob der einzelne quantitativ im Auftrieb auf die Gemeindeweide beschränkt war, ließ sich nicht feststellen. Doch ist es wahrscheinlich, daß hier besonders die Ackerleute, die wegen ihres überragenden Besitzes die Macht vielfach in Händen gehabt haben, den Röttern Beschränkungen auferlegt haben. Die Landesordnung von 1647⁴⁾ bestimmte schon allgemein, daß

¹⁾ Nur an wenigen Orten lagen die Äcker nicht im Gemenge, sondern in Einzelkämpfen, so in Wittenberg cf. Asseburger Erbregister 1569.

²⁾ cf. B. L. A. Amt Nienburg. Erbregister.

³⁾ Gedruckt bei Steinacker a. a. O.

⁴⁾ § 35.

Röter, welche nicht Spanndienste leisteten, mit ihren Pferden die Gemeindeweide nicht betreiben durften. Bis in das 16. Jahrhundert hinein hatte die Gemeinde in Fällen, wo das Weiderecht durch Dorfeinwohner oder andere Personen oder Dörfer übertreten wurde, ein weitgehendes Pfändungs- und Strafrecht.

Der Anteil an den Gemeindewiesen¹⁾ wurde entweder nach der Größe des Ackerlandes, also nach Hufen, bemessen, oder durch die Zugehörigkeit zu einer der drei Bauernklassen bestimmt, oder auch die Grasnutzung wurde gleichmäßig unter alle Nachbarn verteilt. Oft finden sich in einer Gemeinde für die verschiedenen Wiesen auch verschiedene Verteilungsmaßstäbe. In den Fällen, wo die Gräsung den einzelnen Hufen Landes zugeteilt wurde, erhielten auch Bauern fremder Dörfer, die in der Gemeinde Besitz hatten, ihren Anteil, während die Röter ohne Land von der Grasnutzung ausgeschlossen waren.²⁾ Wurde das Gras nach den Bauernklassen verteilt, so erhielten in der Regel die Ackerleute das Doppelte oder Dreifache des Röteranteils; die Halbspänner waren entweder den Ackerleuten gleichgestellt oder den Röttern, oder es war für sie ein besonderes Maß festgesetzt. Bisweilen gab es auch Wiesen, die nur unter eine Klasse verteilt wurden, entweder unter die Ackerleute oder unter die Röter. Es wurden auch wohl einzelne Wiesen abwechselnd reiheweise von den Nachbarn genutzt. In manchen Dörfern wurden die Wiesen im dritten Jahre, wenn sie an die Brache stießen, überhaupt nicht gehegt, sondern zur Weide geschlagen. Es gab kein allgemein angewandtes Verteilungssystem, die Regelung war dem Herkommen und dem Ermessen der Einzelgemeinde überlassen. Gebunden war die Gemeinde nur in der Verwandlung von Acker in Ackerland. Hier war die Zustimmung des Gerichtsherrn erforderlich, der dabei interessiert war wegen der Gesamthut, die er im Gerichte ausüben durfte. Neben dem Anteil an der Gemeinheitsgräsung konnte der Einzelne natürlich umfangreiche Wiesen im Privatbesitz von seinem Grundherrn haben, entweder gegen einen besonderen Zins oder als Zubehör zu seinem Hofe.

Bei den Gemeinheitsholzungen gab es dieselben Verteilungsarten, doch trat hier die Hufe als Maßstab zurück, vorwiegend wurden die Holzungen nach den Bauernklassen verteilt. Sehr schwer läßt es sich feststellen, wie weit die Gemeinden Eigentum an den Holzungen hatten, oder wo sie ein bloßes Recht hatten, Brennholz und Bauholz aus den Waldungen zu holen. Auf jeden Fall beanspruchten die Herzöge im 16. Jahrhundert das Obereigentum³⁾ und erließen im Interesse des Forstschutzes

¹⁾ Das Folgende besonders nach den Erbregistern von Wolfenbüttel und Affeburg.

²⁾ cf. Affeburger Erbregifter 1569, fol. 37, 50, 51.

³⁾ cf. Die Landwirtschaft und das Forstwesen im Herzogtum Braunschweig S. 103 ff.

gegen das starke Verhauen und Vermüsten der Wälder durch Gemeinden, Prälaten und Junker allgemein gültige Forstordnungen. Schon die Holzordnung Heinrichs des Jüngeren von 1547 unterfagte das eigenmächtige Holzhauen. Die Untertanen mußten sich das Bauholz von den Amtsleuten oder Förstern ausweisen lassen, die Holzungen wurden in regelmäßige Gehaue eingeteilt; auch die Zeit des Holzhiebes wurde beschränkt; die Ordnung schrieb für die Gemeindeglieder die Wahl von Holzgeschworenen durch die Untertanen vor. Herzog Julius vertrat in der Forstordnung von 1585¹⁾ scharf den Gedanken der obrigkeitlichen Polizei über die Gemeindeglieder und in der Forstordnung von 1590 kam dieser wieder zum Ausdruck. Außerdem scheint die ganze Mastnutzung in den Holzungen dem freien Bestimmungsrecht entzogen gewesen zu sein; das Amt oder der Gerichtsherr hat unter Hinzuziehung von Sachverständigen in jedem Jahre den Umfang der Mast bestimmt.²⁾ Nicht alle Gemeinden hatten Holzungen. Im Gericht Affeburg hatten die Dörfer Sottmar, Groß- und Klein-Biewende, Hedeper, Semmenstedt, Timmern, Kalme, Borsum und Seinstedt, also die Hälfte der zum Gerichte gehörigen Dörfer keine Holzteilung, die übrigen Gemeinden hatten zum Teil äußerst umfangreiche Holzteilungen auf der Affe, in Summa 72 Hufen 21 Morgen.³⁾ Im Gerichte Beddingen erwähnen weder das Erbregeister noch Algermann Holzungen bei Halchter, Groß-Stöckheim, Leiferde, Thiede, Adersheim, Geitelde, Stiddien. Im Gerichte Schöppenstedt hatten die 9 Dörfer und die Stadt 75 Hufen $\frac{1}{2}$ Morgen Holzungen, außerdem gab es daselbst 73 Hufen 22 Morgen Junkerhölzer. Im Gerichte Dahlen, wo die Gemeinde Apelnstedt allein kein Holz hatte, gab es nach Algermann bei den Gemeinden 2420 Morgen, im Halbgerichte 2864 Morgen Holzungen. Im Halbgericht wurden 800 Morgen als fürstliche Holzmark bezeichnet.

Können wir so schon vielfach beobachten, wie der Staat im Laufe des 16. Jahrhunderts die wirtschaftliche Freiheit der Gemeinden einzuengen, sie in ihren wirtschaftlichen Funktionen der Staatsaufsicht zu unterwerfen strebte, so mußte er mit Einführung einer einheitlichen, zentralistischen Rechtsordnung und römischer Rechtsbegriffe mehr und mehr danach streben, die jurisdiktionellen Befugnisse der Gemeinden abzuschaffen oder doch einzudämmen. So behielten zwar die Gemeinden die „Bauernför“, ihr Pfand- und Strafrecht. Aber mit der Begründung, daß die Gemeinden sich unmäßige Pfändungen erlaubten und die Strafen, welche meist Bierstrafen waren, Gelegenheit zu Saufgelagen gäben, beanspruchte der Staat

1) cf. Die Landwirtschaft und das Forstwesen im Herzogtum Braunschweig S. 122.

2) cf. Br. St. A. Abt. VI, § 7. Burgamtsrechnungen Mübdeße, Ampleben.

3) cf. Algermann, Beschreibung des Amtes Wolfenbüttel 1584. Manuskript der Wolfenbütteler Landesbibliothek.

ein Aufsichtsrecht; die Bauernhöfen mußten auf allen Gerichtstagen vorgebracht werden; die Strafgeelder sollten in einer Lade aufbewahrt und nicht vertrunken werden.¹⁾ Auf dem Gebiete des Gerichtswesens sank die Gemeinde allmählich von ihrer selbständigen Stellung herab; ihr blieben reine Polizeibefugnisse übrig; die Bauermeister mußten auf den Landgerichten die Brogen einbringen.²⁾

Allmählich wuchsen die polizeilichen Aufgaben, welche die Gemeinde unter der Aufsicht des Amtes und des Staates ausübten. Die Wege-, Wohlfahrts-, Sicherheits- und Feuerpolizei³⁾ wurde in den Bereich der Staatsverwaltung gezogen und die Exekutive den Gemeinden übertragen.

Vor allem aber benutzte der Staat die Vorsteher der Gemeinden, die Bauermeister, bei der Erhebung der Steuern.⁴⁾ Die Beschreibung und Erhebung des Schaffschages lag in der Hand der Amtleute, aber die Bauermeister mußten die Kerbhölzer halten, auf denen die Zahl der Schafe aufgeschnitten wurden, einen für die Schafmeister, einen zweiten für die Bauern. Wegen der Accise mußte der Bauermeister mit den Krügern des Dorfes Kerbhölzer halten, und es durfte kein Bier vor dem Krüge abgeladen werden, bevor er es nicht auf die Kerbhölzer geschnitten hat. Er mußte auch auf das Holz schneiden, was am Fastabend, an Hochzeiten, Kindtaufen, Pfingsten und zur Ernte an Bier im Dorfe getrunken wurde. Der Bauermeister unterstand hierbei der scharfen Kontrolle durch Amtmann und Bögte: Jeden Monat mußte er Abrechnung halten mit dem Amtmann. Die Amtleute und Bögte wurden angehalten, in die Dörfer zu gehen zur Kontrolle, damit Bauermeister und Krüger einander nicht durch die Finger sähen. Verschwiegen die Bauermeister Bier, so wurden sie schwer bestraft.

Das Organ der Gemeinde war die Gemeindeversammlung, die von dem Bauermeister durch Glockenschlag oder Hornblasen zusammenberufen wurde. Hier berieten die Nachbarn über die Nutzung der Gemeindegüter, hier wurden die Gemeindebeamten gewählt, die Bauermeister, Holzgeschworenen und Kirchenältesten, hier wurden für Übertretung des Gemeinderechtes Strafen angesetzt. Vor der Gemeindeversammlung erfolgte Rechnungsablage der Gemeindevorsteher.⁵⁾

¹⁾ Nach der Landesordnung von 1647 durften die Gemeinden die Strafen nur mit Bewilligung der Beamten und Gerichtsherrn ansetzen. cf. Steinacker, Organisationsgesetze S. 58.

²⁾ Siehe Gerichtsverfassung.

³⁾ Wege und Stege. Landtagsabschied 1597, Art. 27. Bitte des Herzogs August vom 31. 12. 1643, 18. 8. 1645, 15. 9. 1645 und Allgemeine Landesordnung 1647, § 25. Feuerordnung des Herzogs Julius 1585 zusammengebrückt mit der Hofgerichtsordnung.

⁴⁾ cf. Schaffordnung 1557 bei Ribbentrop.

⁵⁾ Nach der Landesordnung von 1647 waren sie wöchentlich zur Rechnungsablage verpflichtet.

Das Amt des Bauermeisters scheint in der Regel im Reihedienst von Bauer zu Bauer gegangen zu sein.¹⁾ Ein Gehalt scheint mit dem Amte nicht verbunden gewesen zu sein; nur gab es hier oder dort eine Bauermeisterwiese oder einen Bauermeistermorgen. Vom Wochendienste oder Dienstgeld scheint der Bauermeister während seiner Amtszeit nicht befreit gewesen zu sein. Im Eichgericht wenigstens zahlten sie 1584 Dienstgeld,²⁾ nur von der Eier- und Hühnerabgabe waren sie frei. In größeren Gemeinden gab es auch wohl 2 Bauermeister, von denen einer dann Ackermann, der andere Röter war.

In Bortfeld im Eichgericht wurde im Jahre 1585 den beiden Bauermeistern wegen der Größe des Dorfes ein Gemeindevorschuß von 8 Mitgliedern zur Seite gestellt.³⁾ Was sie neben den Bauermeistern beschließen, soll die Gemeinde für vollgiltig ansehen, wer gegen ihre Beschlüsse handelt, soll 3 Gulden Strafe zahlen und der Gemeinde $\frac{1}{2}$ Faß Bier. 4 Personen wurden jährlich auf Lichtmeß (2. Febr.) durch Neuwahl auf der Riege ersetzt. Sie sollten dann vor den Amtmann gestellt werden und ihm an Eides Statt geloben, der Dorfschaft treu und wohl vorzustehen. Bemerkenswert bei dieser Wahl ist einmal diese obrigkeitliche Vereidigung; sodann verbannte der Ausschuß gerade den Beratungen zwischen Amtmann und Gemeinde sein Leben.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Gemeindevorschuß keine Sondereinrichtung des Dorfes Bortfeld gewesen oder geblieben ist. Es gab umfangreichere Gemeinden; Bortfeld hatte 1569 weder Ackerteute noch Halbspänner, sondern nur 48 (46) Röter. Wir können also wohl den Ausschuß als eine allgemeinere Einrichtung des Herzogtums ansehen, der seine Entstehung der Vermehrung der Verwaltungsaufgaben durch den Staat verbannt. Jedenfalls war damals die Staatseinwirkung schon in die intimeren Gebiete des Gemeindelebens eingedrungen. Die Organisation und Wahl der Gemeindebeamten zog der Staat in seinen Machtkreis und gab dadurch auch äußerlich zu erkennen, daß er die Gemeinden nicht mehr als autonome Verfassungsgebilde ansah, sondern als seine Glieder.

B. Das Amt.

Die Einteilung des Landes in Ämter und Gerichte ist nicht etwa nach geographisch-statistischen Rücksichten vorgenommen worden,⁴⁾ sie sind

¹⁾ Hierüber sind die Nachrichten der Quellen sehr dürftig. Aber die Zustände späterer Jahrhunderte lassen sich hier auf das 16. Jahrhundert übertragen.

²⁾ Br. St. A. Abt. VI, § 7. Burgamtsrechnung 1584.

³⁾ cf. B. L. A. Eichgericht. Amtsbuch 1584—95, Nr. 8.

⁴⁾ cf. Meyer, Hannoverische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte II, S. 320.

nur das Überbleibsel eines ehemaligen Sonderlebens. Die Größe der Ämter ist daher nicht gleichartig, und bisweilen bilden die Gerichte keinen geographisch einheitlichen Komplex. Es gab um die Mitte des 16. Jahrhunderts in Braunschweig-Wolfenbüttel 25 (27) Gerichte,¹⁾ dazu kamen 11 in der Hilbesheimer Stiftsfehde gewonnene Gerichte. Es hatte an Dörfern das Gericht Affeburg 19, das Eichgericht 13, das Amt Wolfenbüttel 58,²⁾ Gericht Lichtenberg 20 (und 2 Junkerbörfer), Gebhardshagen 5, Königslutter 8, Jerxheim 7, Supplingenburg, Neuhaus, Hefsen und Bogtsdahlum je 2, Calvörde 6, Bardorf 9, Neubrück mit Wendhausen und Brunsrode 4,³⁾ Warberg 3, Destedt 4, Schöningen 15, Staufenburg 12, Seesen 11, Harzburg 5, Gandersheim 24, Greene 17, Ottenstein 2, Herrschaft Homburg 34, Herrschaft Eberstein 9. Aus der Hilbesheimer Stiftsfehde waren folgende Gerichte und Ämter⁴⁾ gewonnen: Liebenburg mit 24, Steinbrück mit 8, Schladen mit 6, Wiedelah mit 5, Wolbenberg mit 21, Vienenburg mit 2, Silberlah oder Wolbenstein mit 23, Westerhofen mit 6, Winzenburg mit 24 (dazu kamen 9 Adelsdörfer), Bodenburg und Wispenstein mit 2 (gehörte denen von Steinberg), Lutter am Barenberge mit 5 Dörfern. Dazu kamen noch 2 Erbdörfer Christophs v. Steinberg und 2 berer von Wallmoden.⁵⁾ Die Amtseinteilung schwankte hin und her, es wurden Dörfer von einem Gericht zum andern gelegt oder aus dem Amtsbezirke emanzipiert, neue Distrikteinteilungen vorgenommen.⁶⁾

Eine besondere Stellung nahm das Amt Wolfenbüttel ein. Es umschloß damals das Gericht Beddingen, das Amt Sierke und das Halbgericht, die später zusammengelegt worden sind, das Gericht Dahlum, Gericht Evesen und Gericht Schöppenstedt. Als im Jahre 1569 die Stadt Braunschweig dem Herzoge das Gericht Affeburg zurückgab, wurde auch dieses dem Amte Wolfenbüttel angegliedert. Die größeren Gerichte waren oft in Unterabteilungen eingeteilt; so hatte das Gericht Lichtenberg 2 Gohs (= Gaue), das Amt Winzenburg 4 Gohs, und Widenfen zerfiel in die

¹⁾ cf. Br. St. A. Abt. VII. Schmalkaldischer Bund, Vol. 26: Register des Landeshages.

²⁾ Dazu kommen noch die Dörfer des Klosters Riddagshausen, 7 Junkerbörfer und die des Rates von Braunschweig.

³⁾ Kayser a. a. O. behandelt sie als 2 gesonderte Gerichte.

⁴⁾ Zwischen den Ausdrücken „Gericht“ und „Amt“ wird kein scharfer Unterschied gemacht.

⁵⁾ Die Zahlen sind dem erwähnten Schatzregister entnommen; aus Kayser a. a. O. ergeben sich zum Teil andere Zahlen.

⁶⁾ Dies scheint besonders im Weserdistrikt der Fall gewesen zu sein, wo die Herrschaft Eberstein in die Ämter Fürstenberg, Forst und Holzminde geteilt wurde, Br. St. A. Abt. VII. Bd. 26.

Ober- und Unterbörde. In größere Bezirke scheinen die Gerichte der Verwaltung halber noch nicht zusammengelegt zu sein. Nur die Erhebung der Schätzungen scheint einem Amtmann für einen größeren Bezirk übertragen worden zu sein.¹⁾

An der Spitze des Amtes stand der Amtmann. Er hatte die verantwortliche Leitung des Amtes; für die verschiedenen Amtsaufgaben standen ihm natürlich Unterbeamte zur Verfügung. Bis in das 16. Jahrhundert hinein war er ziemlich selbstherrlich gewesen, nur den sehr unregelmäßigen Revisionen durch den Herzog unterworfen. Im Laufe des Jahrhunderts, wo sich im Lande die Zentralbehörden ausbildeten, erhielt er eine Kontrolle²⁾ zunächst in dem Hauptmann,³⁾ dem militärischen Befehlshaber im Amte, später im Oberamtman. Die Stadt Braunschweig scheint in ihren Gerichten bis zum Jahre 1584 keinen Amtmann gehabt zu haben, sondern nur die Unterbeamten. Bis dahin wenigstens sind die Burgamtsrechnungen durch einen der Bürgermeister geführt worden; die Rechnung von 1584 ist zum ersten Male durch den Amtmann geführt.⁴⁾ Und mit diesem Jahre beginnen auch die Amtsbücher, in die alle Verhandlungen vor dem Amte, Güterverträge, Meierkontrakte u. s. w. eingetragen wurden.⁵⁾

Das Amt war in erster Linie Domaniaalbezirk. Die Amtsuntertanen waren die Fronarbeiter, welche den Acker des Amtshaushaltes bestellen mußten.⁶⁾ Die Bewirtschaftung der fürstlichen Domänen hat im 16. Jahrhundert große Fortschritte gemacht; es wurden eine genaue schriftliche Rechnungsführung, eine scharfe fürstliche Kontrolle und eine strenge Trennung der Domaniaalfachen von den andern Verwaltungsaufgaben eingeführt. Endlich legten die Fürsten mit dem Wachsen der Schuldenlast auch ein größeres Gewicht auf die Ausnutzung der wirtschaftlichen Kräfte des Kammergutes, das im Anfang des Jahrhunderts vor der Einführung umfangreicherer Steuern die Hauptfinanzquelle des Staates bildete.

Heinrich der Jüngere hat zuerst ein größeres Interesse für die Domaniaalwirtschaft gezeigt. Wenn man die Amtsrechnung des Amtes Wolfenbüttel

¹⁾ cf. B. L. A. Landschäftliche Sachen. Schaffschätzregister der Ämter Schöningen, Königsutter, Brunsrode, Luckum u. s. w.

²⁾ cf. Krusch in der Z. G. B. N., Jahrgang 1893 und 1894.

³⁾ Der Hauptmann erscheint als der vornehmste Beamte des Amtes in der Beschreibung der Schmalkaldener von 1546, Br. St. A. Abt. VII. Bd. 26/7.

⁴⁾ Br. St. A. Abt. VI, § 7. Burgamtsrechnungen.

⁵⁾ B. L. A. Amtsbücher Eichgericht.

⁶⁾ In den wenigen geschlossenen adeligen Gerichten war die Sache nicht anders. Doch fehlten mir darüber die Nachrichten; die Verwaltung der adeligen Gutswirtschaft bleibt daher unerörtert.

aus dem Jahre 1521¹⁾ durchsieht, so erkennt man alle Mängel, die damals der schriftlichen Führung des Amtshaushaltes, einem primitiven Rechnungswesen anhafteten. Die Geldeinnahmen sind nicht scharf differenziert, sondern einfach nach den verschiedenen Ortschaften durcheinander geschrieben; die Summen sind vielfach nicht gezogen; es fehlt ein einheitliches Münzsystem. Vor allem aber krankt die ganze Rechnung daran, daß Amtseinnahmen und Staatseinnahmen, Amts- und Staatsausgaben nicht getrennt sind. Bei dem Mangel einer Zentralkasse, in welche die Einnahmen sämtlicher Ämter zusammenfloßen, mußte das Amt Wolfenbüttel diese Aufgabe übernehmen. So sind denn Einnahmen für die Stiftsfehde und Ausgaben für den Krieg und den fürstlichen Hof darin enthalten. Es kann uns nicht Wunder nehmen, daß die Rechnung einen Vorschuß von 4265 Gulden 7 $\frac{1}{2}$ Schilling 7 Pfennig ergibt; und man muß staunen und kann einen leisen Zweifel nicht unterdrücken, ob der Herzog Heinrich die Rechnung wirklich prüfen konnte, als er Freitag nach Lätare 1523 im Beisein des Kanzlers Beyn die Rechenschaft des Amtmanns abhörte. In der Bewirtschaftung waren die Amtleute ganz selbständig und keiner regelmäßigen Rechenschaftslegung unterworfen.

Hier schaffte der Herzog Wandel, besonders durch die Amtsordnung von 1541.²⁾ Diese Amtsordnung zeigt uns, wie sehr die Domänenwirtschaft im Vordergrunde der Tätigkeit des Amtsmannes stand. Der Fürst erscheint hier als der Privatgrundherr, der seinem Verwalter bis in die kleinsten Einzelheiten hinein die Art der Wirtschaftsführung vorschreibt. Von den sonstigen Aufgaben des Amtmanns erwähnt die Ordnung so gut wie nichts; sie legt ihm nur ans Herz, mit den Wochendiensten Wege und Stege in Stand zu halten. Durch zweierlei ist die Ordnung besonders bemerkenswert. Der Amtmann wird hier einer größeren Aufsicht unterworfen: er darf Gefinde nicht ohne Befehl annehmen, ohne Mitwissen und Bewilligung des Hauptmanns, er darf nichts von dem Amtsaufkommen ohne Befehl verkaufen noch umfangreichere Bauten ausführen; er mußte sich bei jedem Verkauf genaue Quittungen geben lassen, ohne die ihm die Rechnung bei der Revision nicht passierte; er wurde in Zukunft zur Rechnungsablage nach Wolfenbüttel befohlen, mußte genaue Erbregifter anlegen, um die Untertanen nach ihrem Vermögen in Anspruch zu nehmen, und ebenso ausführliche Dienst-, Korn-, Vieh- und Kühenregister; er durfte ohne fürstlichen Befehl Hofdienern kein Futter, Jahrkorn oder Essen verabsorgen. Man sieht also darin auch das Streben, eine scharfe Trennung zwischen der lokalen Amtsverwaltung und dem Zentralhaushalt herbei-

¹⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel.

²⁾ cf. Geisenius Band II, Beilage 23.

zuführen.¹⁾ In der Wirtschaft stand Ackerbau und Viehzucht im Vordergrund; Schafzucht und Gewinn von Wolle wurden noch besonders betont. Unter Herzog Heinrich erscheint bereits der Oberamtmann, der die Aufsicht über die Amtleute hat.²⁾

Herzog Julius, der seine eigenen Kammerfachen zuerst scharf getrennt hat von den Staatsfachen, kümmerte sich noch intensiver um die Domänen. Jeden Sonnabend mußten die Amtleute Wochenzettel einliefern über Einnahmen und Ausgaben und über die Tätigkeit der verfloffenen Woche;³⁾ und es wurden alsdann die Herrendienste für die kommende Woche verteilt. Dazu verordnete er Amtsvisitatoren, die jährlich das Vieh nachzählten, das Korn nachmaßen und auch außerhalb der Zeit unverhofft die Ämter inspizierten. Vor allem suchte er den Grund und Boden mehr zu nutzen, sorgte für gute Ent- und Bewässerung; er begann überall industrielle Unternehmungen, legte Ziegel- und Kalköfen an.⁴⁾ Er suchte den landwirtschaftlichen Nebenbetrieb in den Bereich des Amtes zu ziehen. So legte er unter scharfem Widerspruch der Städte Brauhäuser an und begann auf feilen Kauf zu brauen; er baute neue Mühlen und scheint die Amtsuntertanen gezwungen zu haben, auf den Amtsmühlen ihr Korn mahlen zu lassen. Sein besonderes Interesse wandte er der Schafzucht zu; auf den Landtagen wurden Klagen laut wegen übermäßig großer Schäfereien,⁵⁾ die den armen Leuten das Fährige verübten. Vor allem aber sah er darauf, daß keine Kammergüter verpfändet wurden; das System, die Beamten für ihre Dienste mit Gütern zu belehnen, das am Anfange des Jahrhunderts zur Unsitte geworden war,⁶⁾ aber schon von Herzog Heinrich in der letzten Zeit der Regierung vermieden war, verabscheute er.⁷⁾

Unter seinen Nachfolgern erschlaffte das starke persönliche Interesse an der Domänialwirtschaft. Aber es hatten sich bereits die Zentralbehörden entwickelt, und die Kammerräte konnten dem Fürsten die Sorge für sein Kammergut abnehmen; außerdem war das Amtspersonal sicher durch die lange Zucht zuverlässiger und treuer geworden. So wird der Mangel des fürstlichen Interesses nicht so sehr empfunden worden sein. Aber sicher trug dies dazu bei, daß allmählich die Idee Wurzel fassen konnte, die Amtshaushalte zu verpachten. Als Friedrich Ulrich zur Regierung kam, gewann diese Idee an Macht; die von Havemann mitgeteilte Erinnerung des

¹⁾ cf. auch Krusch, *J. G. N. S.* 1893 S. 253/4.

²⁾ cf. Krusch, *J. G. B. N.* 1894 S. 47.

³⁾ cf. Algermann, *Leben des Herzogs Julius bei Strombeck* S. 183/4.

⁴⁾ Algermanns Beschreibung des Amtes Wolfenbüttel 1584 bezweckte eine genaue Erforschung des Grund und Bodens und seiner nutzbaren Kräfte.

⁵⁾ cf. Gravamina der Stände 1570.

⁶⁾ cf. Krusch, *J. G. B. N.* 1893 S. 219, 220, 231, 243, 270.

⁷⁾ ib. Jahrgang 1894 S. 43, 79.

Kammermeisters Berkelmann¹⁾ verfolgte in erster Linie den Zweck, den jungen Fürsten von dem Gedanken des Pachtsystems abzubringen und ihm die großen Vorteile der Eigenwirtschaft auseinanderzusetzen. Aber seine treuen Worte scheinen wenig Eindruck gemacht zu haben.²⁾

Amtsgefinde zur Bewirtschaftung des Aders brauchte man wegen der Herrendienste wenig. In erster Linie kamen hier die Aufsichtsbeamten in Frage; auf jedem Vorwerk gab es einen Hofmeister, der den Wirtschaftsbetrieb leitete. Bei größeren Amtswirtschaften trat hier wohl allmählich eine Differenzierung ein; es wurde neben dem Hofmeister noch ein Unterhofmeister angestellt. Im Amte Wolfenbüttel³⁾ gab es auch noch einen Scheunenvogt. Da eigene Pfluggespanne auf den Domänen überhaupt nicht oder nur in ganz geringer Anzahl vorhanden waren,⁴⁾ so waren Wagenknechte nur selten auf den Domänen vorhanden. Dagegen waren überall Hirten in geringerer oder größerer Anzahl vorhanden für die verschiedenen Vieharten, und Schweinmeister und Schafmeister fehlten eigentlich nie. Die Schafmeister waren in der Regel selbständige Unternehmer, die ihre Schafknechte hatten und denen selbst ein großer Teil der Schafherde gehörte. Von männlichem Gefinde sind dann noch zu erwähnen die Wächter und Pförtner und die Handwerker, wie Schmiede, Karner. Auch der Müller wird bisweilen unter dem Amtsgefinde genannt. In Ämtern, wo die Herrendienste für die Arbeit nicht reichten, gab es auch Mäher und Drescher. Endlich erforderten Küche, Backhaus und Brauhaus noch eigenes Gefinde. Das weibliche Gefinde fehlt wohl nirgends. Milchmädchen, unter denen die „Obermeierische“ eine besondere Stellung einnahm, konnte das Amt nicht entbehren. Sie besorgten das Melken und die Zubereitung der Milch im „Meierhaus“. Das Amtsgefinde erhielt seinen festen Geldlohn und Nebenbelohnung für Schuh und Kleidung. Nach der Amtsordnung von 1541 wurde das Gefinde halbjährlich abgelohnt; auch die Kündigung des Dienstes konnte nur halbjährlich erfolgen, Weihnachten auf St. Johannistag und St. Johannis auf Weihnachten. Beim Antritt des Dienstes mußte das Gefinde durch einen Eid dem Amtmann bekräften, des Fürsten Bestes stets im Auge zu haben, allen Nachteil und Schaden abzuwehren. Herzog Heinrich der Jüngere hatte versucht den Naturallohn völlig abzuschaffen; später kam es wieder in starkem Maße dahin, den Amtsdienern Korndeputate zu geben.⁵⁾

¹⁾ Havemann, Geschichte von Braunschweig und Lüneburg. Band II, S. 447 ff.

²⁾ Es wurde z. B. das Vorwerk Altenhagen im Amte Lichtenberg im Jahre 1619 um die Pacht ausgetan. cf. B. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregister und Kornregister.

³⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel. Amtsrechnung 1575/6, Gefindelohn.

⁴⁾ cf. besonders Br. St. A. Abt. VII. Schmalkalbischer Bund, Band 26/7 für das Folgende.

⁵⁾ cf. B. L. A. Amt Lichtenberg, Kornregister 1595.

Neben den Aufgaben, welche die Bewirtschaftung der fürstlichen Domänen den Amtsbienern auferlegten, standen die polizeilichen Funktionen, die erst im 16. Jahrhundert an Bedeutung gewannen und allmählich wuchsen, je mehr der Staat alle Gebiete des Lebens in den Bereich seiner Tätigkeit zog. So hatten die Amtleute in ihrem Bezirke für den Bau von Wegen und Stegen und Brücken zu sorgen,¹⁾ dieselben durch die Wochendienste in gutem Zustand zu erhalten. Und als allmählich den Gemeinden diese Pflicht zugeschoben wurde, blieb doch die Aufsicht des Amtes bestehen. Ferner lag die Wohlfahrts- und Sicherheitspolizei in dem Befugnisreife des Amtes. Der Hauptmann, den die Amtsrechnungen überall erwähnen und noch um die Mitte des Jahrhunderts als ersten Beamten und auch als Vorgesetzten des Amtmanns erkennen lassen, hatte in erster Linie militärische Befugnisse, mit den ihm untergebenen Jahrknechten für die Sicherheit und Ruhe im Amte zu sorgen. Die Amtsuntertanen zahlten zur Unterhaltung der Jahrknechte eine geringe Kopfsteuer, die für jeden Hauswirt etwa 3—4 Groschen betrug;²⁾ nur in den Fällen, wo sie selbst den Wachtdienst auf dem Hause übernahmen, waren sie von dieser Abgabe frei. Auf den Unterhalt des Hauptmanns und seiner Knechte und Pferde mußte oft ein großer Teil der Amtseinnahmen verausgabt werden. Neben einem bedeutenden Gehalte finden sich hier noch Nebenbelohnung für Fußbeschlagnahme und Kleidung und hohe Naturaldeputate, besonders Hafer und Heu für die Pferde. In der letzten Hälfte des Jahrhunderts verschwindet die Person des Hauptmanns aus den Amtsrechnungen, die Aufsicht über die Amtleute übernehmen die Oberamtänner.

Auch auf dem Gebiete des Bildungswesens, der Kirchen- und Schulangelegenheiten wuchsen allmählich die Aufgaben des Amtmanns. Der Herzog Julius stützte sein ganzes Regierungssystem auf gegenseitige Kontrolle der verschiedenen Beamten. Wie er daher die Amtleute durch die Superintendenten überwachen ließ, so mußte der Amtmann diese bei der Visitation von Pfarren und Schulen unterstützen und die Amtsführung der geistlichen Beamten mit beaufsichtigen.³⁾ Er mußte Klagen gegen die Pfarrer gütlich beizulegen suchen, über Kriminalvergehen derselben an die Kirchenräte berichten. Er mußte auch jährlich zusammen mit dem Superintendenten die Kirchenrechnung abnehmen.⁴⁾ In dem der Stadt Braunschweig gehörigen Burgamte mußte das Amt auch darauf sehen, daß die Pfarr-, Kirchen- und Schulgebäude von den Gemeinden in Bau und Besserung gehalten wurden, daß das Pfarrland vermeiert wurde,

¹⁾ Amtsordnung 1541.

²⁾ cf. die verschiedenen Erbrechnungen im B. L. N.

³⁾ cf. Kruß, B. G. B. N. 1894, S. 101, 103.

⁴⁾ ib. S. 123.

sobald die Pfarre unbefetzt war, daß die Pfarrdistrikte von den Amtsuntertanen eingehalten wurden.¹⁾

Vor allem aber war das Amt Exekutiv- und Erhebungsbehörde im Steuerwesen. Der Amtmann hatte die ständigen und unständigen Entraden an Geld und Getreide, wie Beden, Schoß, Vogtgeld, Hof- und Ackerzinse, Zollgeld u. s. w. schon immer eingezogen und in den Amtsrechnungen berechnet. Als die Schatzungen und Accise aufkamen, wurde ihre Erhebung auch dem Amtmann übertragen.²⁾ Hier wuchsen mit der Zeit die Aufgaben des Amtes stark. Für Schatzungszwecke waren die ausführlichen Erbregifter bestimmt, die die Amtleute jährlich doppelt anfertigen und in die Rentnerei liefern mußten.³⁾ Für die Berechnung des Scheffelschages waren genaue Register erforderlich. Auch der Schaffschag verursachte den Amtsbienern viel Arbeit. Der Amtmann mußte mit seinem Schreiber und Bögten von Dorf zu Dorf im Beisein der Schäfer und Bauern genaue Schafregister anfertigen und danach den Schag einziehen. Um Untreue und Verschweigungen vorzubeugen, mußten sie auch heimlich die Schafe nachzählen lassen. Die Verrechnung der Bieraccise erfolgte auch durch die Amtleute. Hier mußten sie mit den Stadtschreibern ein Gegenregister führen und die Accise quartalsweise einziehen, auch während des Quartals 3—4 Mal in die Städte reiten und die Schreiber revidieren. Ferner führte der Amtmann Aufsicht darüber, daß die Bauermeister mit den Krügern ordentliche Kerbhölzer hielten und rechnete mit ihnen jeden Monat ab. Auch hier mußte er Kontrolle üben und die Bauermeister und Krüger inspizieren.

Für die verschiedenen Verwaltungsaufgaben standen dem Amtmann die Landvögte und Gogrefen zur Seite. Die größeren Ämter und Gerichte waren in Unterabteilungen geteilt, aus denen später die Vogteien oder Gogreffschaften vielfach entstanden. Die Gogrefen oder Bögte, die sich bisweilen auch in Ober- und Untervögte differenzierten, versorgten die ländliche Polizei, vertraten die moderne Gensdarmarie. Sie wurden in der Regel aus der Reihe der Untertanen genommen. Sie besaßen in einem der Dörfer einen Hof und waren dafür während ihrer Amtszeit vom wöchentlichen Dienste befreit. Bisweilen wohnten sie auch auf der vom Fürsten erbauten Vogtei.⁴⁾ Sehr oft wurde den Bögten vom Fürsten in

¹⁾ cf. B. L. A. Amtsbücher Eichgericht. passim.

²⁾ Es existierte dabei aber ein Unterschied: Die Beden, Zoll, Gerichtsbrüche usw. galten als Domanalgefälle im engeren Sinne des Wortes, die Schatzungen und Accise dagegen wurden an den Rentmeister abgeliefert, der ein Beamter der Stände war. Es kam darin der Dualismus des mittelalterlichen Territorialstaates zum Ausdruck. cf. v. Below a. a. O., S. 251.

³⁾ cf. für das Folgende Schatzordnung von 1557 bei Ribbentrop.

⁴⁾ z. B. in Gneßen. B. L. A. Amt Wilsenbüttel. Erbregifter 1566, fol. 463.

irgendeinem Dorfe ein Krug frei verschrieben. Der Lohn der Bögte bestand in Geld, Nebenlohn für Kleidung und Korndeputaten; waren sie beritten, so erhielten sie für ihre Pferde Hafer und Wiesenwachs.

Der Adel suchte sich und seine Junkerdörfer von der Verwaltung des Amtes zu emanzipieren. Zu den allgemeinen Kirchenvisitationen 1542, 1544 und 1568, welche amtsweise abgehalten wurden, sandten die Adelsdörfer meistens keine Leute;¹⁾ und gerade bei der letzteren Visitation scheinen die Adelsdörfer sich noch in größerem Maße ferngehalten zu haben. Auch in den Erbregistern werden sie in der Regel nicht beschrieben. Das Dorf Bollenrode im Eichgericht, wo die von Weserlingen einen Sitz hatten, weigerte sich an derartigen genossenschaftlichen Verbänden teilzunehmen, wie wir sie oben²⁾ erwähnt haben, höchstwahrscheinlich doch auf Betreiben der Junker. Im Jahre 1610 wurde ihnen sogar von diesen verboten, dem Rate Dienstgeld, Schatz und sonstige Abgaben zu entrichten oder vor dem Landgericht zu erscheinen.³⁾ Aber gegenüber dem scharfen, energischen Vorgehen des Rates und seines Amtmannes gelang diese Emanzipation nicht. Bei der Erhebung der Schätzungen waren die adeligen Dörfer, ja auch die geschlossenen adeligen Gerichte dem Amtsbezirke eingegliedert. Die Amtleute sollten nach der Schatzordnung von 1557 die Pfandhäuser und eigenen Gerichte in ihrem Bezirke für den Scheffelschatz genau beschreiben und diesen einsammeln. Auch die Schafe mußten sie hier zählen lassen; und der Junker Schreiber mußten wegen der Accise aus den verpfändeten Häusern, den adeligen Gerichten und Dörfern mit dem Amtmann allmonatlich abrechnen. Sie waren auch dem Amtmann jeder Zeit Bericht zu erstatten verpflichtet. Auf diesem Gebiete sind die Befugnisse des Amtmanns im 16. Jahrhundert nicht eingeschränkt worden.

C. Gerichtsbarkeit.

Besonders genau läßt sich die Entwicklung, welche die Verwaltung im 16. Jahrhundert durchgemacht hat, auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung erkennen. Hier kann man überall den zentralistischen Zug der Zeit bemerken. Das römische Recht mit seinen absolutistischen, zentralisierenden Rechtsideen fand in die oberen Gerichtsinstanzen durch die Hofgerichtsordnungen Eingang,⁴⁾ in den Untergerichten ließ die Hofgerichtsordnung von 1559 das Sachsenrecht bestehen und machte hier nur den schriftlichen Prozeß zur Pflicht. Aber auch hier herrschte nicht mehr die

¹⁾ cf. Kayser, Kirchenvisitationen passim.

²⁾ cf. S. 83/4.

³⁾ B. L. N. Amtsbuch, Eichgericht 1603—1612. Nr. 214, 240, 245.

⁴⁾ cf. Krusch, J. G. B. N., besonders Jahrgang 1893, S. 298.

Mannigfaltigkeit des Mittelalters; die einzelnen Dorfgerichte verschwanden. Es gab meist nur noch das allgemeine Landgericht für den ganzen Amtsbezirk oder in größeren Ämtern für die Unterabteilungen, die Sohe, Börden oder Vogteien; der Ausdruck „Gohgericht“ findet sich nirgends. Nur leise Spuren früherer Sonderheiten hatten sich noch erhalten. So mußte im Dorfe Dettum im Gerichte Evesen noch ein Dorfgericht gehalten werden über das, was auf der Dorf- und Feldmark passierte.¹⁾ Auch in Groß-Denkte im Gericht Affeburg mußte jährlich auf bestimmte Zeit, Montag nach dem Weißen Sonntag und Montag nach Trium Regum, Gericht gehalten werden;²⁾ die Gerichtsumkosten trugen die Dorfnachbarn („die Menne“). Ebenso mußte in Westbiewende (= Großbiewende) einmal jährlich das Gericht gehalten werden. In Remlingen mußte das Landgericht alle 7 Jahre einmal gehalten werden. In Semmenstedt wurde in zwei Jahren dreimal das Landgericht gehalten, wobei die Beehrungskosten für Amtleute und Bögte die Dorfschaft zahlte. Die Dorfschaft Rissenbrügge mußte zu Groß-Denkte oder an andern Orten vor dem Landgerichte erscheinen, außerdem wurde jährlich im Dorfe Montag nach Pfingsten auf Kosten der Dorfbewohner ein Gericht gehalten. Die Dörfer Klein-Denkte, Sottmar, Wittmar, Klein-Bahlberg, Mönch-Bahlberg, Groß- und Klein-Winnigstedt, Seinstedt, Kalme, Klein-Biewende, Borkum, Timmern gehörten vor das Landgericht. Ihre Bewohner mußten zu Gericht erscheinen in den Dörfern, wohin sie gefordert wurden; vom Dorfe Klein-Biewende mußte nur die Hälfte der Männer mit dem Bauermeister kommen. Die Dorfschaft Borkum brauchte von altersher zu den Gerichtsumkosten nicht beitragen. So können wir im Gerichte Affeburg deutlich den Auflösungsprozeß beobachten. An Stelle der früheren Dorfgerichte war das Landgericht getreten; nur hatten einzelne Dorfschaften noch den Anspruch behauptet, daß das Gericht in ihrem Dorfe zu bestimmter Zeit gehalten werden mußte.

Als Grund dafür, daß sich hier die Verhältnisse früherer Zeiten noch länger gehalten haben, muß wohl der Umstand gelten, daß Affeburg sich bis 1569 in den Händen der Stadt Braunschweig befand. In den fürstlichen Ämtern war der Prozeß schon weiter vorgeschritten; hier gab es meist nur einen einzigen Ort, wo das Gericht gehalten wurde. Im Gerichte Beddingen fand das Landgericht in Beddingen oder Stöckheim, im Halbgerichte in Bettmar, im Gerichte Dahlum in Niederdahlum, im Gerichte Schöppenstedt in der Stadt Schöppenstedt statt und im Gerichte Evesen im Dorfe Evesen. Im Amte Schöningen wurden 1586 jährlich

¹⁾ cf. B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566 (?), Dettum.

²⁾ ib. Affeburger Erbregister 1569.

4 Landgerichte gehalten, 2 vor dem Ratskeller in Schöningen und 2 vor dem Seperthor zu Helmstedt.¹⁾ Die Dorfschaften waren einer dieser Gerichtsflätten zugewiesen. In Schöningen mußte einer aus dem Räte Richter oder Sogrese sein. Der Rat zu Helmstedt mußte aus seiner Mitte 4—5 Personen zum Gerichte vor dem Seperthor senden, die Bericht taten, wenn wegen der Bürger etwas Bruchfälliges vorfiel.

Die 4 Landgerichte im Amte Schöningen waren früher an bestimmten Tagen gehalten worden; seitdem aber die Gerichte mit „fürstlichen ansehnlichen Räten, so dem Amte zugeordnet, mitbekleidet“ wurden, wurden die Gerichte nach Gelegenheit angesetzt. Hier sehen wir wiederum ein Stück der Selbstherrlichkeit der Landgerichte gebrochen, das Einberufen des Gerichtes wurde am Schlusse des Jahrhunderts in das Belieben der fürstlichen Beamten gestellt.

Der Verlauf des Landgerichtes²⁾ blieb in seinen alten Formen bestehen. Alle Hauswirte des betreffenden Gerichtsprengels mußten erscheinen, die Bauermeister darauf achten, daß niemand fehlte. Nachdem das Gericht unter den altherkömmlichen Formalitäten eröffnet worden war, brachten die Bauermeister die Brogen ein, die der Amtmann in das Gerichtsbuch eintrug. Der Landvogt trat dann als Kläger auf, doch mußte er dazu einen „Vorsprach“ haben. Die Brüche wurden durch den Landmann erkannt.³⁾ Die fürstlichen Beamten hatten also keinen Einfluß auf die Urteilsfindung; es wurde nur das Landgericht im Namen des Fürsten als des obersten Gerichtsherrn gehalten. Die Amtleute mußten hauptsächlich zugegen sein, um die Brüche aufzuzeichnen, die ja dem Fürsten zufielen.

Auch die Sondergerichte, die Meierdinge, Vogtdinge und Freiengerichte büßten allmählich an Selbständigkeit ein. Die Meierdinge⁴⁾ waren die mittelalterlichen Villifikationsgerichte. Der Meierdingsherr erhielt von den Meierdingseuten nicht nur den Erbenzins, hier war auch die Gerichtsbarkeit mit der Grundherrschaft verbunden geblieben. Die Meierdingsverfassung war überall in der Auflösung begriffen. Das Meierrecht, das auf der Freiheit der Persönlichkeit basierte, griff auch in das Gebiet der Meierdingsgüter hinüber. Die Freien konnten allgemein Meierdingsgüter erwerben, ohne unfrei zu werden; sie mußten sich nur vor dem Meier-

¹⁾ B. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeschreibung, angefertigt ca. 1584 (1586?).

²⁾ cf. Gefenius a. a. O. I, Beilage III (Landgericht zu Zerghem). Koten, Die Winzenburg, S. 110 ff. Oppermann, Deutsches Gerichtsverfahren im 17. Jahrhundert in der Zeitschrift für deutsches Recht von Beseler, Reyscher, Wilba, Band XI, S. 66 ff.

³⁾ Gefenius a. a. O. Beilagen S. 17. B. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeschreibung nach 1584 (1586?) angefertigt.

⁴⁾ Vergleiche über die Meierdinge Wittich, Grundherrschaft Kap. VI, § 1.

dinge durch die „treue Hand“, einen Unfreien vertreten lassen.¹⁾ Die persönliche Unfreiheit widersprach dem allgemeinen Zustande der Zeit, und es herrschte durchaus das Streben, unfreies Gut in freies zu verwandeln.²⁾

Der allmählichen inneren Auflösung der Meierdingsverfassung ging ein allmähliches Einschränken der Meierdingsbefugnisse durch die allgemeinen Landgerichte parallel. Die eigentliche Gerichtsbarkeit wurde den Meierdingen mehr und mehr genommen, es blieb ihnen nur die Aufsicht über den Wirtschaftszustand der Meierdingsgüter. Auf dem Meierdinge empfing der Grundherr den Zins von seinen Meierdingsleuten, Rauchhuhn, Beddemund und Baulebung; vor allem mußten alle Verträge über Meierdingsgüter, wie Käufe, Verpfändungen, Mitgiften vor dem Meierding geschlossen und in das Meierdingbuch eingetragen werden, um Rechtsgültigkeit zu erlangen. Bei jedem Wechsel des Besitzers gebührte dem Meierdingsherrn ein Umsaggeld. Insofern war das Meierding noch sehr geschlossen, als sein Urteil ein ausgehendes war; es durfte nicht an das fürstliche Hofgericht appelliert werden, sondern nur an den Obermeierdingsherrn.

Im Osten des Landes hatten die Meierdinge völlig ihre Bedeutung verloren. Das Meierding im Amte Schöningen, wo der Fürst Meierdingsherr war, war schon zu einer bloßen Zahlstelle der Zinsen und Umsaggelder herabgesunken.³⁾ Das Affeburger Erbregeister von 1569 erwähnt das Meierding zu Groß-Denkte, wo das Stift Gandersheim Meierdingsherr war, und das Meierding der Goslarer Münsterherren zu Semmenstedt überhaupt nicht als Sondergerichte; sie scheinen danach keine große Bedeutung mehr gehabt zu haben. Im Westen, im Halbgericht, im Gericht Beddingen und in den vom Stifte Hilbesheim erworbenen Gebieten nahmen die Meierdingsgüter einen größeren Prozentsatz des Landes ein; das Domkapitel und das Michaeliskloster zu Hilbesheim hatten hier viele Meierdinge, deren Kompetenz noch umfangreicher war. Was auf den Meierdingshöfen sich ereignete, wurde vor dem Meierdinge gewroget, während die Feldmark vor das Landgericht gehörte.⁴⁾

Die Vogtdinge und Freiengerichte haben ihre Sonderstellung im 16. Jahrhundert noch mehr gewahrt als die Meierdinge. Das Vogtding⁵⁾ im Halbgericht erstreckte sich über die Dörfer Wendeburg, Zweidorf, Sierße

¹⁾ So war z. B. das Kirchenland in Semmenstedt Meierdingsgut. B. L. A. Amt Wolfenbüttel: Affeburger Erbregeister 1569, Semmenstedt.

²⁾ Strube a. a. O., S. 576/7. Sehr lehrreich ist hier der Streit zwischen dem Domprobst und der Stadt Hilbesheim, Goebel a. a. O., S. 134.

³⁾ B. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeschreibung aus dem Ende des 16. Jahrhunderts (ca. 1586).

⁴⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregeister 1566, Halbgericht Boltorf.

⁵⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregeister 1566 (?), Halbgericht.

und ihre Feldmarken, sowie über die Feldmark des Dorfes Wendezelle; auch in Woltorf lagen einige Vogtbingsgüter. 1546 wurde dieser Bezirk noch als das Amt Sierke bezeichnet.¹⁾ Gerichtsherr war hier allein der Landesfürst; ihm allein fielen die Brüche zu, während die Brüche auf dem Landgerichte zu Bettmar zur Hälfte an das Hilbesheimische Amt Peine fielen. Gerade der Umstand, daß die Gerichtsherrschaft im Halbgericht zwischen Hilbesheim und Braunschweig geteilt war, wird dazu beigetragen haben, die Sondergerichte in ihrer Existenz zu erhalten. Das Vogtbing gilt dem Erbreger von 1566 (?)²⁾ durchaus als ein Gericht über Freie; es wird darin mit dem Probstbing und Freibing auf eine Stufe gestellt. Das Gericht wird gehalten auf dem Freiemeierhof zu Wendeburg. Die Vogtbingleute geben Baulebung, aber keinen Beddemund. Und es wird als Grundsatz hingestellt, daß eine ins Vogtbingamt gehörige Magd, die einen Mann heiratet, der nicht Genosse des Vogtbing, Probstbing oder Freibing ist, unfrei wird. Auch im Dorfe Wehlen³⁾ werden noch 1584 freie Vogtgüter erwähnt, von denen das Vogtgeld zum dritten Teil dem Hause Samleben und dem Kloster Ringelheim zu $\frac{2}{3}$ gebührte; von einem besonderen Vogtbing ist hier aber nicht mehr die Rede.

Auch die Probstbingleute der Propstei Olsburg galten als freie Leute.⁴⁾ Sie durften frei in Fürstentümer und Städte ziehen, auch Amt und Gilden befehen und wurden bei ihrer Rückkehr wieder frei in Probstbingsgerechtigkeit gesetzt. Dem Erbreger von Wolfenbüttel gelten die Probstbingsgüter durchaus für freie Güter.⁵⁾ Wer einem andern Herrn ein Halshuhn zahlte, konnte kein Probstbingsgut erwerben.⁶⁾ Das Probstbing hatte im 16. Jahrhundert noch die volle untere Gerichtsbarkeit über die Probstbingsgüter. Erst am Schlusse des 17. Jahrhunderts suchte hier das Amt Wolfenbüttel die Jurisdiktion zu beschränken,⁷⁾ zog Streitigkeiten über Probstbingsgüter vor sein Forum und forderte auch den Dienst, von dem die Probstbingleute früher frei gewesen waren.

Am sichersten haben die Freibinge⁸⁾ ihre Position behauptet. Sie

1) Br. St. A. Abt. VII. Schmalkalb. Bund 26, fol. 248.

2) B. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbreger 1566 (?), Wendeburg. über das Vogtbing, cf. Rolten a. a. O., S. 178—182.

3) cf. B. L. A. Amt Wolfenbüttel: Beschreibung des Hauses Samleben, zusammengebunden mit dem Asseburger Erbreger.

4) cf. Rolten a. a. O., S. 85 ff., 106.

5) B. L. A. Amt Wolfenbüttel, Halbgericht.

6) cf. Rolten a. a. O. Es war hauptsächlich nur die Sondergerichtsbarkeit des Zinsherrn, der Propstei zu Olsburg, welche sie von andern Gütern unterschied.

7) cf. Goebel-Rolten a. a. O., S. 136 ff.

8) cf. Die Freibingstatuten für Bettmar von 1732 Rolten a. a. O., S. 149 ff., für Sieke aus dem Jahre 1571 ib. S. 166—72.

forhten durch scharfe Bestimmungen dafür, daß Freigüter nicht in fremde Hände kamen und dadurch eine innere Zersetzung ihrer Organisation herbeigeführt wurde. Ferner behielten sie die Gerichtsbarkeit im alten Umfange. Erst im 17. Jahrhundert griff der alles nivellierende Staat auch scharfer in ihre Sonderstellung ein. Die freien Leute wurden einmal den übrigen Bauern und Meierdingsleuten assimiliert; Baulebung, Schutzzgeld und andere Abgaben wurden von ihnen gefordert.¹⁾ Nach den Freidingsstatuten des Freidings zu Bettmar von 1732 wurde ferner vor dem Freiengericht nur noch das eingewrogt, was in den Häusern der Freien passierte; fiel dagegen auf der Feldmark etwas Bruchfälliges vor, so gehörte dies vor das allgemeine Gericht.

Die im Freiding zu Bettmar vereinigten Freigüter, die hauptsächlich im Halbgericht, im Gericht Beddingen und Eichgericht, zu einem Teil auch im Hilbesheimischen lagen, waren quantitativ nicht unbedeutend, nach den Amtsrechnungen 103 $\frac{1}{4}$ Hufen Land. Im Freiengericht zu Sichte waren nur 4 Geschlechter vereinigt.²⁾ Alle diese Sondergerichte, die Meierdinge, Vogtdinge, Propstdinge und Freidinge hatten insofern ihre Existenzberechtigung, als sie über die wirtschaftliche Erhaltung der Güter wachten, diese nicht in fremde Hände kommen ließen und hier die Aufgaben vielfach erfüllten, welche sonst mit der Zeit das Amt übernahm.

So können wir im 16. Jahrhundert überall die Tendenz verfolgen, alles Sondertum in der Gerichtsverfassung zu brechen und hier eine möglichst große Einheitlichkeit zu schaffen. Daneben setzt auch bereits eine neue Entwicklung ein, die darauf hinzielte, die genossenschaftlich, nach altdeutschen Rechtsbegriffen organisierten Landgerichte in ihrer Kompetenz zu beschränken und allmählich verkümmern zu lassen. Es begann eine anfangs freiwillige Gerichtsbarkeit des Amtes. Den Untertanen konnte es ja nur angenehm sein, wenn sie Streitigkeiten sofort vor dem Amte erledigen konnten und dieselben sich nicht bis zum nächsten Landgericht hinzogen. So nahm das Amt allmählich eine Art Schiedsrichterstelle ein. In der ausführlichen Amtsordnung von 1541³⁾ ist von dieser Funktion des Amtes mit keinem Worte die Rede. Nach der Amtsordnung von 1566⁴⁾ gilt das Amt bereits als „erste Gerichtsinstanz“; und es wird den Amtleuten noch einmal eingeschärft, in allen Streitfällen mit Ernst auf einen Vergleich hinarbeiten und die Sachen nicht sofort an die Kanzlei zu verweisen. Das Amt hatte ein Interesse daran, die Bauerngüter in ihrem wirtschaftlichen Bestande zu erhalten, damit sie leistungsfähig blieben für die Staats-

¹⁾ Nolten a. a. O., S. 149.

²⁾ ib. S. 166.

³⁾ Geseuius a. a. O., II. Beilage XXIII.

⁴⁾ ib. Beilage XXIV, S. 150.

lasten. So zog es besonders die Kontrakte über Güter an sich; diese mußten ins Amtsbuch eingetragen werden, um Gültigkeit zu erhalten. Nach dem Landtagsabschied von 1619 Artikel 29¹⁾ mußten alle Ehekontrakte, die in erster Linie die Güter zerrissen, mit Wissen der Guts Herrn vor dem Gerichtsherrn eines jeden Ortes geschlossen werden. Und durch die Verordnung vom 4. April 1620²⁾ wurden die Beamten verpflichtet, alle Ehestiftungen, Kaufbriefe, Teilungsrezesse nicht zu bestätigen, wenn sie dem Landesherrn oder den Kontrahenten zum Nachteil seien. So war hier bereits aus einer Gewohnheit gesetzlicher Zwang geworden. Im Laufe des 17. Jahrhunderts riß dann das Amt allmählich die gesamte Zivil- und Kriminaljurisdiktion an sich. Die Landgerichte wurden in ihrer Kompetenz auf Polizeivergehen beschränkt.³⁾

Auch gegenüber den privilegierten Ständen, den abligen Gerichtsherrn und den Klostergerichten machte der Staat im 16. Jahrhundert mit Erfolg das Prinzip der Unterordnung unter die allgemeine Gerichtsbarkeit geltend. Einmal beschränkte der Fürst die Gerichtsbarkeit der abligen Herren und Klöster auf den Bezirk des Dorfes, die Feldmarken wurden in den Bereich des Landgerichtes gezogen. So hatten die von Samleben in Rottorf,⁴⁾ die von Weferlingen in Völkenrode⁵⁾ im Eichgericht, die Familie von Salder in den Dörfern Salbern und Watenstedt im Amte Lichtenberg,⁶⁾ das Kloster Steterburg in Melverode,⁷⁾ der Erbkämmerer in Wendezelle, das Kloster zu Schöningen in Hoierstorf,⁸⁾ das Kloster Ribbaggshausen in Wobes und Dffleben das Untergericht nur innerhalb des Dorfes; was auf der Feldmark Straffälliges sich ereignete, wurde vor dem Landgerichte gerügt⁹⁾. Auch über die Feldmark der Stadt Helmstedt und Schöningen¹⁰⁾ hatte der Fürst die Gerichtsbarkeit.

Wo es aber dem Staate nicht gelang, diesen Grundsatz zur Geltung zu bringen, suchten die Fürsten die Befugnis der privilegierten Gerichtsherrn möglichst auf die untere Gerichtsbarkeit zu beschränken; der Adel,

1) cf. Ribbentrop a. a. O.

2) cf. Gesenius I, S. 479, S. 484/85. Kalenberger Landesordnungen, Caput 5, Nr. 8.

3) cf. Wittich, S. 160/1. Oppermann, Zeitschrift für deutsches Recht, Band XI, S. 66 ff. (für Hoya).

4) W. L. A. Amt Königsutter, Amtsbeschreibung, Bruchstück Mitte des 16. Jahrhunderts.

5) W. L. A. Amt VI, § 7. Erbenzins- und Pachtgüter des Eichgerichtes 1569.

6) W. L. A. Amt Lichtenberg. Die verschiedenen Erbgeregister, besonders das von 1622 fol. 38.

7) W. L. A. Amt Wolsenbüttel. Erbgeregister 1566 (?). Gericht Dahlum.

8) W. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeschreibungen von 1547, 1570, 1586 (?).

9) Über das Amt Winzenburg vergleiche Kofen, die Winzenburg, S. 109.

10) W. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeschreibung Ende des 16. Jahrh. 1586 (?).

welcher die volle Obrigkeit, die hohe Jagd, freie Holzgerechtigkeit für sich beanspruchte, forderte auch die volle Gerichtsbarkeit, Ober- und Untergerichte für sich. Der Gegensatz führte oft zu Gewaltthaten; die fürstlichen Amtleute rissen dem Adel die Galgen, die äußeren Zeichen der peinlichen (Ober-) Gerichtsbarkeit, nieder. Sie wiesen hier nicht nur neue Annahmen zurück, sondern griffen auch die Abhängigen in althergebrachten Rechten an.¹⁾ Und im 16. Jahrhundert hat der Staat diesen Grundsatz mit Erfolg vertreten. Alle Forderungen des Adels wurden energisch zurückgewiesen.²⁾ Erst im Laufe des 17. Jahrhunderts gewann der in den Patrimonialgerichtsherren verkörperte dezentrale Gedanke wieder die Oberhand; damals wurden ihnen auch die Obergerichte vielfach zugebilligt.³⁾

Schlußüberblick.

Wenn wir zum Schluß die Entwicklung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Agrarverhältnisse im 16. Jahrhundert zusammenfassen, um den bestimmenden Gesichtspunkt zu finden, von dem aus die einzelnen Einrichtungen und Wandlungen sich überschauen lassen, so müssen wir von den politischen Gegensätzen der Zeit ausgehen. Im 16. Jahrhundert setzte sich der Gedanke der Staatseinheit, des Territorialstaates im Kampfe gegen die partikularistischen Sonderinteressen siegreich durch; der Territorialstaat war der ruhende Pol, um den alles sich drehte und wandelte, der Staatswille die Kraft, die die verschiedenen Strömungen der Zeit in ein gemeinsames Bett zwang. Das 15. Jahrhundert war erfüllt gewesen von den Experimenten, die äußere Staatseinheit herzustellen, und in der Primo-

¹⁾ Sehr lehrreich sind hier die Gravamina des Adels 1570. B. L. A. Landschaft II₁, Summarischer Extract aller Staende dieses Fürstenthumbs Braunschweig eingekommene Beschwerden, und Landschaft II₂, siehe auch die Klagen der Landstände über Eingriffe der Beamten in ihre Gerichtsbarkeit auf dem Landtage zu Salzbadlum 1605 bei Ribbentrop S. 171—179.

²⁾ cf. B. L. A. Landschaftliche Sachen II₂. Sehr interessant sind die Bemerkungen des Lichtenberger Erbregisters von 1622 fol. 38: Der Fürst wollte denen von Salder weder innerhalb noch außerhalb des Dorfes Salder-Watenstedt die Gerichtsbarkeit zugestehen, während die von Salder nicht nur das niedere Gericht, sondern auch die hohe Halsgerichtsbarkeit für sich erstrebten. Im Vertrage von 1602 wurden ihnen nur die Untergerichte in den Döfern zugestanden.

³⁾ B. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregister 1566 (?) fol. 691.

geniturordnung von 1535 wurde der Grundsatz der Unteilbarkeit des Staatsgebietes endgiltig festgelegt. Das 16. Jahrhundert brachte den Sieg der Fürstenmacht, des Staatsgedankens über die in den Ständen verkörperten partikularistischen Tendenzen, die innere Einheit und Harmonie des Staatsgebildes. Die wirtschaftlichen Kräfte des Landes wurden dem Staate und seinen Zwecken dienstbar gemacht; die autonomen sozialen Bildungen, die das staatenlose Mittelalter großgezogen hatte, wurden in den allgemeinen Staatsverband eingegliedert. Bürger und Bauern, Adel und Geistlichkeit wurden wirkliche Staatsuntertanen, übernahmen als solche vor allem auch Pflichten, mußten in erster Linie die finanziellen Kosten der Staatsverwaltung decken helfen.

Auch auf dem agrarischen Gebiete kam dieser Sieg des Territorialstaates lebendig zum Ausdruck. Die Fürsten und ihre Ratgeber setzten hier ihre Ideen meist durch; und für sie war allein das Staatsinteresse maßgebend. Sie förderten die Ausbildung der individuellen Kräfte des Wirtschaftslebens nur so lange, als der Staat daraus Vorteil zog, alle partikularistischen Ausartungen unterdrückten sie möglichst.

Lebhaft unterstützte die Regierung, welche in der Geschlossenheit der Güter die erste Vorbedingung für deren finanzielle Leistungsfähigkeit an den Staat sah, die im 16. Jahrhundert allmählich umfichgreifende Tendenz, die Güter in ihrer Einheit zu erhalten. Allerdings kam auch sie nicht auf den Gedanken, an dem eine kräftige wirtschaftliche Entwicklung verhindernden Betriebssystem zu rütteln, sie dachte nicht daran, die Grundstücke zu verkoppeln. So ging die innere Einheit den Gütern noch vollständig ab; die mit Flurzwang und Dreifelderwirtschaft verbundene Gemengelage der Äcker blieb unverändert bestehen. Aber es wurde doch wenigstens die äußere Untrennbarkeit der Güter am Schlusse des Jahrhunderts gesetzlich festgelegt.

Von Erfolg waren auch die Bemühungen der Regierung gekrönt, feste und gesicherte Besitzverhältnisse herzustellen, welche die Güter zum Tragen der Staatslasten fähig erhielten. So kamen die Herzöge den Klöstern mit scharfen Verordnungen zu Hilfe, als ihr Besitz in den Wirren des Reformationszeitalters verloren zu gehen drohte. So führten sie vor allem in einem harten und langen Kampfe gegen die egoistischen Gelüste der Grundherren für die Bauerngüter den Grundsatz der Erbllichkeit und Unveränderlichkeit des Zinses durch.

Alle Bestrebungen, welche eine für den Staat gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung hemmten, suchte die Regierung niederzuhalten. Sie war nicht dagegen, wenn die Nachbargemeinden sich allmählich gegen Neuanfiedler abschlossen; es geschah aus einem berechtigten Grunde, der Furcht vor Übervölkerung und verderblicher Zersplitterung des Allmendebesitzes. Die

überschüssige Bevölkerung wurde ja außerhalb der Gemeinheit angesiedelt und ging dem Staate als Steuer- und Dienstkraft nicht verloren. Dagegen machte die Regierung Front gegen die Absonderungsgelüste der Städte, die für die ständische Teilung des wirtschaftlichen Daseins sochten, die das Handwerk und auch besonders die Braugerechtigkeit monopolisieren wollten. Das Handwerk auf dem Lande blieb bestehen, wenn es auch auf ein bescheidenes Maß beschränkt wurde, und die Braugerechtigkeit blieb kein Vorrecht der Städte. Der Adel scheint nicht auf eine scharfe Absonderung von den übrigen Ständen hingearbeitet zu haben; die Älten zeigten nichts von Bestrebungen des Adels, Bürgern und Bauern den Erwerb von Rittergütern zu unterbinden. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Fürsten des 16. Jahrhunderts gegen derartige Regungen scharf Stellung genommen hätten.

Voll und ganz gelang es dann auch der Dynastie, die allmählich wieder aufblühenden Wirtschaftskräfte des Landes dem Staate dienstbar zu machen. Die Stände mußten als Grundsatz anerkennen, daß die Untertanen dem Fürsten die finanziellen Mittel für die Ausführung seiner Aufgaben geben mußten, Adel und Geistlichkeit wurden vom Steuerzahlen nicht befreit; und es war völlig bedeutungslos, wenn die Stände bei jeder Steuerbewilligung die Klausel beifügten, daß es eine außerordentliche, freiwillige Leistung sei und keine regelmäßige Pflicht. Die Bauern leisteten ihre Hand- und Spanndienste in der Regel nicht an den Grundherrn, sondern an den Fürsten als den Gerichtsherrn. Die Klostergüter kamen allmählich ganz und gar in die Hand des Staates, ihre Verwaltung wurde nach dem Vorbilde der zentralisierten Domänenverwaltung reformiert; ihre Erträge kamen Staatszwecken zugute.

Auf dem Gebiete der Verwaltung läßt sich der Zug zum Zentrum hin, der Sieg der Staatsidee am klarsten erkennen. Für den werdenden Staat war es das wichtigste, daß er alle Gebiete des sozialen Lebens in die zentrale Verwaltung hineinzog. Die Reformen des 16. Jahrhunderts treffen überwiegend die Zentralverwaltung, sie sollten den Kontakt mit der schon längst organisierten Lokalverwaltung herstellen. Die Herzöge des 16. Jahrhunderts wollten einen lebendigen Zusammenhang mit ihren Untertanen haben, zwischen sich und den Untertanen keine Vermittlungsglieder anerkennen. Und mit Erfolg wurde dieser Gedanke vertreten. Allerdings konnten die Fürsten nicht immer umhin, Grundherrn auch öffentlich rechtliche Befugnisse zuzugestehen, aber diese wurden auf ein bescheidenes Maß reduziert. Und selbst die autonomsten Gebilde, wie die Landgemeinde, blieben nicht in ihrer reinen Selbstherrlichkeit bestehen, sie wurden dem Staatsorganismus mehr und mehr als Exekutivbehörden eingefügt.

Auch die Gerichtsbarkeit, deren Weiterentwicklung auf römisch-rechtlichen Begriffen beruhte, brachte den zentralistischen Zug scharf zum Ausdruck. Der Regierung gelang es, die auf dem Prinzip der freien Organisation aufgebauten Landgerichte in ihrer Freiheit zu beschränken und ihre Machtbefugnis zu untergraben. Mehr und mehr sanken sie zu den reinen Polizeigerichten späterer Zeit herab; die eigentliche Gerichtsbarkeit ging mehr und mehr an die fürstlichen Ämter über.

Überall kann man sehen, wie sich aus dem mittelalterlichen Durcheinander ein einheitliches Ganzes immer stärker werdend hervorhebt, wie sich der Staatskörper mehr und mehr zu einem harmonischen, von starken Säulen getragenen Bau ausgestaltet. Vom Fürsten strömt alles Blut und Leben aus, und von hier wird es direkt bis in die entferntesten Teile und Glieder des Ganzen getragen. Während in Ostelbien die zentrifugalen Elemente im Staate die Oberhand erhielten und sich die Grundherrschaft als Scheidewand zwischen Fürst und Bauer legten, bildete sich in Braunschweig eine feste, politische Ordnung und Einheit, errang hier die Dynastie die fast unbedingte Herrschaft auch im innern Staatsleben.

Wenn wir die Kräfte abwägen, die sich in diesem innerpolitischen Kampfe gegenüberstanden, so wird uns dieser Ausgang nicht wunderbar erscheinen. Auf der einen Seite sehen wir zielbewusste, energische Persönlichkeiten, Realpolitiker, wie Heinrich d. Jüngeren und Julius und nach ihnen einen Heinrich Julius, der zwar nicht den scharfen, ruhigen, realpolitischen Blick und die Tatkraft seiner Vorgänger hatte, dafür aber ein um so größeres Bewußtsein von seiner fürstlichen Machtvollkommenheit. Und an der Seite der Herzöge finden wir treue, gleichgesinnte Kanzler und Ratgeber, Männer von dem Schlage eines Mynsinger von Frundeck, eines Doktor Jagemann. Ihnen allen schwebte als klares, festes Ziel die Macht des Staates vor, dessen Daseinsberechtigung für sie eine heilige, innere Überzeugung war.

Bei den Gegnern, den Vertretern des Partikularismus finden wir keinen einheitlichen Willen, kein klares Ziel. Die Klöster, der Adel und die kleinen Städte waren nicht mehr prinzipiell gegen die Idee des Territorialstaates; sie suchten nur möglichst wenig von ihrer Freiheit aufzugeben. Ein opferfreudiges Staatsbewußtsein beherrschte sie nicht; aber sie bewilligten doch die finanziellen Mittel für die Staatsverwaltung und für die Tilgung der Staatsschulden. Die Klöster waren als Opposition gar nicht zu rechnen, sie waren zu sehr auf die Regierung angewiesen. Ein großer Teil des Adels stand in fürstlichen Diensten und war daher den Wünschen der Regierung zugänglich. Nur eine kleine, ganz bedeutungslose Gruppe des Adels, deren Vertreter z. B. auf dem entscheidenden Landtag von 1597 gar nicht beachtet wurde, verfolgte extrem agrarische Forderungen, vertrat

ganz einseitig das Interesse der Grundherrn, besonders deren schrankenlose Verfügungsfreiheit über ihre Güter. Die kleinen Städte, deren wirtschaftliches Dasein sich nicht erheblich von dem der Landbevölkerung unterschied, fand in der bauernfreundlichen Agrarpolitik der Regierung vielfach ihr eigenes Interesse berücksichtigt.

Prinzipielle Gegnerin des Territorialstaates war nur die Stadt Braunschweig; sie wollte sich ganz aus dem Staatsverbande loslösen und reichsunmittelbar werden. Aber wenn man ihre Kämpfe gegen die Herzöge näher verfolgt, so kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Stadt selbst nicht mehr an ihren Sieg geglaubt habe, ihre faktische Ohnmacht gegenüber dem kraftvoll vertretenen Staatswillen dunkel empfunden habe. Die Zeit mächtiger Städtebündnisse war dahin; schon die Stadtfehde von 1493/4 hatte bewiesen, wie gering der Rückhalt war, den die Stadt an den verwandten Hansestädten fand. Im 16. Jahrhundert war Braunschweig auf seine eigene Kraft beschränkt, die dazu noch durch die Gegensätze innerhalb der Bürgerschaft sehr geschwächt wurde. Nur einmal bot sich eine günstige Gelegenheit, als sie im Bunde mit den Schmalkaldenern stand. Aber der Sieg war nicht entscheidend, sondern nur ein augenblicklicher Erfolg; in dem endgiltigen Frieden von 1553 mußten die Braunschweiger dem Staate bereits erhebliche Zugeständnisse machen. Im Grunde war schon damals der Sieg des Staatsgedankens über die Stadt entschieden. Eine gewisse Ausnahmestellung für sich und die von ihr und ihren Bürgern abhängige Landbevölkerung behauptete die Stadt noch bis in die zweite Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts. Aber das prinzipielle Festhalten der Stadtväter an dem von den Vorfahren ererbten Streben, die stete Steuer- verweigerung und das Fernbleiben vom Landtage änderten nichts an der Tatsache, daß Braunschweig eine herzogliche Stadt war; die Fürsten ließen die Steuern in den Gerichten der Stadt durch ihre Beamten gewaltsam eintreiben, die Landstände gingen über den stillen Widerspruch der Stadt hinweg, sie vertraten durchaus den Standpunkt, daß ihre Beschlüsse für das ganze Land bindend seien, auch für nicht anwesende Landtagsmitglieder. Die Stadt konnte sich ihrer Untertanenpflicht nicht mehr ganz entziehen.

Die Vertreter des Partikularismus waren ohnmächtig und uneinig, ihre Interessen gingen teilweise weit auseinander; die Regierung dagegen hatte ein klares Ziel vor Augen, war beseelt von der inneren Berechtigung ihrer Zwecke. Unter diesen Umständen konnte der Sieg nicht zweifelhaft sein; der Staatswille mußte sich durchsetzen, im Sinne des Staatsgedankens mußten die agrarischen Fragen entschieden werden.

Anhang I.

Größe einiger Domänen und Klosterbetriebe nach Br. St. A. Abt. VII
Schmalkaldischer Bund, Band 26/7. Anno 1539—1546.

A. Amtshaushalte:

Homburg-Wickenfen	ca. 500 Morgen Acker ¹⁾	+ 80 Morgen Wiesen.
Fürstenberg	550 " "	40 " "
Holzminde	525 " ²⁾ "	9 " "
Bilderlah	ca. 1200 " "	
Gebhardshagen	ca. 725 " "	100 Fuder Heu.
Forst	ca. 650 " "	65 " "
Seesen	ca. 300 " "	
Staufenburg	ca. 930 " "	
Steinbrück	502 " ³⁾ "	106 Morgen Wiesen.
Winzenburg	33 Hufen. ⁴⁾ "	70 " "
Woldenberg	630 Morgen. ⁵⁾ "	98 " "
Liebenburg	2521 ¹ / ₂ " "	124 " "
Lichtenberg	847 " "	55 " 26 Ruten Heu.
Wolfenbüttel	1567 " ⁶⁾ "	151 Morgen Wiesen.
Schöningen	1065 " ⁷⁾ "	77 (81 ¹ / ₂) Morgen Wiesen.

B. Klosterreigenbetriebe: ⁸⁾

Königsutter	954 Morgen Acker +	67 Morgen Wiesen.
Ringelheim	946 " "	73 Fuder Heu.
Marienthal	614 " ⁹⁾ "	169 Morgen Wiesen.
Steterburg	2860 " "	140 " "
Dorstadt	1890 " "	69 Fuder Heu.
Heiningen	1200 " "	40 " "
Wöltingerode	750 " "	50 " "
Unser lieben Frauen Berg vor Helmstedt	624 " "	35 " "
Lamspringe	630 " "	22 Morgen Wiesen.
Brunshausen	400 " "	23 " "
Sanct Marien bei Gandersheim	360 " "	20 Fuder Heu.
Schöningen	320 " "	40 " "
Amelungsborn	300 " "	77 " "
Reifenberg (Riechenberg) . . .	655 " "	100 " "
Georgenberg (Grauer Hof) . . .	240 " "	80 " "
Kloster zur Alus	303 " "	14 Morgen Wiesen.

¹⁾ + 1100 Morgen Wilbader.

²⁾ 225 Morgen davon 1538 hinzugekommen.

³⁾ = 21 Hufen.

⁴⁾ Die wüsten Meierhöfe sind nicht mitgerechnet.

⁵⁾ = 21 Hufen.

⁶⁾ + 12 Hufen zu Bistorf.

⁷⁾ im Jahre 1584: 1081 Morgen.

⁸⁾ Nicht mitgerechnet ist der zum Teil sehr umfangreiche Eigenbetrieb außerhalb des Herzogtums Braunschweig.

⁹⁾ davon 223 im Gehölz.

Anhang II.

Klassengliederung und Besitzverhältnisse der Bauern im späteren Residenzamte Wolfenbüttel

A.

nach B. L. N., Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566 (?).

Gericht Beddingen	Anzahl	Ackerleute									Anzahl	Halbspänner									Anzahl bzw. ohne Land	Röter																	
		Landbesitz			Mag.			Min.				D.			Landbesitz			Mag.				Min.			D.			Landbesitz			Mag.			Min.			D.		
		§.	m.	v.	§.	m.	v.	§.	m.	v.		§.	m.	v.	§.	m.	v.	§.	m.	v.		§.	m.	v.	§.	m.	v.	§.	m.	v.	§.	m.	v.	§.	m.	v.			
Beddingen . . .	4	17	20	—	5	—	4	—	4	10	3	6	10	1	2½	—	2	—	2	3½	52	—	36	19	¼	1½	—	—	3	¾	1								
Uefingen . . .	3	17	19½	—	7	4½	5	—	5	26½	4	9	19	1½	2½	—	2	—	2	12	15	—	11½	—	—	1	11½	—	4	ca. ½	—								
Himmelfe . . .	6	29	25½	—	7	10	3	15	5	—	3	9	7	3	3½	—	2	7	3	2	39	2	32	1	1½	2	7	—	¾	ca. ½	—								
Biefensfeldt . . .	2	9	—	—	4½	—	4½	—	4½	—	4	12	13	—	3	17½	2½	—	3	3	33	—	18	10	½	1½	—	—	4	½	1½								
Sauingen . . .	3	13½	—	—	6½	—	3	—	4½	—	1	2½	1	—	—	—	—	2½	1	26	3*	23	26	1	2½	—	—	6½	1½	—									
Thiede . . .	5	27½	—	—	7	—	4	—	5½	—	5**	14	—	1	3	—	2	—	2½	—	29	8	19½	1	1	2	—	—	1½	½	—								
Leiferde . . .	4	25	5	—	7	2	6	—	6	8½	2	5	—	—	3	—	2	—	2½	—	6	1	8	9	½	1	3½	—	3½	½	1½								
Halchter . . .	7	40½	—	—	7½	—	4	—	5	25	3	6	—	—	2	—	2	—	2	—	18	3	8	17	1½	1½	—	—	1½	—	14½								
Walsfeldt . . .	7	28	1	—	6	2½	3	1	4	½	1	4	21	—	—	—	—	4	21	60	2	33	13	—	2	10½	—	1½	½	1½									
Alveke . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	12	3	—	3	12	2	4½	3	¼	17	—	10	26	—	—	25	—	8½	—	19								
Wierthe . . .	3	18	2	—	5	—	4	—	4½	¾	2	4	—	—	2½	—	—	1½	2	—	6	—	3½	6	—	1	6½	—	4	½	8½								
Gettelde . . .	6	26½	3½	—	5½	—	3½	—	4	13	3	9	11	—	3½	—	3½	—	3	3½	24	—	14	13½	—	1½	—	—	4	½	3								
Stiddien . . .	3	19	—	—	7	—	5	—	6½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	2	7	—	1	—	—	7	½	2½									
Groß-Stöckheim .	4	19½	—	—	6	—	4	—	4½	—	3	5½	5½	—	2	3	1½	—	1	27	12	—	7½	—	—	1	¾	—	1½	—	3½								
Dritte . . .	3	19	10	—	7	7	6	1	6	13½	1	2	2	—	—	—	—	2	2	13	—	18	9½	—	2	—	—	1½	1	¾									
Adersheim . . .	6	36	1	—	8½	3	4	3½	6	ca. ½	1	2½	3½	—	—	—	—	—	—	17	1	12½	1½	—	1½	1	—	3	—	21½									
Immendorf . .	5	22½	—	—	5½	—	4	—	4½	—	1	2½	—	—	—	—	—	—	—	11	2	7	4	—	2	—	—	4½	—	19½									
Summa Gericht Beddingen	71	365	11½	—	8½	3	3	—	5	4,4	41	108	9	½	3	17½	1½	—	2	19½	381	22	258½ (258)	17 (28)	¼ (1)	2½	—	—	1½	—	20½								

* Sind nicht beschrieben. ** Einer ist mitten unter den Röttern beschrieben.

Halbgericht	Anzahl	Ackerleute										Anzahl	Halbspänner										Anzahl	ohne Land	Röter																
		Landbesitz			Max.		Min.		D.				Landbesitz			Max.		Min.		D.					Landbesitz			Max.		Min.		D.									
		§.	M.	B.	§.	M.	§.	M.	§.	M.	§.		M.	B.	§.	M.	§.	M.	§.	M.	§.	M.			§.	M.	§.	M.	§.	M.	§.	M.									
Bodenstedt . . .	3	9 ¹ / ₂	11	—	3 ¹ / ₂	—	2 ¹ / ₂	—	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35	—	32 ¹ / ₂	8	—	2 ¹ / ₂	—	—	11	³³ / ₃₅	—								
Wahle.	14	55	9 ¹ / ₂	—	6	—	2 ¹ / ₂	—	4	—	2	3	—	—	1 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	—	—	11	4	4	15 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	—	1 ¹ / ₂	—	12 ¹ / ₂								
Bettmar	4	20 ¹ / ₂	—	—	5 ¹ / ₂	—	4	—	5	2	3	Läßt sich nicht genau feststellen										33	6	Läßt sich nicht genau feststellen																	
Sierke.	4	15	—	—	5 ¹ / ₂	—	2 ¹ / ₂	—	3 ¹ / ₂	—	3	6 ¹ / ₂	2	—	2 ¹ / ₂	—	2	—	2	3 ¹ / ₂	—	17	2	16 ¹ / ₂	4	—	1 ¹ / ₂	—	¹ / ₂	—	1	—									
Rödingen	8	34	12 ¹ / ₂	—	5	1 ¹ / ₂	3	—	4	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	13	9	—	2 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂	¹ / ₂	3	1 ¹ / ₂	—									
Liedingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	21 ¹ / ₂	—	—	6 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	1	4	2 ¹ / ₂	—	—	16	2	10 ¹ / ₂	—	—	1	—	—	5	⁵ / ₆	—									
Wendeburg. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	—	31 ¹ / ₂	—	—	3	—	—	1	¹ / ₂	1									
Zweidorf.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—	8 ¹ / ₂	11	—	1	12	—	8	—	23 ¹ / ₂									
Wendezelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29	1	9 ¹ / ₂	4	¹ / ₂	—	16	—	3	^{ca.} / ₁	—									
Woltorf	4	11	10	—	3	10	2 ¹ / ₂	—	3	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	5 ¹ / ₂	11	9 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	¹ / ₂	—	^{ca.} / ₂	—									
Wierdorf.	12	36	12	—	3	8	3	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	2	6	9	—	1	—	—	4	—	11									
Summa †† Halbgericht	49	182	13 ¹ / ₂	—	6	—	2 ¹ / ₂	—	3	21 ¹ / ₂	16	30 ¹ / ₂	2	—	6 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	1	4	2	11	—	242	26	145	15	¹ / ₂	3	—	—	1 ¹ / ₂	¹ / ₂	3									
											(ohne Bettmar)																					(ohne Bettmar)									
Gericht Dahlum	5	33 ¹ / ₂	14	—	8	11 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	—	6 ¹ / ₂	—	1	2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	25	11	6 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	—	¹ / ₂	2 ¹ / ₂	—	1	—	8									
Ober-Dahlum . .	9	53	—	—	7	—	3 ¹ / ₂	—	5 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	16	8 ¹ / ₂	—	—	1	—	—	3 ¹ / ₂	¹ / ₂	1									
Nieder-Dahlum .	6	24 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	—	5	—	3	5	4	3 ¹ / ₂	4	10	—	—	3	—	2	—	2 ¹ / ₂	—	—	7	1	4 ¹ / ₂	—	—	1 ¹ / ₂	—	¹ / ₂	—	¹ / ₂	4									
Apelnstedt . . .	6	28	—	—	7	—	4	—	4 ¹ / ₂	—	3	6	—	—	2	—	2	—	2	—	—	18	8	7	14	—	1	7	—	3	—	12 ¹ / ₂									
Klein-Stöckheim.	3	20	—	—	7	—	6	—	6 ¹ / ₂	—	9	21	—	—	4	—	2	—	2 ¹ / ₂	—	—	33	8	22	11 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	—	6	³ / ₂	¹ / ₂									
Kantheim	8	54 ³ / ₂	14	—	7 ¹ / ₂	—	4	—	6 ¹ / ₂	3	2	3 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂	—	2 ¹ / ₂	9 ¹ / ₂	1	2	1 ¹ / ₂	9 ¹ / ₂	—	20	—	18 ¹ / ₂	5	—	1 ¹ / ₂	—	—	7	^{ca.} / ₁₀	—									
Ahlum	3	26 ¹ / ₂	15	—	8 ¹ / ₂	9	8 ¹ / ₂	—	8 ¹ / ₂	5	2	8 ¹ / ₂	1	—	3 ¹ / ₂	1	3 ¹ / ₂	—	4	2	13	2	8	27	—	1 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	—	4 ¹ / ₂	—	^{ca.} / ₁	—									
Wendeßen	3	15	10	—	6	—	4	10	5	3 ¹ / ₂	2	4 ¹ / ₂	3	—	2 ¹ / ₂	—	2	3	2	9	14	—	13 ¹ / ₂	2	—	2 ¹ / ₂	—	¹ / ₂	—	1	—										
Linden	5	41	—	—	12	—	4	—	8	6	1	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	5 ¹ / ₂	9 ¹ / ₂	—	4	8 ¹ / ₂	—	^{ca.} / ₁	—										
Melverode	4	26	—	—	8	—	6	—	6 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	6	—	15	—	—	10	—	5	—	1 ¹ / ₂									
Summa Gericht Dahlum	52	323	21 ¹ / ₂	—	12	—	3	5	6	6 ¹ / ₂	24	58	6 ¹ / ₂	—	4	—	1	2	2	12 ¹ / ₂	—	178	52	97	18	—	4	3 ¹ / ₂	—	¹ / ₂	¹ / ₂	1 ¹ / ₂									

† Nicht beschrieben. †† Schon 1584 bei Altermann, Amt Wolfenbüttel werden im Halbgericht fast sämtliche hier als Ackerleute aufgeführten Personen der Klasse der Halbspänner zugezählt. Sie leisteten nur den halben Wochendienst.

NB. Im allgemeinen habe ich Hufen und Morgen gesondert berechnet und dann 1 Hufe = 30 M. & 2 B. gerechnet an Stellen, wo ich beides der Vereinlichung wegen in einander verrechnen mußte. Es bedeutet: §. = Hufe, M. = Morgen, B. = Borling, Max. = Maximum, Min. = Minimum, D. = Durchschnitt.

Gericht Gveßen	Anzahl	Ackerleute									Anzahl	Halbspänner									Anzahl bes. ohne Land	Röter											
		Landbesitz			Mag.			Min.				D.	Landbesitz			Mag.			Min.			D.	Landbesitz			Mag.			Min.			D.	
		§.	m.	q.	§.	m.	q.	§.	m.	q.			§.	m.	q.	§.	m.	q.	§.	m.			q.	§.	m.	q.	§.	m.	q.	§.	m.		q.
Gveßen	5	38 $\frac{1}{2}$	—	—	11	2	5	—	7	21	3	10	2	4	—	3	—	3	11	20	—	18	—	1	2 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{10}$	—	—	—	
Detlum	5	37 $\frac{1}{2}$	—	—	9	2	6 $\frac{1}{2}$	—	7 $\frac{1}{2}$	—	9	19 $\frac{1}{2}$	16 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	2	1 $\frac{1}{2}$	3	2	6 $\frac{1}{2}$	27	3*	21 $\frac{1}{2}$	5	—	1 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$	—	4 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	2	—		
Weserlingen	5	35	17 $\frac{1}{2}$	—	9	—	4 $\frac{1}{2}$	—	7	3 $\frac{1}{2}$	1	2 $\frac{1}{2}$	3	—	—	—	—	—	—	3	—	2 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	—	1 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$	—		
Gilum	3	22	—	—	8	—	6	—	7 $\frac{1}{2}$	—	3	13	—	5	—	3 $\frac{1}{2}$	—	4 $\frac{1}{2}$	—	12	—	11 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$	—	1 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$	$\frac{11}{12}$	1 $\frac{1}{2}$	—		
Kretzingen	4	25	—	—	9	—	4	—	6 $\frac{1}{2}$	—	3	8	—	3	—	2 $\frac{1}{2}$	—	2 $\frac{1}{2}$	—	7	1	3 $\frac{1}{2}$	—	—	1 $\frac{1}{2}$	—	—	4 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	1	—		
Hachum	2	11 $\frac{1}{2}$	6	—	7	6	4 $\frac{1}{2}$	—	6	—	4	10	29	3	—	2 $\frac{1}{2}$	4	2 $\frac{1}{2}$	—	8	—	8 $\frac{1}{2}$	1	—	1 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	—	1	3	—		
Gilsum	3	21	—	—	8 $\frac{1}{2}$	—	5 $\frac{1}{2}$	—	7	—	4	11 $\frac{1}{2}$	12	3	19 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	—	3	$\frac{1}{2}$	10	—	8 $\frac{1}{2}$	5	—	1 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$	—		
Volsum	4	30 $\frac{1}{2}$	—	—	6 $\frac{1}{2}$	9	4	7	7 $\frac{1}{2}$	2	6	13 $\frac{1}{2}$	28	3	4 $\frac{1}{2}$	2	4 $\frac{1}{2}$	2	12	6	—	6 $\frac{1}{2}$	22	—	1 $\frac{1}{2}$	4	1	3	1	5	—		
Hösum	4	18	—	—	6 $\frac{1}{2}$	—	3 $\frac{1}{2}$	—	4 $\frac{1}{2}$	—	5	10 $\frac{1}{2}$	3	2 $\frac{1}{2}$	3	2	—	2	3 $\frac{1}{2}$	21	7	8 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{1}{2}$	—	1	—	7	—	12 $\frac{1}{2}$	—	—		
Ober-Siedte	3	14	5	—	5	—	4	2	4	22	2	4 $\frac{1}{2}$	—	2 $\frac{1}{2}$	—	2	—	2 $\frac{1}{2}$	—	22	3	15 $\frac{1}{2}$	22	—	1 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	—	—	21 $\frac{1}{2}$	—		
Nieder-Siedte	4	17 $\frac{1}{2}$	—	—	5	—	4	—	4 $\frac{1}{2}$	—	9	22 $\frac{1}{2}$	2	3	2	2	—	2 $\frac{1}{2}$	—	18	1	16 $\frac{1}{2}$	12	—	2	—	$\frac{1}{2}$	3	1	—	ca.		
Summa:																			ca.														
Gericht Gveßen	42	271	20 $\frac{1}{2}$	—	11	2	3 $\frac{1}{2}$	—	6	14	49	138	8	5	—	1 $\frac{1}{2}$	3	2 $\frac{1}{2}$	—	154	15	124	14	1	2 $\frac{1}{2}$	—	—	4 $\frac{1}{2}$	—	24 $\frac{1}{2}$	—	—	
Ger. Schöppenstedt																																	
Rüblingen	5	29 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	—	9 $\frac{1}{2}$	—	4	—	5 $\frac{1}{10}$	—	2	5 $\frac{1}{2}$	—	3	—	2 $\frac{1}{2}$	—	2 $\frac{1}{2}$	—	15	3	12 $\frac{1}{2}$	3	—	1 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$	—	—	
Barnleben	5	46 $\frac{1}{2}$	—	—	12	—	6	—	9 $\frac{1}{10}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	5	$\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schlieftedt	4	27 $\frac{1}{2}$	—	—	7 $\frac{1}{2}$	—	5 $\frac{1}{2}$	—	6 $\frac{1}{10}$	—	2	5	—	3	—	2	—	2 $\frac{1}{2}$	—	8	—	5 $\frac{1}{2}$	—	—	1	—	$\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	—	6 $\frac{1}{2}$	—	
Gilsum	5	28 $\frac{1}{2}$	—	—	9	—	4	—	5 $\frac{1}{10}$	—	3	6	12	2	12	2	—	2	4	27	6	14 $\frac{1}{2}$	3	—	1 $\frac{1}{2}$	—	—	8	$\frac{1}{2}$	1	—	ca.	
Verdingen	4	31 $\frac{1}{2}$	—	—	10 $\frac{1}{2}$	—	6 $\frac{1}{2}$	—	7 $\frac{1}{10}$	—	8	22	13 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	16†	2 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{10}$	20	—	17 $\frac{1}{2}$	21	—	1 $\frac{1}{2}$	—	—	12	$\frac{1}{10}$	—	—		
Barnstorf	6	40 $\frac{1}{2}$	4	—	9	—	5	4	6	24 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	3	7	2 $\frac{1}{2}$	—	2	—	$\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{10}$	—	$\frac{1}{10}$	—	
Warle	7	39	1	—	8	—	4	—	5 $\frac{1}{2}$	—	2	6	1	3	1	3	—	3	$\frac{1}{2}$	7	—	5	14 $\frac{1}{2}$	—	1 $\frac{1}{2}$	8	—	3	$\frac{11}{12}$	—	—	—	
Uehre	7	40	6	—	8	—	4	—	5	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33	1	36	8	—	3	2	—	6	1	—	ca.		
Wagum	7	48 $\frac{1}{2}$	—	—	11	—	5	—	6 $\frac{1}{2}$	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	3	21	6	—	2	—	—	6	$\frac{1}{2}$	—	—	—	
Summa Gericht Schöppenstedt	50	331 $\frac{1}{2}$	11 $\frac{1}{2}$	—	12	—	4	—	6 $\frac{1}{2}$	4	17	45	4	5 $\frac{1}{2}$	—	$\frac{1}{2}$	16	2 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	151	21	121	9 $\frac{1}{2}$	—	3	2	—	3	ca.	—	—		

* Sind nicht beschrieben. † Der Hof scheint zersplittert zu sein; 11 Morgen sind bezeichnet als $\frac{1}{5}$ von 2 Hufen.

B.

Gericht Alfeldung 1569,

nach W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Alfeldurger Erbregister 1569:

Gericht Affeburg	Anzahl	Ackerleute										Anzahl	Halbspänner										Anzahl	ohne Land	Röter										
		Landbesitz			Max.		Min.		D.				Landbesitz			Max.		Min.		D.					Landbesitz			Max.		Min.		D.			
		§.	m.	z.	§.	m.	§.	m.	§.	m.	§.		m.	§.	m.	§.	m.	§.	m.	§.	m.	§.			m.	§.	m.	§.	m.	§.	m.	§.	m.		
Groß-Dentke . .	8	52 ¹ / ₂	19	3 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	18	6 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3	7	13 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	12	2	—	2	14 ¹ / ₂	50	11	20	4 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	—	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	—	—	—			
Klein-Dentke . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	15 ¹ / ₂	—	4	—	3 ¹ / ₂	—	4 ^{ca.}	—	18	—	9 ¹ / ₂	13	1	1 ¹ / ₂	—	—	4 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	1	—	—			
Sottmar	4	33	2	—	11	—	4	—	8	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Wittmar	3	25 ¹ / ₂	6	—	10	—	6 ¹ / ₂	6	8 ^{ca.}	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—		
West-Biewende .	8	59	27 ¹ / ₂	—	9 ¹ / ₂	—	5	—	7 ¹ / ₂	—	3	7 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	—	2	5 ¹ / ₂	2 ^{ca.}	—	12	—	8 ¹ / ₂	13	—	1 ¹ / ₂	—	—	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	—	—			
Nemlingen . . .	5	36 ¹ / ₂	11	—	8 ¹ / ₂	—	6 ¹ / ₂	—	7	11	6	27	5 ¹ / ₂	5	4	3	—	4 ¹ / ₂	1	18	1	14 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	—	1	12	—	3	—	—	—	—			
Semmenstedt . .	5	40	17 ¹ / ₂	—	11 ¹ / ₂	3	5 ¹ / ₂	6	8	3 ¹ / ₂	6	20 ¹ / ₂	4	5 ¹ / ₂	4	2	—	3	13 ^{ca.}	24	—	17	21 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	—	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	—	—	—			
Klein-Bahlberg .	3	19	—	—	8	—	5	—	6 ¹ / ₂	—	1	4	6	—	—	—	—	4	6	14	1	10	3 ¹ / ₂	—	1 ¹ / ₂	—	—	9	—	—	—	—	—		
Mönch-Bahlberg .	5	39 ¹ / ₂	—	—	9 ¹ / ₂	—	6 ¹ / ₂	—	7 ¹ / ₁₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	5	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Groß-Winnigstedt	6	42	3	—	10	—	5 ¹ / ₂	—	7	2 ¹ / ₁₀	3	13	—	5	—	4	—	4 ¹ / ₂	—	23	7	16 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	—	2 ¹ / ₂	—	—	1 ¹ / ₂	—	—	—	—	—		
Hebeper	4	33 ¹ / ₂	3	—	10 ¹ / ₂	3	6	—	8	8 ¹ / ₂	5	26 ¹ / ₂	2	8	—	4 ¹ / ₂	2	5	11	52	15	33	2 ¹ / ₂	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—		
Seinstedt	3	21 ¹ / ₂	—	—	8	—	6 ¹ / ₂	—	7 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	9	43	13 ¹ / ₂	—	3	—	—	6	1	—	—	—	—		
Kalme	3	23	13 ¹ / ₂	—	8 ¹ / ₂	—	6	12	7 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	1	3 ¹ / ₂	1	—	—	—	—	—	—	2	—	2 ¹ / ₂	—	—	1 ¹ / ₂	—	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	—	
Klein-Biewende .	2	12	—	—	6 ¹ / ₂	—	5 ¹ / ₂	—	6	—	4	18	—	5	—	4	—	4 ¹ / ₂	—	17	3	18 ¹ / ₂	5	—	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Börsum	4	27	—	—	7 ¹ / ₂	—	6	—	6 ¹ / ₂	—	6	20 ¹ / ₂	19	5	—	1 ¹ / ₂	4	3 ¹ / ₂	—	32	8	26 ¹ / ₂	12	—	3	—	—	3	—	—	—	—	—	—	
Rissenbrück . . .	7	41 ¹ / ₂	5	—	10	—	3	4	5 ¹ / ₁₀	—	1	5	—	—	—	—	—	—	—	32	15	10	11 ¹ / ₂	—	2	—	—	1 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	
Timmern	3	19 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	—	7 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	—	6	17 ¹ / ₂	4	16	13	4 ¹ / ₂	—	3	2	4	3 ¹ / ₂	9	—	8	27 ¹ / ₂	—	2	—	—	3 ¹ / ₂	1 ^{ca.}	—	—	—	—	—	
Klein-Winnigstedt	3	17 ¹ / ₂	12	—	6 ¹ / ₂	—	5 ¹ / ₂	12	6	1 ¹ / ₂	1	4	—	—	—	—	—	—	—	28	10	15 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	—	2	—	—	1	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
Summa																																			
Gericht Affeburg	76	546	10 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂	3	3	4	7	7	48	190	16 ¹ / ₂	8	—	1 ¹ / ₂	4	ca. 4	—	380	85	251	11	—	3	—	—	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—	

C. Klassengliederung und Besitzverhältnisse der Bauern im Eichgericht 1569,

nach Br. St. N. Abt. VI § 7, Erbenzins- und Pachtgüter 1569.

1616

Br. St. N. Abt. VI, § 7

Burgamtsrechnung 1616.

Eichgericht	Anzahl	Ackerleute								Anzahl	Halbpänner								Anzahl bes. ohne Land	Röter								Ackerleute	Halbpänner	Röter	milch. Kühe	Hauslinge	Summe ohne milch. Kühe	
		Besitz		Max.		Min.		D.			Besitz		Max.		Min.		D.			Besitz		Max.		Min.		D.								
		§.	m.	§.	m.	§.	m.	§.	m.		§.	m.	§.	m.	§.	m.	§.	m.		§.	m.	§.	m.	§.	m.	§.	m.							
Broitzen	9	52 1/4	—	7 1/4	—	4 1/4	—	5 1/4	—	3	8	—	3 1/2	—	2	—	2 1/2	—	14	4	6 1/4	—	1 1/4	—	1/4	—	1/4	—	9	3	14	—	6	32
Bortfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46 (48)	2	6 1/4 m	1370	—	95	—	1	—	34	—	—	51	15	17	68
Groß-Gleibingen	1	4	4	4	4	4	4	4	4	5	13	5 1/4	3	—	2	—	2 1/2	1	9	10	6	2	—	6	1	4	2	3	12	4	1	18		
Sonnenberg . . .	4	16 1/4	—	4 1/4	—	4	—	4 1/4	—	5	12	7	3	—	1 1/4	—	2 1/2	1 1/4	12 (15)	—	11 1/4	—	1 1/2	—	1/4	3 1/2	1	—	4	5	16	4	15	40
Timmerlache . . .	5	28	4	7	—	4	—	5 1/4	1/4	5	12	1	3	—	2	—	2 1/2	1/4	10	—	9	13 1/4	1 1/4	—	1/4	—	1 1/4	5	5	11	2	7	28	
Wettlensfeldt . . .	1	4	—	4	—	4	—	4	—	3	7	8	3	—	2	2	2	13	10 (11)	1	6	5 1/4	1 1/4	—	—	4	1/4	1/4	1	2	12	1	4	19
Denstorf	4	26 1/2	—	9 1/2	—	4	—	6 1/4	—	6	17	21	4 1/4	5	2	—	3	—	14 (15)	—	8	28 1/4	1	—	—	1/4	1/4	4 1/4	3	7	14	3	11	35
Nord-Gleibingen	3	16	—	6	—	5	—	5 1/4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 (3)	—	2 1/4	3	1	3	1/4	—	1 1/4	1 1/4	4	—	2	1	—	6	
Lamme	2	8 1/4	15	4 1/4	5	4	10	4 1/4	—	5	13	9 1/4	3	—	2	—	2 1/2	2	14	2	8	15 1/4	1	6	—	1	1/4	3	2	4	16	4	3	25
Watenbüttel . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	1	17	5	2	3 1/4	—	10	1/4	3 1/4	—	19	—	1	—	20	
Bölkenrode . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24 (26)	3	—	522	—	50	—	8	—	21 1/4	—	—	27	—	6	33	
Summa Eichgericht	29	157	1/4	9 1/4	—	4	—	5 1/4	—	32	83	22 1/4	4 1/4	5	1 1/4	—	2 1/4	—	(195) 185	13	152	4	—	95	—	1/4	—	24 1/4	80	29	194	34	71	324

Anhang III.

Bauernklassen und Besitzverteilung im Residenzamt Wolfenbüttel 1740.

B. L. A. Residenzamt Wolfenbüttel, Amtsrechnung 1740/1.

Gericht Beddingen	Ackerleute					Halbspänner					Kotleute					Häuslinge			Mietlinge	Bemerkungen
	Anz. zahl	Besitz in Morgen				Anz. zahl	Besitz in Morgen				Anz. zahl	dav. ohne Land	Besitz in Morgen				Anz. zahl	dav. ohne Land		
Gogrefschafft Saulingen																				
Beddingen . . .	4	449 $\frac{1}{2}$	127 $\frac{1}{2}$	99	112 $\frac{1}{2}$	3	162 $\frac{1}{2}$	66	44 $\frac{1}{2}$	54 $\frac{1}{2}$	49	5	1026 $\frac{1}{2}$	58	1	21 ca.	—	—	—	17 9 Höfe wüßte mit 105 $\frac{1}{4}$ Morgen
Bleckenstedt . . .	2	201	111 $\frac{1}{2}$	89 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{1}{2}$	4	280	90	47	70	33	—	659 $\frac{1}{2}$	46 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	20 ca.	5	3	9 $\frac{1}{2}$	10 3 " " " 33 "
Saulingen . . .	2	241 $\frac{1}{2}$	138	103 $\frac{1}{2}$	120 $\frac{1}{2}$	3	190 $\frac{1}{2}$	85	45 $\frac{1}{2}$	63 $\frac{1}{2}$	26	—	601 $\frac{1}{2}$	58 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	23 $\frac{1}{2}$	—	—	—	5
Nesingen . . .	2	263 $\frac{1}{2}$	150	113 $\frac{1}{2}$	131 $\frac{1}{2}$	4	221 $\frac{1}{2}$	66	38 $\frac{1}{2}$	55 $\frac{1}{2}$	18	—	414 $\frac{1}{2}$	49	4	23	3	2	3 $\frac{1}{2}$	8
Albeke . . .	—	—	—	—	—	4	271	78	59	67 $\frac{1}{2}$	20	—	473 $\frac{1}{2}$	25	13	23 $\frac{1}{2}$	1	1	—	7
Bierthe . . .	3	300	114	91 $\frac{1}{2}$	100	2	155 $\frac{1}{2}$	81 $\frac{1}{2}$	73 $\frac{1}{2}$	77 $\frac{1}{2}$	6	1	61 $\frac{1}{2}$	25	3	10 $\frac{1}{2}$	1	—	1	7
Ballstedt . . .		Das Dorf gehört dem Kloster S. Cyriac in Braunschweig.																		
Vogtei Fömmelse																				
Fömmelse . . .	5	553	134	82	110 $\frac{1}{2}$	5	306 $\frac{1}{2}$	71	50	61 $\frac{1}{2}$	40	1	893 $\frac{1}{2}$	46	1	22 $\frac{1}{2}$	—	—	—	9
Abersheim . . .	5	779 $\frac{1}{2}$	195	90 $\frac{1}{2}$	155 $\frac{1}{2}$	1	57 $\frac{1}{2}$	—	—	—	19	1	339	35 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	18	—	—	—	9
Inmendorf . . .	5	457	108	72	91 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	14	1	241 $\frac{1}{2}$	34	4 $\frac{1}{2}$	17 $\frac{1}{2}$	1	1	—	3
Dritte . . .	3	385 $\frac{1}{2}$	152 $\frac{1}{2}$	101 $\frac{1}{2}$	128 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	20	1	352 $\frac{1}{2}$	34	1 $\frac{1}{2}$	17 $\frac{1}{2}$	1	1	—	3
Vogtei Leiferde																				
Lhiebe . . .	5	663 $\frac{1}{2}$	165	103 $\frac{1}{2}$	130 $\frac{1}{2}$	6	411 $\frac{1}{2}$	78	60 $\frac{1}{2}$	68 $\frac{1}{2}$	30	—	504 $\frac{1}{2}$	34 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$	16 $\frac{1}{2}$	2*	2	—	20 * Brinffiger genannt.
Leiferde . . .	4	491	132	114	122 $\frac{1}{2}$	2	162 $\frac{1}{2}$	97 $\frac{1}{2}$	65	81 $\frac{1}{2}$	6	—	159	45	10	26 $\frac{1}{2}$	2*	2	—	7
Geitelbe . . .	6	720	137	96	120	3	214	75	69	71 $\frac{1}{2}$	25	12	199	44	3	8	—	—	—	15
Ettdien . . .	3	455	176	103	151 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	6	—	128	24	12	21 $\frac{1}{2}$	—	—	—	3
Groß- Ettdien	4	457	147	98	114 $\frac{1}{2}$	2	117 $\frac{1}{2}$	81 $\frac{1}{2}$	36	58 $\frac{1}{2}$	14	—	185 $\frac{1}{2}$	45	1	13 $\frac{1}{2}$	2	2	—	8
Salchter . . .	5	680	161 $\frac{1}{2}$	107 $\frac{1}{2}$	136	3	145 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	46 $\frac{1}{2}$	48 $\frac{1}{2}$	17	—	250 $\frac{1}{2}$	31 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$	2	2	—	9
Summa																				
Gericht Beddingen	58	7096 $\frac{1}{2}$	195	72	122 $\frac{1}{2}$	42	2695 $\frac{1}{2}$	97 $\frac{1}{2}$	36	64 $\frac{1}{2}$	343	22	6490	58 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	18 $\frac{1}{2}$	20	16	14 $\frac{1}{2}$	140

Halbgericht	Ackerleute					Halbspänner					Rotleute					Häuslinge			Mietlinge	Bemerkungen	
	Anz. zahl	Besitz in Morgen				Anz. zahl	Besitz in Morgen				Anz. zahl	hav. ohne Land	Besitz in Morgen				Anz. zahl	hav. ohne Land			Besitz
Bettmar	—	—	—	—	—	6	662	120	90	110 $\frac{1}{2}$	39	14	491 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$	18	17	5 $\frac{1}{2}$	20	3 Höfe wüßte mit 50 $\frac{1}{2}$ Morgen 1 Hof wüßte
Sierke	—	—	—	—	—	3	220	90	40	73 $\frac{1}{2}$	31	1	639 $\frac{1}{2}$	59 $\frac{1}{2}$	7	20 $\frac{1}{2}$	7	7	—		
Niedingen . . .	—	—	—	—	—	8	458	77	39	57 $\frac{1}{2}$	28	3	418 $\frac{1}{2}$	36	$\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$	—	—	—		
Stöckingen . . .	—	—	—	—	—	9	742 $\frac{1}{2}$	120	54	82 $\frac{1}{2}$	9	1	220	33	14	26 $\frac{1}{2}$	8	8	—		
Wendeburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60	1	737	24	3	12 $\frac{1}{2}$	25	19	16		
Wendezelle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	10	—	—	—	—	—	—	—		
Wahle	—	—	—	—	—	14	1090	105	66	78	10	1	94 $\frac{1}{2}$	31 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$	8	8	—		
Woltorf	—	—	—	—	—	4	248	72	35	62	14	—	217	40	3	15 $\frac{1}{2}$	6	6	—		
Bodenstedt . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Summa Halbgericht	—	—	—	—	—	44	3420 $\frac{1}{2}$	120	35	77 $\frac{1}{2}$	191	31	3713 $\frac{1}{2}$	59 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	19 $\frac{1}{2}$	72	65	21 $\frac{1}{2}$	20	
Gericht Dählum																					
Salzdahlum . *	9	—	—	—	—	2	—	—	—	—	50	—	—	—	—	—	3	3	—	—	* Besitz ist nicht angegeben.
Melverode . . .	4	568	160	136	142	—	—	—	—	—	7	—	18	11 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	1	1	—	—	
Rautheim . . .	4	695	204	109	173 $\frac{1}{2}$	8	506	86	56	63 $\frac{1}{2}$	32	6	690 $\frac{1}{2}$	48 $\frac{1}{2}$	1	21 $\frac{1}{2}$	1	—	5	4	
Klein-Stöckheim .	6	708 $\frac{1}{2}$	163	90	118 $\frac{1}{2}$	3	151	51	51	18	—	—	89 $\frac{1}{2}$	27 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	5	—	—	—	1	
Mhlum	6	1212 $\frac{1}{2}$	263	118 $\frac{1}{2}$	202 $\frac{1}{2}$	6	418	114	49 $\frac{1}{2}$	69 $\frac{1}{2}$	23	2	518	48 $\frac{1}{2}$	1	22 $\frac{1}{2}$	2	—	16 $\frac{1}{2}$	6	
Uinden	1	143	—	—	—	2	135	73	62	67 $\frac{1}{2}$	5	—	—	—	—	—	1	1	—	—	† Vielleicht nicht angegeben.
Uzum	1	213	—	—	213	4	354 $\frac{1}{2}$	171	80	88 $\frac{1}{2}$	12	1	414	45 $\frac{1}{2}$	18	34 $\frac{1}{2}$	—	—	—	2	
Upeinstedt . . .	4	408	144	83 $\frac{1}{2}$	102	6	392	78	52	65 $\frac{1}{2}$	6	—	177	47	18	29 $\frac{1}{2}$	1	—	2	—	
Wendeßen . . .	1	121	—	—	121	2	122	77	45	61	15	—	223	45	$\frac{1}{2}$	15	—	—	—	—	
Summa Gericht Dählum	27 +9	4069	263	83 $\frac{1}{2}$	150 $\frac{1}{2}$	31 +2	2078 $\frac{1}{2}$	171	45	67 $\frac{1}{2}$	118 +50	9	2180 $\frac{1}{2}$	48 $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	18 $\frac{1}{2}$	6 +3	2 +3	23 $\frac{1}{2}$	13	

Gericht Gveßen	Ackerleute					Halbspänner					Rotleute					Häuslinge			Mietlinge	Bemerkungen	
	Anz. zahl	Besitz in Morgen				Anz. zahl	Besitz in Morgen				Anz. zahl	dav. ohne Land	Besitz in Morgen				Anz. zahl	dav. ohne Land			Besitz
Detum	5	802	194	123	160 ³ / ₄	8	468 ³ / ₄	82	42	58 ³ / ₄	36	—	648	45	2	18	—	—	—	3	2 wüfte mit 11 ¹ / ₂ Morgen
Weferlingen . . .	4	764 ¹ / ₄	243 ³ / ₄	99	191 ¹ / ₄	2	136	90	46	68	3	—	114	50	24	38	1	1	—	—	
Gilum	3	493	176	154 ¹ / ₄	164 ¹ / ₄	3	235 ³ / ₄	80 ³ / ₄	77	78 ³ / ₄	15	1	218	43	12	14 ¹ / ₄	—	—	—	—	
Gveßen	3	492	216	132	164	7	596 ³ / ₄	102	66 ³ / ₄	85 ³ / ₄	23	—	607 ³ / ₄	78 ³ / ₄	12	27	3	3	—	8	
Gilgum	2	279	156	123	139 ³ / ₄	6	471	96	60	78 ³ / ₄	13	—	202 ³ / ₄	24	12	15 ³ / ₄	—	—	—	—	
Hachum	1	100	100	100	100	6	408	84	42	68	9	—	224 ¹ / ₄	36	13	26	—	—	—	—	
Volgum	3	415 ³ / ₄	179	87 ³ / ₄	138 ³ / ₄	8	532 ³ / ₄	96 ³ / ₄	42	66 ³ / ₄	6	—	157	30	19	26 ³ / ₄	—	—	—	2	
Ober-Sicke . . .	3	334	125	100	111 ¹ / ₄	2	96	53	43	48	23	3	465	46	1	20 ³ / ₄	—	—	—	1	
Nieder-Sicke . .	3	—	—	—	—	7	—	—	—	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	Besitz nicht angegeben	
Höckum	4	452	145	84	113	6	338	73 ³ / ₄	42	56 ³ / ₄	21	—	186 ³ / ₄	28 ³ / ₄	1	9	—	—	—		1
Summa	28	3932 ³ / ₄	243 ³ / ₄	84	140 ³ / ₄	48	3282 ³ / ₄	102	42	68 ³ / ₄	149	4	2825 ³ / ₄	78 ³ / ₄	1	19	4	4	—	15	
Gericht Gveßen	+3					+7					+19										
Ger.Schöppenstedt																					
Werklingen . . .	2	386	236	150	193	4	321	122	63	80 ³ / ₄	26	—	978 ³ / ₄	63 ³ / ₄	15	37 ³ / ₄	3	3	—	4	8 Höfe wüfte mit 26 Morgen * Brinffiger. Besitz nicht angeg.
Uehrbe	6	827 ³ / ₄	180	110	137 ³ / ₄	6	562	109	71	93 ³ / ₄	28	2	943	112	14	33 ³ / ₄	—	—	—	4	
Gilgum	5	706	214	95	141 ³ / ₄	3	184 ³ / ₄	70	53	61 ³ / ₄	28	5	459	42	3	16 ³ / ₄	1	1	—	8	
Warle	7	921	150	110	131 ³ / ₄	2	144	84	60	72	6	—	199 ³ / ₄	47	27	33 ³ / ₄	3	3	—	5	
Hansleben . . .	5	1020	264	140	204	—	—	—	—	—	4	1	54	30	12	13 ³ / ₄	2	2	—	1	
Küßlingen . . .	2	286	143	143	143	3	238	90	60	79 ³ / ₄	19	8	229 ³ / ₄	48	3	12 ³ / ₄	—	—	—	1	
Wernsdorf . . .	3	—	—	—	—	2	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	5*	5	—	—	
Summa Gericht Schöppenstedt	27 +3	4146 ³ / ₄	264	95	153 ³ / ₄	18 +2	1449 ³ / ₄	122	53	80 ³ / ₄	111 +10	16	2963 ³ / ₄	112	3	25 ³ / ₄	14	14	—	23	

Gericht Aseburg	Ackerleute					Halbspänner					Kotleute					Häuslinge			Mietlinge	Bemerkungen	
	Anzahl	Besitz in Morgen				Anzahl	Besitz in Morgen				Anzahl	dav. ohne Land	Besitz in Morgen				Anzahl	dav. ohne Land			Besitz
		Summa	Mar.	Min.	D.		Summa	Mar.	Min.	D.			Summa	Mar.	Min.	D.					
Gogresschaft Biewende																					
Groß-Biewende .	8	1368	212	113	171	4	300	84	61	75	12	2	269 $\frac{1}{2}$	55	2	22 $\frac{1}{2}$	—	—	—	6	2 Höfe wüfte
Klein-Biewende .	6	820 $\frac{1}{2}$	187	109	136 $\frac{1}{2}$	4	260	72	60	65	13	3	289	50	13 $\frac{1}{2}$	22 $\frac{1}{2}$	—	—	—	8	3 " " mit 15 Morgen
Timmern . . .	6	854 $\frac{1}{2}$	187 $\frac{1}{2}$	86 $\frac{1}{2}$	142 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	8	1	227	55	19	28 $\frac{1}{2}$	—	—	—	2	1 Hof " "
Kalme	2	444 $\frac{1}{2}$	235	209 $\frac{1}{2}$	222	1	94	94	94	94	3	—	118 $\frac{1}{2}$	56 $\frac{1}{2}$	14	39 $\frac{1}{2}$	—	—	—	1	" " "
Hebeyer	10	1489	273	82	148 $\frac{1}{10}$	6	358	72	50	59 $\frac{1}{2}$	40	14	580	55	2	14 $\frac{1}{2}$	—	—	—	8	
Seinstedt . . .	2	350	175	175	175	9	717 $\frac{1}{2}$	100	48	79 $\frac{1}{2}$	26	3	855	57	12	33 $\frac{1}{2}$	—	—	—	3	3 Höfe wüfte mit 15 Morgen
Börkum	5	811 $\frac{1}{2}$	194	129 $\frac{1}{2}$	162 $\frac{1}{10}$	7	470 $\frac{1}{2}$	93 $\frac{1}{2}$	50 $\frac{1}{2}$	67 $\frac{1}{2}$	26	—	631	54 $\frac{1}{2}$	9	24 $\frac{1}{2}$	5	5	—	1	3 " " " 18 "
Gr. = Winnigstedt	6	685	132	96	114 $\frac{1}{2}$	4	206 $\frac{1}{2}$	58	48	51 $\frac{1}{2}$	19	6	224 $\frac{1}{2}$	36	$\frac{1}{2}$	11 $\frac{1}{2}$	—	—	—	7	
Al. = Winnigstedt	4	556	159	94	139	2	96	48	48	48	27	9	365	36	3 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$	—	—	—	5	
Bogtei Denkte																					
Groß-Denkte . .	6	979 $\frac{1}{2}$	244	110	163 $\frac{1}{2}$	1	48	48	48	48	44	7	778	47 $\frac{1}{2}$	4	17 $\frac{1}{2}$	—	—	—	12	9 Höfe wüfte mit 84 Morgen
Klein-Denkte . .	2	197 $\frac{1}{2}$	113 $\frac{1}{2}$	80	98 $\frac{1}{2}$	4	190	68	36	47 $\frac{1}{2}$	15	—	271	40	6 $\frac{1}{2}$	18 $\frac{1}{2}$	—	—	—	1	Hof " " 8 "
Mönch-Bahlberg	5	1029 $\frac{1}{2}$	270	167	205 $\frac{1}{10}$	—	—	—	—	—	6	6	—	—	—	—	—	—	—	2	
Sottmar	3	594	252	162	198	2	200	103	97	100	2	1	35	35	35	35	—	—	—	—	
Wittmar	4	695	207	138	173 $\frac{1}{2}$	1	89	89	89	89	2	—	53	27	26	26 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	
Nemlingen . . .	8	1222 $\frac{1}{2}$	263	125	152 $\frac{1}{2}$	2	157	85	72	78 $\frac{1}{2}$	22	4	599	65	4	27 $\frac{1}{2}$	1	1	—	1	2 Höfe wüfte
Semmenstedt . .	4	872	260	186	218	7	578	118	60	82 $\frac{1}{2}$	26	1	643 $\frac{1}{2}$	60	1	24 $\frac{1}{2}$	—	—	—	2	" " "
Summa																					
Gericht Aseburg	81	12969 $\frac{1}{2}$	273	80	160 $\frac{1}{2}$	50	3764 $\frac{1}{2}$	118	36	73 $\frac{3}{10}$	291	57	5938 $\frac{1}{2}$	60	$\frac{1}{2}$	20 $\frac{1}{2}$	6	6	—	49	

Anhang IV.

Schatz- und Acciserechnungen 1555/77.

Br. St. N. Abt. II § 2, Landschaftliche und Steuerfachen, Band 2.

Jahr- gang	Erster Landtschaz			Zweiter Landtschaz			Schaffschaz			Schöffelschaz			Bieraccise			davon Accise aus den Städten			Prälatentage			Städtetage			Summa in Talern à 36 Groschen			Summa in Goldgulden à 40 Groschen			
	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Lr.	Gr.	S	Goldgulden.	Gr.	S	
1555/6	8863	12		8267	92		8205	26	—	7826	34	4	9188	27	2 1/2	Nicht besonders berechnet	3011	26	—	4362	25	—	49226	5	4 1/2	44303	20	1			
1556/7	9425	25	2	9300	21	2	8696	14	—	6790	3	—	8405	18	—		3497	18	—	2490	7	—	48740	26	4	43866	26	4			
1557/8	9473	26	—	9462	35	—	7838	2	—	8796	33	5	8742	22	1/2		4718	20	—	4652	5	3	53684	16	4 1/2	48296	2	2			
1558/9	9441	32	4	9441	41		9854	25	—	8301	35	2 1/2	9246	17	1		4956	34	—	4883	12	—	56132	16	5 1/2	50519	9	4 1/2			
1559/60	9470	35	4	9454	14	4	11125	34	—	8543	21	2 1/2	9915	25	3 1/2		3981	—	—	4482	27	—	4580	30	—	57574	8	2	51816	30	1/2
1560/1	9474	4	—	9463	13	—	12254	4	—	8348	7	2	9150	18	1		3759	29	—	3995	8	—	4403	—	3	57088	2	5 1/2	51379	9	4 1/2
1561/2	9470	16	4 1/2	8818	16	5	11950	26	—	7997	32	—	7360	25	4 1/2		3028	13	—	2834	18	—	3319	27	—	51752	19	4	46577	12	3
1562/3	6248	15	5	6248	15	5	10496	6	—	4149	3	2	4843	20	3		1921	30	—	3154	18	—	3309	11	—	38449	10	3	33604	4	2
1563/4	6315	3	5	6315	3	5	10392	—	—	4170	17	2	4753	4	3 1/2		1688	12	3	3105	18	—	2919	—	—	38113	23	3 1/2	34301	17	4 1/2
1564/5	6303	10	3 1/2	6303	10	3 1/2	6669	3	—	4288	18	1 1/2	5224	16	1 1/2		1778	20	—	2992	—	—	2370	—	—	34708	4	4	31237	11	5
1565/6	6299	34	4	6299	34	4	6945	28	—	4284	7	2 1/2	5060	—	2 1/2		1902	1	3	3547	—	—	3269	31	—	36429	27	1	32786	30	4 1/2
1566/7	6304	26	4 1/2	6304	26	4 1/2	8494	23	—	4248	30	3	5867	16	1 1/2		1763	5	—	3530	—	—	2860	—	—	37847	15	1 1/2	33062	26	—
1567/8	6272	24	3 1/2	6272	24	3 1/2	9849	7	—	4301	35	5 1/2	6437	17	4		1754	19	3	3611	—	—	2870	—	—	39617	1	4 1/2	35855	12	3 1/2
1568/9	6301	12	3 1/2	6201	12	3 1/2	11059	5	—	4291	35	4	6181	29	2		1991	32	3	3561	—	—	2820	—	—	40416	23	1	36875	1	4 1/2
1569/70	6201	19	—	6201	16	—	11275	11	—	4085	3	—	5847	13	—		2027	22	—	3341	—	—	2870	—	—	39821	26	4	35839	23	—
1572/3	6195	17	1	6195	17	1	10351	31	—	4136	5	1	5764	10	4 1/2		1934	31	—	3165	—	—	2710	—	—	38518	9	1 1/2	34666	17	1 1/2
1573/4	6193	29	4	6193	20	4	8077	28	—	3794	30	1 1/2	5330	21	1 1/2		1677	5	—	2995	18	—	2710	—	—	35320	3	4	31788	3	4
1574/5	6197	20	4	6197	20	4	7683	14	—	3310	10	1 1/2	4640	15	3 1/2		1616	24	3	3365	—	—	2760	—	—	35004	9	1	31503	33	1
1575/6	6196	6	4	6196	6	4	7852	29	—	3885	6	1 1/2	5312	33	2		1992	10	5	3189	—	—	2720	—	—	35352	9	4 1/2	31817	1	4 1/2
1576/7	6197	2	4	6197	2	4	8223	23	—	3868	35	5 1/2	5300	19	2		2228	19	3	2941	—	—	2980	—	—	36041	11	3 1/2	32437	7	3 1/2
Summa	146347	6	2 1/2	145335	3	—	187296	15	—	109921	10	4 1/2	132573	23	3 1/2	*	—	—	—	69994	2	—	66360	5	—	859838	26	1/2	773854	33	1 1/2

* Bieraccise ohne die ersten 4 Jahrgänge 96992 Lr. 35 Gr. 1 1/2 S, davon aus den Städten 35046 Lr. 23 Gr. 5 S.

Bemerkungen: In der Rechnung 1555/6 ist der Taler = 32 Groschen gerechnet und ist in dieser Tabelle ungerechnet worden, sonst war er in den Schatzrechnungen überall gleich 36 Groschen gerechnet. Der Goldgulden war in der Rechnung 1555/6 zu 38 Groschen, in den Rechnungen bis 1569/70 einschließlich zu 39 Groschen, in den übrigen Rechnungen zu 40 Groschen gerechnet worden. Ich habe hier überall die Summen auf den Wert von 40 Groschen ungerechnet, weil dies den Vergleich mit Münzgulden (à 20 Groschen) eher zuläßt.

Wenn die Summa aller Steuern = 859838 Lr. 26 Gr. 1/2 S gesetzt ist, während sie eigentlich doch nur 857827 Lr. 35 Gr. 1/2 S ist, so ist die Differenzsumme 2010 Lr. 27 Gr. die Summe eingezahlter Retardate.

Serner erschienen bei uns :

Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens,

herausgegeben

vom

Historischen Verein für Niedersachsen.

- Bd. I.** Bodemann, Ed., Die älteren Zunfturkunden der Stadt Lüneburg. (LXXIX, 276 S.) 6 M. 40 Pf.
- Bd. II.** Urkundenbuch des Stiftes und der Stadt Hameln bis zum Jahre 1407. Mit einer geschichtlichen Einleitung von Otto Meinardus. Mit 2 photo-lithogr. Tafeln. (LXXXVII, 759 S.) 16 M.
- Bd. III.** Ischadert, B., ordentlicher Professor der Kirchengeschichte in Göttingen, Antonius Corvinus Leben und Schriften. Mit Bildnis Corvinus. (II, 237 S.) 4 M. 50 Pf.
- Bd. IV.** Tschackert, P., Briefwechsel des Antonius Corvinus. Nebst einigen Beilagen. Gesammelt u. herausg. (XIV, 318 S.) 6 M. 50 Pf.
- Bd. V.** Bär, M., Abriß einer Verwaltungsgeschichte des Regierungs-Bezirks Osnabrück. (XII, 241 S.) 4 M. 50 Pf.
- Bd. VI.** Urkundenbuch des Hochstifts Hildesheim und seiner Bischöfe. Bearbeitet von Dr. H. Hoogeweg. Zweiter Teil. 1221—1260. Mit 10 Siegeltafeln. (X, 694 S.) 14 M.
Der 1. Teil erschien als Band 65 in den Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven.
- Bd. VII.** Hölscher, H., Geschichte der Reformation in Goslar. (V, 193 S.) 3 M. 60 Pf.
- Bd. VIII.** Lüneburgs ältestes Stadtbuch und Verfestungsregister. Herausgegeben von Wilhelm Reinecke. Mit 3 Tafeln. (IX, CI, 446 S.) 11 M.
- Bd. IX.** Annalen und Akten der Brüder vom gemeinsamen Leben im Luchtenhofe zu Hildesheim. Mit einer Einleitung herausgegeben von Dr. Richard Doebner. (XLVI, 446 S.) 10 M.
- Bd. X.** Urkundenbuch des Stifts und der Stadt Hameln. Zweiter Teil. 1408—1576. Mit einer geschichtlichen Einleitung von Dr. Erich Fink. (LX, 808 S.) 16 M.
- Bd. XI.** Urkundenbuch des Hochstifts Hildesheim und seiner Bischöfe. Bearbeitet von Dr. H. Hoogeweg. Dritter Teil. 1260—1310. Mit 9 Siegeltafeln. (VII, 949 S.) 18 Mk.

Hannover und Leipzig.

Hahn'sche Buchhandlung.